

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark vierteljährlich, 3,30 Mark halbjährlich, 6,60 Mark jährlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummern mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Anzeigenschein für Deutschland und Österreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pfg. (zählung 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenvermittlungen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 19. Februar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Seiner Majestät Kammerherr.

Herr Clard von Oldenburg ist nicht der erste beste, er ist Kammerherr des Königs von Preußen, ein Freund des Kronprinzen und bei Hofe sehr beliebt. Hat doch erst kürzlich Wilhelm II. bei seiner Anwesenheit im Landwirtschaftsrat einer Rede Oldenburgs gegen die Sozialdemokratie und die innere Kolonisation gelauscht und am Schlusse seinen Beifall zu erkennen gegeben.

Aber nicht nur höfische Gunst genießt dieser Junker. Er ist ein einflussreiches Mitglied der konservativen Partei und ein Führer ihrer stärksten und einflussreichsten Organisation, des Bundes der Landwirte. Dieser Mann hat nun in seiner Rede bei der Tagung des Bundes der Landwirte Worte ausgesprochen, die die deutschen Arbeiter sich merken werden. Er hat von dem Schmerz gesprochen, den der Fall des Sozialistengesetzes ihm verursacht, und er hat dann nach dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ gesagt:

„Ich kann es nicht verstehen, daß die bürgerliche Gesellschaft mit Ansehen, wie ein gewaltiger Teil unseres deutschen Volkes systematisch ausgebeutet und verdorben wird. Aber wenn Sie heute so etwas äußern, dann gelten Sie ja als rückwärtlich, das ist noch ein milder Ausdruck. Die einzigen, die mir in letzter Zeit imponiert haben, sind die Engländer gewesen; die haben die Courage gehabt, auf demjenigen Wege sich die Zuhälter vom Hals zu schaffen, auf dem es allein möglich ist. (Andauernder lebhafter Beifall.) Wenn Sie das bei uns versuchen sollten, dann bekommen Sie, wie sich ja bei dem Streikpostenstreiken herausgestellt hat, eine ganz verächtliche Minorität dazu im Reichstage, die diesem Gedankengange folgt. Das ist ein Produkt der Furcht vor der öffentlichen Meinung und die Furcht ist noch niemals ein richtiger und guter Ratgeber gewesen. (Beifall.) Ich gebe also der Hoffnung Ausdruck, daß das preussische Wahlrecht so gelassen wird wie es ist.“

Der Bericht ist etwas gemildert. Aber aus ihm geht doch sehr deutlich das hervor, was auch die Zuhörer verstanden haben. Herr von Oldenburg, Kanuzhau, Kammerherr Seiner Majestät, Freund des Kronprinzen, Führer der einflussreichsten und mächtigsten Partei, vergleicht die deutschen Arbeiter mit Zuhältern und wünscht, daß für ihre politische und gewerkschaftliche Betätigung wie für die Zuhälter in England die Prügelstrafe eingeführt wird!

Die agrarische Versammlung hat diese Provokation der deutschen Arbeiterklasse mit lebhaftem und andauerndem stürmischen Beifall aufgenommen. Die konservative Presse billigt sie durch ihr Schweigen. Die konservative Partei trägt also für die Ausführungen Oldenburgs die volle Verantwortung.

Es ist wirklich merkwürdig: seit Wochen und Wochen geht eine zügellose, sich immer mehr verschärfende Gehe der Konservativen gegen die deutschen Arbeiter vor sich, die in dem Zuhältervergleich des königlichen Kammerherrn ihren knappsten und aufrichtigsten Ausdruck und zugleich ihren vorläufigen Gipfelpunkt erreicht hat. Es ist nicht genug, daß die Junker dem preussischen Volke das Wahlrecht vorenthalten, nicht genug, daß sie durch die Agrarzölle und Liebesgabenpolitik die Massen ausplündern; immer lauter schreien sie nach neuen Anhebungen, rufen sie nach der Gewalt und häufen Provokation auf Provokation. Was schiert es sie, daß in der Arbeiterklasse die Erbitterung über diese unausgesetzten Herausforderungen ständig wächst. Wüßten sie doch am liebsten sehen, daß sich ein Vorwand fände, um die Flinten schießen und die Säbel hauen zu lassen gegen die deutschen Arbeiter, von deren Ausbeutung sie ihr Schwarzerdasein führen, durch deren politische Entredung sie die Herrscher Preußen-Deutschlands sind. Das wäre noch wirksamer als die Prügelstrafe.

Es ist für den ganzen Haß, den die Junker gegen die Arbeiterklasse hegen, so recht bezeichnend, daß sie ihm sogar in der gegenwärtigen Situation die Zügel schießen lassen. Die einfachste Ueberlegung müßte den Herren sagen, daß die Zeiten doch nicht danach angetan sind, die deutschen Arbeiter zu provozieren, sie mit neuen Gewaltmaßnahmen zu bedrohen. Die internationale Situation ist sehr ernst, und die Herren, die jetzt ihre Feste feiern und im Zirkus freche Reden führen, sind dieselben, die unausgesetzt an den Patriotismus der Massen appellieren. Ein seltsamer Appell in der Tat: „Ihr seid nicht wert, Staatsbürger zu sein, Ihr müßt Bürger milderer Rechts bleiben. Das Verprechen der Thronrede ist nicht gültig, und wir werden schon dafür sorgen, daß es nicht eingelöst werde. Aber wenn wir es befehlen, dann müßt Ihr in den Krieg ziehen, dann müßt Ihr Euch begeistert schlagen, denn in modernen Krieg kommt es auf die Begeisterung jedes einzelnen Mannes an, dann dürft Ihr Euch, wenn es Euer Leben zu opfern gilt, mit uns eins fühlen!“

„Daß Ihr von Eurem Koalitionsrecht Gebrauch macht, ist aber unerträglich. Eure Streikposten müßten wie Zuhälter behandelt und der Prügelstrafe unterworfen werden. Aber als Posten im Felde seid Ihr brauchbar, und da erwarten wir von Euch, daß Ihr Eure Pflicht tut. Schon im Frieden müßt Ihr in immer vermehrter Maße für den Krieg Euch vorbereiten.“

Denkt nicht daran, daß wir, die wir Eure Befehlsgeber sind, die Kosten tragen werden. Das müßt Ihr tun und waagt nicht, Euch zu widersetzen. Das Reichstagswahlrecht ist uns schon lange verhaßt, und wir denken nicht daran, dem Reichstag das Recht einzuräumen, uns Steuern aufzuerlegen. Das wäre, hat unser Oldenburg gesagt, der Beginn der Expropriation. Und widerstrebt Ihr, so denkt an den anderen Ausdruck unseres Vorkämpfers von dem Leutnant und den zehn Mann. Dann zerbrechen wir endlich die ganze Reichstagsbude. Wir sind der preussische Staat, wir kommandieren in der Regierung und in der Armee, und Ihr habt zu gehorchen, Ihr Arbeitergegendell!“

Das sind die Reden, die die Konservativen jüngst geführt haben im Reichstag, im Landtag und im Bund der Landwirte in steter Steigerung. Wenn wir den konservativen Jargon sprechen würden, würden wir von einer nicht mehr zu überbietenden Aufreizung zum Klassenhaß sprechen. So ziehen wir es vor, zu konstatieren, daß die Junker in diesen Wochen unübertreffliche Aufklärungsarbeit geleistet haben. Wir können das um so eher konstatieren, als wir uns wirklich nicht fürchten.

Wir unterschätzen dabei die Macht unserer Feinde keineswegs und nichts ist charakteristischer, als daß in derselben Versammlung, in der Herr von Oldenburg die deutsche Arbeiterklasse in solch niedriger Weise zu verhöhnen gewagt hat, folgendes Telegramm des Kaisers verlesen werden konnte:

„Ich danke der Generalversammlung des Bundes der Landwirte bestens für die Huldigung zu meinem bevorstehenden Regierungsjubiläum. Mit besonderer Freude habe ich die Versicherung entgegengenommen, daß der alte Geist der Treue und Opferwilligkeit (1) auch die heutige Generation der Deutschen Landwirte beherrscht. Möge er die deutsche Landwirtschaft hart und kräftig machen, die ihr gestellten großen vaterländischen Aufgaben zu Ruh und Prommen des gesamten deutschen Volkes zu erfüllen. Gott der Herr aber segne alle Zeit die deutsche Landwirtschaft und ihre treuen Arbeiter!“
 Wilhelm I. R.“

Die „treuen Arbeiter“, das sind in der Sprache des Kaisers die Oldenburg und Konsorten. Treu mögen sie sein, wenn auch keine Arbeiter. Wir, die wirklichen Arbeiter, wollen zu den Betreuen nicht gehören. Doch wir finden es ganz in der Ordnung, daß Wilhelm II. in solch ausführlicher und warmer Weise an die anderen telegraphiert, und wissen, was wir davon zu halten haben.

Verderber Militarismus.

Die Ankündigung der neuen deutschen Militärvorlage hat in Frankreich die größte Beunruhigung erregt und die französische Regierung antwortet nun ihrerseits mit einer Vorlage, die auch dem französischen Volke neue ungeheure Kosten auferlegt. Gatten wir in den letzten Jahren das sinnlose Wettrennen zur See, so haben wir jetzt ein noch sinnloseres und noch gefährlicheres Wettrennen zu Lande. Was wir vorausgesetzt haben, hat nur allzu rasch seine Bestätigung gefunden: Wir bleiben momentan mit einer neuen Flottenvorlage verschont, weil jetzt die Reihe an den Landmilitarismus gekommen ist, die Kräfte der Völker aufzusaugen.

Bedeutet das Wettrennen zur See eine ständige Spannung unseres Verhältnisses zu England, so das zu Lande eine neue Verschärfung unserer Beziehungen zu Frankreich. Und diese Politik wird in demselben Augenblick begonnen, wo ohnedies die internationale Situation die größten Gefahren in sich birgt. Aber nicht einmal die fortschrittliche Presse setzt ihr Widerstand entgegen.

Die größere Gefahr des Landwettrennens liegt darin, daß sie die Beziehungen zwischen uns und Frankreich noch viel mehr vergiften muß als das Wettrennen zur See unser Verhältnis zu England. Schon in England haben die Imperialisten bei ihren Kriegsbegierden darauf hingewiesen, daß es Schuld der deutschen Rüstungen sei, wenn für sozialpolitische Aufgaben kein Geld vorhanden wäre. Immerhin war das Wettrennen zur See für das reiche England möglich, da es sich dabei hauptsächlich um Geldausgaben handelte und England dabei noch an die Hilfe seiner kolonialen Schweslerstaaten appellieren konnte. Anders sieht die Sache für Frankreich. Es muß fürchten, bei seiner geringen Bevölkerung sehr rasch nicht mehr mitkommen zu können. Es empfindet daher die neue deutsche Militärvorlage als eine schwere Bedrohung und ein Bild in die französische Presse läßt geradezu Panik in uns erwecken.

Die französische Regierung fordert als Antwort auf die deutsche Vorlage einmal über eine halbe Milliarde Frank für die nächsten fünf Jahre, um die Festungen auszubauen, die militärische Luftschiffahrt weiter zu entwickeln und die Artilleriemunition umzuändern und zu vermehren. Ihre größte Sorge aber bildet die Vermehrung des Mannschafstandes. Da denkt die französische Regierung neben einer Reihe kleinerer Maßnahmen vor allem an eine Verlängerung der Dienstzeit und in der französischen Presse wird lebhaftest Propaganda für die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit gemacht. Von einem Uebergang zum Militärsystem, das die Wehrfähigkeit des Volkes auf das höchste

Maß bringen würde, will die bürgerliche Welt natürlich nichts wissen. Und nun stelle man sich die Wirkung vor! Die Verlängerung der Dienstzeit bedeutet ein schweres und empfindliches Opfer, das jeden einzelnen trifft. Und die Nationalisten werden nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß dieses Opfer eine Folge der deutschen Wehrvorlage sei. Wie das auf die Stimmung des Volkes zurückwirken wird, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Statt einer Annäherung an Frankreich, die wir Sozialdemokraten unablässig fordern, sorgt die deutsche Regierung mit ihrer Militärvorlage dafür, daß der Gegensatz wieder von neuem wächst.

Und dabei ist kein Ende dieser wahrnützigen Politik abzusehen! Schon bei der ersten Ankündigung der Militärvorlage schrieben wir am 11. Januar, daß diese Militärvorlage nur der Vorläufer einer weiteren sei, die eine Umwälzung des Artilleriematerials bringen werde. Diese übermächteste Militärvorlage wird, wenn der militärische Wahnsinn fort dauert, durch die französische Vorlage noch beschleunigt werden. Der Ausbau der französischen Festungen und die Versenderung der Artilleriemunition wird dieselben Kräfte, die jetzt gegen das anfängliche Widerstreben der Regierung die Militärvorlage erzwungen haben, sehr rasch dahin führen, eine Versenderung der deutschen artilleristischen Bewaffnung, vielleicht auch eine solche der Infanteriebewaffnung zu fordern.

So stehen wir vor einer neuen Periode, die nicht nur ungleichere finanzielle und persönliche Opfer von den Völkern verlangt, sondern auch die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten immer mehr steigert. Es ist eine Katastrophopolitik, die die herrschenden Klassen da treiben. Der Militarismus wird zu einer immer stärkeren Bedrohung des Friedens. Immer mehr erweist sich die bürgerliche Gesellschaft unfähig, das furchtbare Werkzeug, das sie sich geschaffen, zu beherrschen. Aus dem Diener der Gesellschaft ist der Militarismus zu ihrem Herrn geworden, der despotisch alle Mittel und Kräfte dieser Gesellschaft sich usurpiert. Von den bürgerlichen Parteien wagt es keine mehr Widerstand zu leisten. Die Arbeiter allein sind imstande, dem verderblichen Willen des Despoten Einhalt zu gebieten.

Der Eindruck in Frankreich.

Paris, 18. Februar. (Privatelegramm des „Vorwärts“.) Fast die ganze bürgerliche Presse benutzte die herrschende Beunruhigung über die deutsche Militärvorlage zur Stimmungsmache für die dreijährige Dienstzeit. „Echo de Paris“ erklärt, Deutschland müsse Frankreich angreifen, da es die fortdauernden Rüstungen nicht ertrage; Deutschland wolle nicht nur die französischen Kolonien, sondern auch die französischen Ostprovinzen wegnehmen. Der „Temps“ gibt zu, daß Deutschland einen Angriff nicht beabsichtige, ist aber wütend, weil die Sozialisten nicht am militäristischen Kampf teilnehmen und polemisiert dann gegen den Deputierten Genossen Albert Thomas, der in der gestrigen Kammer Sitzung die Friedensliebe der deutschen Sozialdemokratie betonte. Der besondere militärische Fachmann der „Humanité“ gibt den beunruhigenden Charakter der deutschen Rüstungen zu, sieht aber den Schatz in der Einführung der Volkswehr, nicht in der Rückkehr zum Prätorianertum. Die heutigen Feiertage im Stadthaus aus Anlaß des Beginns der Präsidentschaft Poincarés hatten einen ungeheuren Zulauf und dienten zweifellos nationalitätlicher Stimmungsmache zugunsten der unpopulären Verlängerung der Dienstzeit.

Die Verlängerung der Dienstzeit.

Paris, 19. Februar. Ministerpräsident Briand erklärte einem Vertreter des „Excelsior“, es sei nicht die Rede davon, die dreijährige Dienstzeit für die gesamte Armee einzuführen. Dazu schreibt das „Echo de Paris“, daß es für eine un-demokratische Maßnahme gehalten werde, gewissen Waffengattungen eine dreijährige Dienstzeit aufzuerlegen, während die übrigen nur zwei Jahre unter den Fahnen bleiben würden. Das Blatt erklärt, ein dreimonatiger Dienst für alle Waffengattungen würde eine unzureichende Maßnahme bilden. Man werde sich deshalb schließlich doch genötigt sehen, vom Parlament und dem Lande das Opfer der dreijährigen Dienstzeit zu verlangen.

Erklärungen Briands.

Paris, 17. Februar. Ministerpräsident Briand hat auf Veranlassung wegen des Gerüchts von einer Verlängerung der Rüstungen in den Couloirs der Kammer erklärt, daß die veröffentlichten Angaben über diesen Gegenstand verträglich seien. Wenn es auch richtig sei, daß die Regierung in der letzten Zeit sich häufig mit Maßnahmen befaßt habe, die auf eine Stärkung der militärischen Rüstungen Frankreichs abzielen, so sei ein endgültiger Beschluß darüber noch nicht gefaßt worden. Eine Einigung sei in den Hauptpunkten erzielt worden, doch seien die Einzelheiten der Vorlage noch nicht ausgearbeitet. Der Kammer werde noch vor Ostern bezüglich der Rüstungen eine Vorlage vorgelegt, deren Kosten sich auf 500 bis 600 Millionen belaufen würden, die auf vier bis fünf Jahre verteilt werden sollten. Der Kriegsminister und die zuständigen Dienststellen seien mit der Prüfung der Frage der Dauer des Militärdienstes beschäftigt. Diese Prüfung werde demnächst beendet sein, und ihr Resultat werde sofort dem Ministerrat unterbreitet werden. —

Die Abgeordneten, die sich mit dem Ministerpräsidenten Brind über die Dauer der Militärdienstzeit unterhalten haben, hatten die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit für alle Waffengattungen für zweifelhaft.

Der türkisch-bulgarische Krieg.

Aus Konstantinopel kommt folgende Depesche über die Kämpfe auf der Halbinsel Gallipoli: „In Streifen des Marineministeriums liefen gestern Abend Gerüchte um, daß die Bulgaren nach hartnäckigem Kampfe die Forts Vitoria und Napoleon genommen hätten.“

Bewahrheitet sich diese Nachricht, so hätten die Bulgaren einen entscheidenden Erfolg errungen. Die Stellung bei Bulatr wäre von den Türken nicht mehr zu halten und die Bulgaren würden dann bald die Herren der Dardanellenforts sein. Das Merkwürdige ist nur, daß diese Nachricht aus Konstantinopel kommt, wo man sonst mit dem Eingeständnis von Mißerfolgen es nicht gerade eilig hat, während man in Sofia noch schweigt.

Ueber Rumänien und Bulgarien liegen keine neuen Nachrichten von Bedeutung vor. Die Situation bleibt außerordentlich gespannt. Dagegen werden sowohl von Wien als von Petersburg aus die Angaben über die Antwort des Zaren dementiert.

Rumänien und Bulgarien.

Köln, 18. Februar. (P.-C.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin: Die Aussichten auf eine Beilegung des rumänisch-bulgarischen Streites scheinen etwas gebessert. Die Hoffnungen, daß es nicht zum Bruch kommen werde, stützen sich namentlich darauf, daß den Großmächten von einer Macht bereits ein Vermittlungsvorschlag zugegangen ist, der einen Ausweg aus den noch bestehenden Schwierigkeiten zu eröffnen scheint.

Vor Skutari.

Cetinje, 18. Februar. Die Beschließung von Skutari dauert fort. Die türkischen Truppen machen keinen Versuch, die Montenegriner in den von ihnen eingenommenen Stellungen anzugreifen. Sie placieren infolge Geschütz-mangels alte Kanonen in ihren Stellungen, die jedoch gegen unsere Positionen wirkungslos sind, da sie nicht weit genug tragen.

Die Fremden in Adrianopel.

Konstantinopel, 18. Februar. Die türkischen Militärbehörden beschließen, die Errichtung einer neutralen Zone in Adrianopel zu gestatten, in der die Angehörigen anderer Staaten Schutz vor dem Bombardement würden finden können; dagegen werden sie, um die Festung gegen Spionage zu schützen, nicht gestatten, daß Ausländer Adrianopel verlassen und die bulgarischen Linien passieren.

Ende bei.

Konstantinopel, 18. Februar. (Nachricht des Wiener K. K. Telegr.-Büros.) Die Gerüchte von einer Verwundung Ende bei in Rodosio werden amtlich dementiert.

Brand in Stambul.

Konstantinopel, 18. Februar. Gestern ist ein Brand im Stadtviertel Sultan Achmed, unweit der Gasse der großen Feuerbrunst ausgebrochen, die im Sommer mehrere Stadtviertel eingeäschert hat. Der Brand nahm infolge des herrschenden Windes große Dimensionen an und war gestern Abend gegen 11 Uhr noch nicht gelöscht; er entfernte sich von der Hagia Sophia und nahm die Richtung auf die Moschee des Sultans Achmed und das Hippodrom; 200 Häuser sollen bereits niedergebrannt sein.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Februar 1913

Zulagen? Ja — aber für alle!

Aus dem Reichstage. Die Herren, denen sonst hurtig mit Donnergepolter das Wort entrollt, wenn es sich um den Kampf für die geliebte Ostmarkenzulage handelt, hatten am Dienstag ihre Leier auf Woll gestimmt und versuchten durch wehmütige Milde und sanftes Jureden das harte Herz der Mehrheit zu rühren. Wie harmlos ist nach ihrer heutigen Schilderung die Zulage, die die Beamten für den Dienst in den Ostbezirken erhalten! Kein Mensch denke dabei an politische Beweggründe, kein Mensch wolle die

Beamten korrumpieren. Nur aus Liebe zu den Beamten und aus sozialer Fürsorge für die mangelhaft besoldeten Familienväter wolle man die Zulage. Herr Kraetke hatte der Schmerz um die gefährdete preussische Polenpolitik so fassungslos gemacht, daß er in bewegten, rührseligen Worten von den ungenügend bezahlten Postbeamten sprach, die ihren Kindern nicht die notwendige gute Ausbildung zuteil werden lassen könnten, wenn ihnen die Zulage vorenthalten würde.

Doch kaum war ihm das Wort entfahren, mocht er im Bufen gern bewahren! Von den Vätern der Sozialdemokraten scholl ihm laut der Ruf entgegen, daß das für alle Beamten gelte, nicht nur für die in den Ostmarken tätigen, und daß wir für alle Beamten die Zulagen wünschen. Aber soweit reicht die soziale Fürsorge des Herrn Kraetke nicht. Das würde seine Ueberschüsse, mit denen er jetzt im Streife der Minister prunkt, ein wenig herabmindern. Deshalb will er das Zuckerbrot der Zulagen nur für solche Beamten, die im Nebenamt der rücksichtslosen Polenpolitik Zutreiberdienste leisten sollen, während er gegen die übrigen Beamten, die sich im ehrlichen Kampfe um die Erhöhung ihrer kärglichen Gehälter bemühen, noch immer die Peitsche der Maßregelung schwingen will.

Die erbärmliche sozialpolitische Heuchelei der konserverativen und freikonserverativen Parteien zeigte sich in der bezeichnenden Tatsache, daß sie sich bei einer Anzahl wichtiger Abstimmungen von der Mehrheit des Hauses trennten, und zwar jedesmal dann stimmten sie gegen Resolutionen und Anträge, wenn es galt, die Gehälter der schlechtbesoldeten Beamtenklassen aufzubessern. Als die Mehrheit des Reichstages beschloß, für Postassistenten und Unterbeamte die Sätze erneut zu verlangen, die der Reichstag schon im Jahre 1909 — leider erfolglos — in zweiter Lesung beschlossen hatte, stimmten die beiden konserverativen Parteien dagegen. Ebenso stimmten sie gegen die Bewilligung neuer Assistentenstellen, mit denen ebenfalls eine Aufbesserung der Beamtengehälter verbunden ist. So sieht die Beamtenfreundlichkeit der konserverativen Parteien in der Praxis aus, und wenig sich mit ihr keine reaktionären politischen Geschäften verbinden lassen!

Das unlaute patriotische Getöse der Sozialisten fertigte Genosse Ledebour in kräftigen Worten ab; er rief einen unanfechtbaren Kronzeugen für die Haltung der Sozialdemokraten und gegen den Scheinpatriotismus jener Herren auf: der glühende Patriot Richte würde die Vergewaltigung einer Volksminderheit, wie sie durch die preussische Polenpolitik ausgeübt wird, mit heiliger Entrüstung als unvereinbar mit den Grundfragen des Rechts und der Freiheit, die nach seiner Auffassung einer wahren Vaterlandsliebe als Richtschnur dienen müssen, weit von sich weisen.

Im übrigen wurde die Sitzung mit zahlreichen Reden ausgefüllt, in denen Einzelbeschwerden lokaler und betriebstechnischer Natur vor das Ohr der Postverwaltung gebracht wurden. In die vielen Mängel der Postverwaltung leuchtete Genosse Haberland mit sachkundigen Ausführungen hinein.

Am Mittwoch steht der Initiativontrag des Zentrums über die Zulassung der Jesuiten auf der Tagesordnung. Am Donnerstag soll bei Beginn der Sitzung die namentliche Abstimmung über die Ostmarkenzulage vorgenommen werden.

Jetzt hat Herr Bethmann Hollweg sein Schicksal in der Hand. Hand wird nur von Hand gewaschen, wenn du nehmen willst, so gib — die Jesuiten! Dann wird das Zentrum auch über die Ostmarkenzulage und über einiges andere mit sich reden lassen! —

Abgeordnetenhaus.

Daß die Staatsberatung im Abgeordnetenhaus einen so schleppenden Verlauf nimmt, daran trägt nicht die Sozialdemokratie die Schuld. Die Herren, die fortgesetzt diesen Vorwurf gegen unsere Genossen erheben, mögen zunächst einmal sich selbst erziehen. Ist es nicht mehr als Zeitverschwendung, wenn der Abg. Wärmking (Z.) die Gebuld des Hauses mißbrauchte und am Dienstag bei der Fortsetzung der Beratung des Etats der Justizverwaltung mehr als 1 1/2 Stunden hindurch konfessionelle Wünsche zur Sprache brachte und in den verschiedensten Variationen über die angeblich nicht genügende Berücksichtigung der Wünsche der Katholiken bei Bestellung von Vormundschaftsrichtern klagte? Selbst die nahe bevorstehenden Wahlen bilden keinen Entschuldigungsgrund für diese höchst überflüssige Dauerrede.

Weit wichtiger war der Wunsch des Abg. Cassel (Sp.) auf vermehrte Heranziehung der Laien zur Rechtsprechung, sowie die Anregungen unseres Genossen Viehnecht auf eine Reform des Wiedernahmeverfahrens, eine Forderung, zu deren Begründung er sich auf ein reichhaltiges Material aus der Praxis stützen konnte.

wachten, nach welcher Richtung sich zu wenden. Beim Morgenanbruch rückte auch unser ganzes Regiment aus, hinter uns das 31. Regiment.

Nach der Schlacht am Fluße nahmen wir an, die Hauptmacht des Feindes vor uns zu finden. Als wir aber am Morgen die türkischen Positionen besahen, fanden wir nur 200 bis 300 Tote und einige Duzend schwer verwundete türkische Offiziere und Soldaten. Die Anzeichen waren sie auf der Stelle mit dem Bajonett nieder. Es war ein solcher Verlust ausgegeben, um nicht den Transport durch Verwundete zu erschweren!

Fragen Sie mich nicht weiter danach; es ist mir unentgeltlich, an diese Niedermegung der unbewaffneten, verdoppelten, halbtoten Leute auch nur zu denken. . . . Unsere beiden Regimenter zogen ohne Kampf in Kirklisse ein, von wo die Türken schon vorher geflüchtet waren. Ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung war gleichfalls geflüchtet; von den Griechen waren fast alle geblieben. Die Bulgaren verhielten sich auch. Im Verlauf von 24 Stunden rückten 120 000 Mann bulgarischer Truppen in Kirklisse ein, ohne daß es vor dem Einzug in die Festung zu einer Schlacht gekommen war. Die Türken hatten die Flucht ergriffen, und schon auf dem Wege von Bujuk-Dere fanden wir viel Artillerie, Munition und Vorräte, die von den Türken liegen gelassen worden waren.

Am 13. Oktober fand beim Dorfe Kaliba, auf dem Wege nach Lüleburgas eine große Schlacht mit den Türken statt, an dem unser Donau- und Jozsa-Regiment teilnahmen. Die Schlacht währte 14 Stunden; wie viel Leute wir verloren, weiß ich nicht; ich weiß nur, daß von zwei Regimentern eines zurückblieb. Wir eilten ihnen zu Hilfe, langten am Abend an, fanden aber, daß die Türken sich bereits auf ihre Hauptpositionen, 10—15 Kilometer nach Süden, zurückgezogen hatten. Am 15. näherten wir uns Lüleburgas und vernahmten den Kanonendonner. Um geringere Verluste davonzutragen, zerstreuten wir uns in kleinere Abteilungen. Als wir uns den türkischen Stellungen auf anderthalb Kilometer genähert hatten, begannen die Granaten über uns zu plagen. Oben auf den Befestigungen die Türken, keine Menschenseele zu sehen, nur das entsetzliche Feuer prasselte auf uns herab. Die Türken zielten offenbar nicht, von zehn Kugeln traf eine, aber auch das genügte, da das Feuer ununterbrochen anhält, und viele von den Unseligen angingen zugrunde. Von den Offizieren war ein Teil getötet, ein Teil zurückgeblieben; unsere zwei Regimenter blieben fast ganz

Auch die zahlreichen Wünsche der Unter- und mittleren Beamten, für die die Regierung trotz der Teuerung und trotz der glänzenden Finanzlage des Staates nichts übrig hat, fanden an Viehnecht einen beredten Fürsprecher.

Das Kapitel „Gefängnisse“ gab, wie alljährlich, dem Zentrumsabgeordneten Schmitt Veranlassung, mehr Mittel für die Seel- und Körpererhaltung der Gefangenen zu fordern. Mit Recht betonte demgegenüber Viehnecht, daß die Sozialdemokratie nichts dagegen habe, wenn den Gefangenen Gelegenheit gegeben werde, einem Gottesdienste beizuwohnen, daß sie sich aber gegen jede Prektion und gegen jede religiöse Beeinflussung wenden müsse. Daß die Religion nicht imstande ist, die Gefangenen wirklich zu bessern, mußte übrigens indirekt auch Geheimrat Plafche, der Leiter des preussischen Gefängniswesens, zugeben. Was der Regierungsvertreter sonst auf die recht häßlichen Ausführenden des sozialdemokratischen Redners zu erwidern wußte, war so wenig stichhaltig, daß die Mehrheit um den Herrn Geheimrat vor einer Flimase zu bewahren, schämigte die Debatte gewaltig schloß.

Am Mittwoch wird die Staatsberatung fortgesetzt. Nach Beendigung des Justizetats beginnt die Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Der Bund der legendären Dreihunderttausend.

Die Bündler saßen wieder beisammen und bejubelten sich; aber über die Beitragsentnahmen des Bundes hat man trotz des ununterbrochenen Redeflusses wieder nichts erfahren. In den Geschäftsberichten findet man seit Jahren über die Einnahmen, Ausgaben und die Mitgliederzahl nur ganz knappe formale Angaben. Diesmal heißt es kurzweg: „Die Mitgliederbewegung ist auch im verflochtenen Geschäftsjahre erfreulicher- und natürlicherweise eine aufsteigende wie bisher gewesen. Durch den Tod sind, soweit dies festzustellen war, 1583 Mitglieder ausgeschieden.“

Die Sterbeziffer ist beim Bunde „erfreulicher- und natürlicherweise“ eine kaum zu erlösende geringe. Wird die preussische Durchschnittssterblichkeit als Norm angenommen, so hätte der Bund nur 98 000 Mitglieder. Werden die durch den Tod abgerufenen 1583 Mitglieder als einwandfrei und wirklich gestorben betrachtet, dann ist die Sterblichkeit bei den organisierten Bündlern eine äußerst geringe, was nicht gerade auf schlechte Lebenslage schließen läßt.

Eine andere Möglichkeit, die Mitgliederzahl des Bundes der Landwirte festzustellen, ergibt sich durch die Abschätzung des Mitgliederbestandes nach der Auflageziffer des wöchentlich erscheinenden Bundesorganes. Die Auflageziffer dieser Zeitung betrug 1910 233 000 Exemplare, 1911 242 000 und 1912 246 000. Die Bundeszeitung wird allen Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. Entweder hat also der Bund gar nicht, wie er angibt, über 300 000 Mitglieder, oder es zahlen an 100 000 Mitglieder weniger als den Mindestsatz im Jahre, denn solchen wird die Zeitung nicht geliefert.

Die Zahl der von provinziellen Landesorganisationen herausgegebenen Wochenblätter, die 1910 rund 100 000 betrug und 1911 auf 91 000 zurückgegangen war, ist 1912 glücklich wieder auf 98 000 gestiegen. Alles in allem, einen nach „Tausenden“ zählenden Zuwachs von Mitgliedern beweisen diese Zahlen nicht.

Dabei darf nicht vergessen werden, daß der Bund durch seine auf Diäten und Prämien gestellten Agitatoren einen stuporösen Mitgliederfang treibt. Prominente Vorgesetzte der Kreisorganisationen und Stellvertreter für solche Posten sind mitunter schon so gewählt worden, daß sie mit der Mittelung ihrer Wahl zugleich die Aufforderung erhielten, nun doch möglichst rasch Mitglieder des Bundes zu werden. Diesen Mitgliederfang charakterisierte der Führer des bayerischen Bauernbundes, Anton Remminger, einst in seinem Blatte folgendermaßen:

„Aus dem Schreiben — Anstellungsvertrag des Bundes mit einem seiner Agenten — ergibt sich, daß die Bundesleitung von ihren Agenten Ueberzeugung und Charakter nicht verlangt; . . . Was aber noch mehr in die Augen springt, ist das rein Geschäftliche des Abkommens. Es kommt namentlich darauf an, neue Mitglieder zu werben, wird ohne Umschweife gesagt. Wenn ein Agent eine genügende Anzahl neuer Mitglieder erhält, so wird sein Diätensatz erhöht; auch winkt ihm ein festes Gehalt. Genau so machen es verschiedene Versicherungsgesellschaften. . . . Wir können beispielsweise ein Schreiben einer Viehversicherungsgesellschaft entgegenstellen, worin dem eventuell anzustellenden Agenten fast die gleichen Bedingungen gestellt werden, mit dem Unterschiede freilich, daß hier die feste Aufstellung von dem ausgenommenen Mindestlohn abhängig gemacht wird.“

Und im demokratischen „Freien Volk“ erzählte vor ungefähr einem Jahre ein früherer Bundesagitator, daß die einzelnen Agenten in kurzen Zwischenräumen vorgegebene Fragebogen ausgefüllt an die Zentrale schicken müssen, in denen sich folgende schöne Fragen befinden:

Kommando; die Reihen vermengten sich, wie wußten nicht, wohin uns zu wenden, welche Richtung einzuschlagen.

Inzwischen hielt der Eisen- und Bleizug an. Eine feurige Dölle. Wir verloren da den Mut und stoben in Unordnung auseinander. Etwa 2 Kilometer weit sammelten wir uns wieder und kamen zur Besinnung. Die Schande bemächtigte sich unserer; wir stürzten aus dem Feuer, während andere zugrunde gingen. Leute aus den verschiedenen Regimentern sammelten sich in Reihen, von irgendwoher schlossen sich uns Offiziere an. „Vorwärts!“ hieß es nun, und wir stürzten auf die feindlichen Befestigungen los. Wir laufen, jähren, können uns selber nicht mehr. Bei harter Bernunft und vollem Bewußtsein kann kein Mensch fechten. Ringsum pfeifen die Kugeln, plagen die Granaten. . . . Wir feuern immerfort aus unseren Gewehren, ohne Ziel, bloß um uns Mut zu machen. Erst vor dem Berge wurde ich von einem Schrapnellsplitter getroffen. . . .

Ob ich mich gefährdet habe? Anfangs außerordentlich, dann aber nicht mehr. Als wir die Anhöhen hinaufführten, war keine Spur von Hurdt mehr vorhanden. Wir laufen und jähren, die Granaten und Kugeln pfeifen und summen ringsum, von allen Seiten lauert der Tod, einer nach dem anderen fährt zu Boden, von keiner Seite ein Ausweg oder eine Rettung. Unter solchen Bedingungen beträgt man schließlich sich selber, fühlt seinen Körper nicht und führt sich selbstlos vorwärts. Es ist, als ob man aus Furch vor dem Tode in den Tod hineinläuft. Würde man immerfort das Durchgefühl verspüren, so könnte man es nicht aushalten. . . .

In Sofia bin ich nun den zweiten Tag. Morgen schick man mich nach Warna, dort habe ich Frau und Kind. Heute hat man mich noch im Spital einen Verband aufgelegt. Heute Späts kann ich noch nicht zu mir nehmen, das tut aber nichts, der Riefer wird zuheilen. Schlimmer aber ist es mit dem Kopf bestellt; als ob die ganze Ermüdung sich im Gehirn angesammelt hat. Vor den Augen feurige Widder, in den Ohren ein schändiges Säusen, wie auf dem Schlachtfeld. Der Kopf geht in die Runde, schlafen kann ich nicht. Sieht man ringsum den Tod und die Vernichtung, die Geistesfrenn und die Verfrüppelten, so findet man keine Ruhe nicht mehr. Rein, ich werde wohl nie mehr fest auf den Beinen stehen.

Ich lehre jetzt zu meiner Familie zurück, was aber folgen wird, weiß ich nicht. Alles in mir ist lauter Unruhe, es ist, als ob ich mein Ich verloren hätte. In all den schlaflosen Nächten höre ich das Säusen der Schrapnells und denke: lieber zurück ins Feuer, dort vergißt man wenigstens alles ringsum. . . .

Die Schrecken des Krieges.*

1. Die Erzählung eines Verwundeten.

Ich bin aus dem 8. Regiment. Wir marschierten über Sawak nach Kirklisse. An welchem Tage es war, weiß ich jetzt nicht mehr. Meine Wunde ist zwar klein, aber mein ganzer Kopf ist aus den Augen, und das Gedächtnis ist ganz schwach geworden. Es regnete den ganzen Tag, der Weg war schmutzig, das Gehen fiel schwer. Der Regen, der Mantel, die Hinte mögen zusammen mehr als 2 Pud (33 Kilogramm). Wir waren bis auf die Haut durchnäßt. Sehr schwer war es.

Unser Regiment marschierte längs dem Fluße Bujuk-Dere. Wo und wie die anderen Regimenter marschierten, konnten wir einfache Soldaten nicht wissen. Unsere Sache ist es, zu gehen wohin man befiehlt, zu feuern und zu sterben. An diesem Fluße stehen wir denn auch mit den Türken zusammen. Wie hart sie waren, weiß ich nicht; man sprach bei uns, es wären ganze drei Brigaden. Die zwei ersten Bataillone des 8. Regiments kamen zuerst ins Feuer, erlitten starke Verluste und gingen zurück, um die Türken an der linken Flanke zu umgehen. Die türkischen Truppen besetzten die von uns verlassenen Stellungen, ohne zu wissen, daß wir ihnen in den Rücken fallen wollten. Die Nacht war dunkel, schmutzig, feucht und kalt. Wir besetzten nach Mitternacht ein Dorf, d. h. richtiger die Trümmerhaufen eines Dorfes, das die Türken schon niedergebrannt hatten. . . . Während wir uns erholtten, stießen zwei Bataillone des 31. Regiments, mit Maschinengewehren an der Spitze und Artillerie an der Flanke, auf eine türkische Abteilung und feuerten bis 4—5 Uhr früh. Bei den Türken brach wahrscheinlich eine furchtbare Panik aus, da sie nicht

* Der Autor dieser Zeilen, Genosse R. Trojky, bequint, nach einem dreieinhalbmonatigen Aufenthalt auf dem Kriegsschauplatz, seine Eindrücke und Beobachtungen in dem Petersburger sozialdemokratischen Tageblatte „Luzik“ zu veröffentlichen. Der obige Bericht eines verwundeten bulgarischen Soldaten kennzeichnet sowohl die bulgarische Kriegsführung, wie die Psychologie des proletarischen Kanonensüßers, mit dem die Balkanstaaten ihre Erfolge erringen.

D. Heber.

1. Angabe von zuverlässigen Bundesmitgliedern.
 2. Angabe von heimlichen Gegnern.
 3. Angabe von offenen Gegnern.
- Es handelt sich also hier um eine Art Bundespolizeilicher Führungsliste der deutschen Bauern.

Ein Rathebragrarier.

Auf der Generalversammlung der agrarischen „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsexperten“ hielt der als Sozialwissenschaftler hergänglich unbedeutende Universitätsprofessor Dr. Otto Gerlach aus Königsberg ein Referat über die sozialpolitische Gesetzgebung und die öffentlich-rechtliche Lebensversicherung. Gerlach ist das agrarische Gegenstück zu den Rathebragrariern Bernhard, Ehrenberg u. a. Ebenso wie Dr. Hahn vorgestern auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirte der Schwerindustrie treue Waffenbrüderschaft zusagte, so hielt Gerlach gestern den scharf-macherischen Bestrebungen Bernhards die Stange. „Theoretisch“ begründete er seinen Standpunkt damit, daß die Klasse weder erfinden noch organisieren könne; sie müsse daher eine kraftvolle Persönlichkeit als Führer haben. Diese Führer, offenbar die Grubenherren, Bedenbarone und Kunster, müßten die Früchte ihrer organisatorischen Arbeit ungehindert genießen. „Eilenbogenfreiheit“ ist für sie nötig, sollen sie nicht unterliegen und mit ihnen die Volkswirtschaft des Landes.“ Die Arbeiterchutzgesetzgebung, die die Kinder- und Frauenarbeit beseitigt oder doch sehr eingeeignet habe, wirke wie eine Zwangsarbeit für die Produktion. Um so schlimmer seien die „Auswüchse“ der Arbeiterbewegung. Rechtsbewußtsein und Achtung vor abgeschlossenen Verträgen seien geschwunden. Deshalb müßte auch der Arbeitswillige scharf und energisch ausgeübt und, so weit er besteht, schnell und wirksam gehandhabt werden. Die Arbeiterversicherung schaffe nur Staatspensionäre; sie hätte mit einer zwingenden Vollversicherung verbunden werden müssen, um ein Volk von Kleinrentnern statt von Rentenbezieheren zu schaffen. Als Ersatz dafür empfahl Gerlach die öffentlich-rechtliche Lebensversicherung, um die „sozialdemokratische“ Volksfürsorge zu bekämpfen und das Gefühl der Selbstverantwortung wieder zu heben.

Diese Rede hätte ebensogut einen Tag vorher im Zirkus gehalten werden können. Selbst an der auch von den Bündlern häufig geübten Polemik gegen Dr. Delbrück fehlte es nicht. Gerlach suchte den Staatssekretär durch ironische Kritik zu belehren, daß man durch sozialpolitische Maßnahmen nicht „die Seele des Arbeiters für den Staat“ gewinnen könne, sondern daß Abschmähereien ein viel besserer Weg dazu wären. — Jedenfalls empfehlen wir Herrn Gerlach dem treuen Beschützer Professor Bernhards im Kultusministerium, Geheimrat Elster, für die Beschäftigung des nächsten Berliner ökonomischen Lehrstuhls. Er wird sich sicher bei Geheimrat Elster größerer Zufriedenheit erfreuen, als der jetzige Agrarökonom in Berlin Professor Sering.

Steuerfreiheit für die Fischen.

Eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 3. März 1909 bedeutet für die Vergbaugesellschaften ein großes Los, garantiert sie ihnen doch fast völlige Steuerfreiheit. Nach jener Entscheidung vermindert die Kohlenförderung das Vermögen der Fischenbesitzer. Es rechtfertigt sich daher, für die „Substanzverminderung“ Abschreibungen auf die Meingewinne zu Zweck der Steuerdeklaration vorzunehmen. Diese Entscheidung hat zu unholdbaren Zuständen geführt. Bei rapide steigenden Gewinnen gehen die Steuerleistungen der Gruben rapid zurück. Manche Fischen bezahlen überhaupt nichts mehr. Die betreffenden Gemeinden finden keinen Ausweg aus schmerzlichen Finanzkatastrophen, keine Deduktion für die allerdringendsten Ausgaben. Durch die Not getrieben, haben nun 68 Land- und 12 Stadtgemeinden des rheinisch-westfälischen Industriebezirks eine Eingabe an das Ministerium sowie an das Abgeordneten- und das Herrenhaus gerichtet, in der sie eine baldige Regelung der Angelegenheit fordern. Sie sei notwendig noch für 1913, sollten die Gemeinden nicht in die allerdringendsten Bedrängnisse geraten. In der Eingabe wird ausgeführt:

Nach unseren Feststellungen werden für 1913 wohl sämtliche Gewerkschaften des Bezirks trotz erheblicher Ausbeute (bis zu 3.600.000 M. jährlich bei einer Gewerkschaft) nach den Grundbesätzen der Entscheidung vom 3. März 1909 steuerfrei veranlagt werden müssen. Die neuen Grundbesätze müssen aber auch rückwirkende Kraft für alle noch nicht rechtskräftigen Veranlagungen erhalten, da durch den bisherigen Mangel einer festen gesetzlichen Regelung und insbesondere durch die Änderung der Rechtsprechung des königlichen Oberverwaltungsgerichts die Veranlagung einzelner Gewerkschaften zur Staats- und Gemeindefiskusvermehrung für eine Reihe von Jahren noch strittig ist.

Manche Gemeinden kommen mit ihrem Steuerzuschlag schon auf 300 Proz.; trotzdem können sie ihren Haushalt bei der allergrößten Sparsamkeit und trotz Vernachlässigung dringendster sozialer und hygienischer Aufgaben nicht ins Gleichgewicht bringen. Verschiedene Gemeinden, die für 1912 noch über 1.000.000 M. Gemeindesteuern von den Kohlegewerkschaften hereinbrachten, bekommen für 1913 keinen Pfennig. Unternehmen, die vor der Entscheidung 200.000 M. und mehr bezahlen mußten, sind fast steuerfrei. Die „Substanzverminderung“ ist ein Segen für sie. Erst überläßt der Staat dem Kapital die Ausbeutung des Volkswermögens, als welches die Naturkräfte zweifellos anzusehen sind, und dann macht unsere prächtige Rechtsprechung das Volkseigentum zum Privatbesitz der Kapitalisten und gewährt ihnen Steuerfreiheit.

Konservative unter sich.

Im Landtagswahlkreise Potsdam haben die Konservativen den Reichsverbändler Major v. Stössel als Landtagskandidaten aufgestellt. Sein Gegner ist der frühere Reichstagsabgeordnete Pauli-Potsdam (der „schlichte Mann aus der Werkstatt“), für den sich eine starke Minorität erklärt hat. Herr Pauli läßt nun erklären, daß er keine Sonderkandidatur aufrechterhalten und mit allem Nachdruck für sie kämpfen werde. Man wird also in Potsdam das vergnügliche Schauspiel erleben, wie zwei Konservative im Kampfe gegeneinander stehen, wenn es nicht gelingen sollte, Herrn Pauli durch eine Kandidatur in einem anderen Kreise zum Schweigen zu bringen. Major v. Stössel ist der Führer der Reichsverbändler in Potsdam und harret schon lange sehnsüchtig des Augenblicks, wo er in ein Parlament einzutreten kann; bisher hat sich aber noch kein Wahlkreis gefunden, dem man eine Kandidatur Stössels zumuten konnte.

Wieder ein konservativer Terrorismusfall.

Die Tatsachen beweisen, daß die Konservativen, die mit perfider Heuchelei fast täglich in ihrer Presse über sozialdemokratischen Terrorismus schreien, die gemeingefährlichsten Terroristen sind.

Aus Schlesien wird uns berichtet:

In Deutmannsdorf, Kreis Löwenberg, besteht ein Spar- und Darlehensverein, S. G. m. b. H., dessen Vorstand aus fünf Konservativen, nämlich drei Großgrundbesitzern und zwei Gemeindevorstehern besteht. D diesem Verein gehört auch seit vielen Jahren der Landwirt Ludwig als Mitglied an. Ludwig, der keineswegs Sozialdemokrat ist, aber zwischen der Theorie und

Praxis des preussischen Christentums großen Widerspruch gefunden zu haben scheint, trat aus der Landeskirche aus. Auf Grund dieser Tatsache glaubten die konservativen Vorstandsmitglieder Ludwig aus dem Spar- und Darlehensverein ausschließen zu können, obwohl ihnen die Statuten des Vereins dazu nicht die geringste Handhabe bieten. Ludwig wandte sich beschwerdeführend an das Amtsgericht in Löwenberg und dieses verurteilte:

„Löwenberg, 4. Februar.“

Auf die Eingabe vom 3. d. M. gemäß Ihnen zum Bescheid, daß das Gericht es ablehnt, die Ausschließung des Genossen Reinhold Ludwig in die Liste der Genossen einzutragen. Zunächst ist nach § 69 Absatz 2 des Genossenschaftsgesetzes eine Abschrift des Ausschließungsbeschlusses dem Gericht einzureichen, was vorliegend unterblieben ist. Sodann wird aber auch die Ausschließung selbst als statutenwidrig angesehen. Die §§ 5-11 des Statuts, welche allein von dem Erwerb der Mitgliedschaft und Ausscheiden einzelner Mitglieder handeln, enthalten keine Vorschrift des Inhalts, daß ein Genosse dann ausgeschlossen werden darf, wenn er aus der Landeskirche ausscheidet. Der § 4 des Statuts bezieht sich lediglich auf den Gegenstand des Unternehmens. Sollte aber selbst aus § 4 des Statuts entnommen werden können, daß nur Christliche Mitglieder der Genossenschaft sein dürfen, so würde doch der bloße Austritt aus der evangelischen Landeskirche noch kein Ausschließungsgrund sein, denn mit dem Austritt aus der Landeskirche hat der betreffende Genosse noch nicht aufgehört, Christ zu sein.

„Amtsrichter Vertramp.“

Trotzdem werden wohl die konservativen Terroristen Mittel und Wege finden, wie sie Ludwig schädigen können. In der Wahl ihrer Mittel sind die Herren Agrarier ja von jeher nicht zimperlich gewesen, und der gemeingefährlichste Terrorismus hat ihnen stets als erlaubt gegolten, wenn er ihnen von Nutzen war.

Die angekündigte Novelle zur Gewerbeordnung.

welche Maßnahmen zur Bekämpfung des Ammerneisenswesens, zur Einschränkung der sogenannten Vergnügungspfade und der Auswüchse der Kinematographentheater bringen soll, ist, einer Korrespondenz zufolge, dem Bundesrat bereits zugegangen.

Eine Versteigerung von mehr als 200 Prozent.

Die Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte treibt die Güterpreise immer mehr in die Höhe. Nach Mitteilung des „Grundstücksmarktes“ haben vor etwa 8 Jahren die Erben des Rittergutsbesitzers Wohl das Gut Szodrowo im Kreise Kosten für 300.000 M. an einen Herrn Schulz verkauft. Vor 3 Jahren verkaufte Herr Schulz das Gut durch Vermittlung eines Herrn Hartmann an den Polen Speidert für 750.000 M. und jetzt hat es der Gutbesitzer Alfred v. Chlapowski-Chlapowo aus Wonskowo, Kreis Kosten, für 850.000 M. erstanden. Der Preis des Gutes ist also innerhalb 8 Jahren um mehr als 200 Proz. gestiegen.

Rückgang der Schlachtungen.

Die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau für das vierte Vierteljahr 1912 zeigen gegen die gleiche Zeit des Jahres 1911 wiederum einen erheblichen Rückgang der geschlachteten Tiere. Sämtliche Viehgattungen sind an diesem Rückgang beteiligt; nur die Zahl der geschlachteten Bullen blieb stationär (Zunahme 0,66 Proz.). Sonst ging die Zahl der Tiere, an denen die Beschau vorgenommen wurde, zurück bei den Ochsen um 8 Proz., bei Kühen um 7 Proz., bei Jungkühen und Kälbern um 20 Proz., bei Schweinen um 14 Proz., bei Riegen um 8 Proz., bei Schafen um 1 Proz. Besonders auffällig ist der Rückgang bei dem Jungschafvieh; darin liegt eine außerordentliche Gefahr für den Bestand der Rindviehhäute. Da diese Lücke nicht durch die Einfuhr ausgefüllt werden kann, müssen mit der Abnahme des Rindviehbestandes die Preise weiter steigen. Auch die Abnahme der geschlachteten Schweine (sie betrug bei den der Richtschneidung unterworfenen Schweinen 17 Proz.) ist ein äußerst bedenkliches Zeichen für die weitere Preissteigerung.

Eine Zunahme geschlachteter Tiere zeigte sich charakteristischerweise dagegen bei den Pferden (um 7 Proz.) und bei den Hunden (um 43 Proz.). Einem Kommentator bedarf diese Tatsache nicht!

Ungarn.

Der Prozeß Lufacz.

In dem Panamistenprozeß des angegriffenen Ministerpräsidenten Lufacz ist soeben eine sensationelle Wendung eingetreten. Der Gerichtshof lehnte die Anträge der Verteidigung, die zum Zwecke des Wahrheitsbeweises in den gravierenden Anschuldigungen gegen Lufacz gestellt wurden, ab. Trotzdem das ungarische Strafgesetzbuch ganz klar bestimmt, daß bei Anschuldigungen gegen Staatsbeamte ein Beweisverfahren zugelassen werden muß, schnitt hier der Gerichtshof das Beweisverfahren ab, da die Zeugen belastend gegen Lufacz aussagen würden. Nur in einem Falle, der den Hausverkauf des Ministerpräsidenten betrifft, wollten die Richter das Beweisverfahren gestatten. Nach dieser Gerichtsentscheidung verließ die Verteidigung den Gerichtssaal unter Protest gegen das gesetzwidrige Vorgehen des Gerichtshofes. Man konnte auf solche Zwischenfälle gefaßt sein, da der Gerichtshof aus drei Reichspräsidenten besteht, die der Regierung mit Haut und Haaren ergeben sind. Aber dieser Gerichtsbescheid hat nun auch den Beweis geliefert, daß der Ministerpräsident Zeugenaussagen zu scheuen hatte: wenn ein Beweisverfahren zugelassen worden wäre, würde der ganzen Welt offenbar geworden sein, daß die Anschuldigung des angeklagten Staatssekretärs, der Ministerpräsident sei der größte Panamist, nicht zu Unrecht erhoben wurde.

Die Gerichtsverhandlung endete mit der Verurteilung des Abg. Desh wegen öffentlicher Beleidigung des Ministerpräsidenten Lufacz zu einem Monat Gefängnis und 400 Kronen Geldstrafe. Staatsanwalt und Angeklagter haben gegen das Urteil das höhere Gericht angereufen.

Dieser Urteilspruch hat riesige Sensation erregt. Drei der angesehensten ungarischen Magnaten, der gewesene Minister des Innern Graf Julius Andrássy, der gewesene Minister für Kultus und Unterricht Graf Albert Abonyi und der gewesene Minister am kaiserlichen Hoflager Graf Aladarffy, haben in den hauptstädtischen Abendblättern eine Erklärung folgenden Inhalts an den Ministerpräsidenten Lufacz gerichtet:

In der heutigen Gerichtsverhandlung wurde dem Ministerpräsidenten nur eine formelle Genehmigung zu teil, da der Gerichtshof das Beweisverfahren nicht zugelassen hat. Nachdem dieser Prozeß auch die öffentliche Meinung interessiert und es notwendig ist, daß der Ministerpräsident rein von jeder Schuld sei, wollen wir ihm Gelegenheit geben, auch in jeder Hinsicht seine Unschuld zu sichern. Wir erklären daher, daß wir Kenntnis davon haben, daß der Ministerpräsident von Ungarn bei einem Staatsgeschäft mit der ungarischen Bank eine Provision von mehr als 4 Millionen Kronen erhalten hat und diese Summe nicht an die Staatskasse abgeliefert wurde. Wir sind uns der Schwere unserer Erklärung bewußt und

übernehmen die Verantwortung dafür. Wir wollen gerichtlich beanstandet werden, um zu beweisen, daß diese unsere Erklärung der Wahrheit entspricht.“

Diese Erklärung erschien in allen Abendblättern.

Frankreich.

Der Präsidentschaftswechsel.

Paris, 18. Februar. Heute fand die Uebertragung der Präsidentschaftswürde an Poincaré statt. Poincaré wurde vom Ministerpräsidenten Briand in einer Staatskarosse aus seiner Privatwohnung um 2 Uhr 20 Minuten abgeholt. Der Zug begab sich um 3¼ Uhr nach dem Elysée, wo Poincaré von Fallières empfangen wurde. In diesem Augenblick verkündeten 21 Kanonenschüsse den Wechsel in der französischen Präsidentschaft. Der Großkanzler der Ehrenlegion, General Florentin, überreichte daraufhin dem neuen Präsidenten die Insignien zum Großkreuz der Ehrenlegion. Beide Präsidenten begaben sich daraufhin nach dem Rathaus, wo ein großer Empfang stattfand. Alle hohen französischen Würdenträger waren zugegen, nur die bekannten Sozialistenführer fehlten. Die von zwei Infanterieregimentern gestellte Musik spielte die Marseillaise. In der Festhalle des Rathauses fand daraufhin ein Konzert statt, das bis 5 Uhr andauerte. Darauf begab sich Präsident Poincaré nach dem Elysée, wo der erste Ministerrat unter seinem Vorsitz stattfand. Heute abend wird Poincaré ins Elysée übersiedeln, während Fallières seine Privatwohnung bezieht. — In Toulon fand sich am Meeresstrand eine große Menschenmenge ein, um der Flottenparade, die zu Ehren des neuen Präsidenten abgehalten wurde, beizuwohnen.

Belgien.

Vermittlungsversuche.

Man schreibt uns aus Brüssel: Wir haben bereits gemeldet, daß sich in den Kreisen der Industriellen eine Aktion vorbereitet, die bezweckt, auf die Regierung einzuwirken, um vielleicht noch in letzter Stunde eine Vermittlung herbeizuführen. Man kann es schon begreifen, daß die Industriellen einem Generallstreik mit weniger Gemütsruhe und Gleichmut entgegensehen als die Regierung und Herr Boesie. Mögen es gerade keine idealistischen Gründe sein und die Fabrikanten vor allem an die Hunderttausende von Verlusten denken, die ihnen bevorstehen, so läßt sich gegen ihr freilich nichts weniger als ausichtsreiches Beginnen um so weniger sagen, als sich keine Stimme hören läßt, die etwa von den Arbeitern ein Nachgeben in irgend einem Sinne verlangt. Wir haben öfters darauf hingewiesen, daß auch die gemäßigten liberalen Bourgeoisie — und man weiß seit den letzten Wahlen, wem ihre Sympathien gelten — ohne Zögern anerkennen, daß die Vertreter der Arbeiterkraft es an Entgegenkommen nicht fehlen lassen und die Verantwortung für die kommenden Dinge der Regierung zuwälzen. Eine Vermittlung kann also ein Nachgeben nur von der Regierung wollen. Und wer will heute daran glauben?

Auch der Brüsseler Bürgermeister Max ergreift eine Initiative, „um das Land vor dem Generallstreik zu bewahren.“ Am nächsten Sonntag soll zu diesem Zwecke eine Versprechung aller Bürgermeister der größeren Drie der Provinz Brabant im Brüsseler Rathaus zusammentreten. Es steht nämlich die Eröffnung der Welter Ausstellung bevor und bekanntlich werden Ausstellungen auch schon in normalen Zeitläufen nicht fertig. Was ist dann bei einem Generallstreik zu erwarten? Abgesehen natürlich und hauptsächlich, daß eine wirtschaftliche Deroute nicht eben ein Verprechen für das „Geschäft“ in Aussicht stellt, dem zuliebe allein doch solche Ausstellungen zu dienen haben.

Wie man sieht, regt sich alle Welt auf ihre Weise, Industrielle wie Arbeiter, Bürgerum wie Proletariat über den Ernst der Lage auf. Außer der Regierung natürlich. Oder sollte sie die Ansicht gewisser kirchlicher Blätter teilen, die sich den zarten Scherz erlauben, ihren Lesern zu erzählen, daß der Streik „unmöglich“ sei? Daraufhin schreibt heute die gemäßigtliberale „Etoile Belge“, die stets gegen die Drohung des Generallstreiks gewettert hat und nicht aufhört, dieses Mittel zu mißbilligen, daß diese agent-provocateur-Sprache die Arbeiter nur zu erbittern geeignet ist. . . . Der Streik, sagt das liberale Organ, mag berechtigt oder nicht sein, das Wahrecht mag ihn wert oder unwert sein — so verdient die Gese der Arbeiter, Elend und Entbehrung auf sich zu nehmen, um zu erhalten, was sie als gerecht betrachten, nicht scherzhaft beurteilt zu werden. — Das „Christentum“ ist sich eben überall gleich.

Asien.

Der militärische Einfluß Rußlands in der Mongolei.

Urga, 18. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der mongolische Minister und der Vertreter Rußlands Korostowez haben ein Abkommen unterzeichnet, nach dem russische Offiziere zur Organisation und zur Ausbildung einer mongolischen Reiterbrigade berufen werden sollen.

Japan.

Noch kein Ende der Krise.

Tokio, 18. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Kabinettskrise hat noch keine Lösung gefunden, ein Ministerium ist noch nicht gebildet. Die Seiyukai hielten heute eine große Versammlung ab und beschloßen, den Admiral Yamamoto bei seinen Bemühungen, ein Kabinett zu bilden, nicht zu unterstützen, wenn nicht alle Mitglieder, mit Ausnahme des Premier- und Kriegsministers, entweder der Partei angehört oder ihr beiträten. Yamamoto ist bereit, den Seiyukai zwei oder drei Portefeuilles zu geben, weigert sich aber, die ganze Forderung der Partei zu befolgen.

Am Donnerstag, Freitag und Sonnabend kam es in Tokio zu erneuten Unruhen, ähnlich wie in Tokio am 10. d. M.

Baron Aoto hat sich endlich entschlossen, nicht im Ministerium des Auswärtigen zu bleiben. Wenn ein Kabinett Yamamoto zustande kommt, wird der japanische Vorkonsul in Washington Ginda das Ministerium des Auswärtigen und Tokafashi, der Gouverneur von Kippou, das der Finanzen übernehmen.

Aus der Partei.

Druckfehlerberichtigung. In der Besprechung des Buches von Rosa Luxemburg „Die Akkumulation des Kapitals“ in Nr. 40 dieses Jahrgangs sind in der ersten Kolumne der zweiten Seite in der 12. Zeile von unten einige Worte verlesen worden. Der Satz hat richtig zu lauten: . . . macht es prinzipiell . . . keinen Unterschied, ob die „Konsummittel“ von den Kapitalisten in der Form von Schaumwein oder von Kriegsmaterial konsumiert werden.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaften und die Arbeitsvermittlung.

Die Gewerkschaften haben der Frage der Arbeitsvermittlung jederzeit die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Schon die Vorläufer der modernen Arbeiterorganisationen, die der Zukunftselben, haben vielfach recht ererbte Kämpfe um die Arbeitsvermittlung geführt. Zu Beginn der modernen Arbeiterbewegung bis in die neunziger Jahre hinein galt bei den Gewerkschaften unbestritten der Satz, daß die Arbeitsvermittlung einzig und allein in die Hände der Arbeiter selbst gehöre; dem Besitzer und Verkäufer der Ware Arbeitskraft stehe allein das Verfügungsrecht zu, er habe die Bedingungen festzustellen, unter der sie Verwertung zu finden habe.

Ob das prinzipiell richtig ist oder nicht, soll hier weiter nicht untersucht werden, jedenfalls entscheiden in dem Kampfe um den Arbeitsnachweis, der ein Teil des wirtschaftlichen Kampfes zwischen Unternehmern und Arbeitern überhaupt ist, nicht Rechtsgrundsätze, sondern lediglich die Machtverhältnisse. Diese sind aber derart, daß keine der beiden großen wirtschaftlichen Gruppen der anderen in unbeschränkter Rücksichtnahme lediglich auf die Interessen der eigenen Partei die Bedingungen des Friedens diktieren könnte. So entstanden die paritätischen Arbeitsnachweise, die vielfach in Tarifverträgen festgelegt sind. Diese funktionieren unter der Kontrolle beider Teile. Bei den Tarifverhandlungen, die gegenwärtig zwischen den beiderseitigen Organisationen im Holz- und Baugewerbe geführt werden, bildet die Regelung des Arbeitsnachweises ebenfalls einen heiß umstrittenen Punkt.

Neben den paritätischen Facharbeitsnachweisen entwickelten sich die allgemeinen öffentlichen Arbeitsnachweise in städtischer Verwaltung.

Die Gewerkschaften haben sich rasch den veränderten Verhältnissen angepaßt; die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse von Berlin, Frankfurt, Hamburg und Dresden bezeugen es. Dagegen suchen die Arbeitgeber nach wie vor möglichst die Herrschaft über den Arbeitsmarkt zu erhalten und zu erweitern. Nicht um der Arbeitsvermittlung zu dienen, sondern, um ihre Macht über den Arbeitsmarkt auszunützen. Ausschließung der „Agitatoren“ und „Geher“, der „Streikbrüder“ und „Aufwiegler“, Heranziehung und Bildung einer gelben Schutztruppe — das ist es, was die Unternehmer durch ihre Nachweiskontrollen erreichen wollen.

In einem soeben erschienenen Schriftchen: „Die Gewerkschaften und die Arbeitsvermittlung“, beschäftigt sich Genosse U. Breit mit den oben behandelten Fragen, die zuerst den Gegenstand eines Vortrages bildeten, den er im Metallarbeiterverband gehalten hat. Die Broschüre behandelt auch die paritätischen, Tarif- und Facharbeitsnachweise, namentlich an der Hand der Tarifnachweise der Buchdrucker und Holzarbeiter. Dabei wird auch der Versuch gemacht, die darauf hinauslaufenden, die Selbstverwaltung der Facharbeitsnachweise zu beschränken. Sie sind bekanntlich ausgegangen vom preussischen Minister des Innern und des Ministers für Handel und Gewerbe und finden merkwürdigerweise Unterstützung von einer Seite, von der man es kaum vermutet hätte, nämlich vom Vorstand des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise. Um breit weist diese Versuche, die öffentlichen Arbeitsnachweise in den Dienst einseitiger Unternehmerinteressen oder gar unter die Herrschaft der Bureaukratie zu stellen, mit Entschiedenheit zurück:

„Wir können uns damit abfinden, den Arbeitsnachweis dem Kampfe zu entziehen, denn unsere Gewerkschaften verfügen heute über andere Nachmittel, um ihre Forderungen durchsetzen zu können. Werden die öffentlichen Nachweise indes dazu benutzt oder richtiger gesagt, dazu mißbraucht, Arbeiterinteressen zu verletzen, dann müssen wir wohl oder übel den Kampf aufnehmen, und die Gewerkschaftsbewegung wäre sehr wohl fähig, sich auch heute noch ihre eigenen Arbeitsnachweise zu schaffen.“

Diese Auffassung Andreits wird die ungeteilte Zustimmung aller Gewerkschafter finden — das mögen sich die Rückwärtler aller Schattierungen gesagt sein lassen. Partei und Gewerkschaften sind sich vollkommen darin einig, daß die Gesetzgebung die Wege zu ebnen hat für eine gesunde Entwicklung der Arbeitsvermittlung nach der Richtung hin: Arbeitsnachweise mit öffentlichem rechtlichem Charakter unter paritätischer Selbstverwaltung.

Berlin und Umgegend.

Die Zuschneider bildeten bisher eine selbständige Filiale im Verband der Schneider. In letzter Zeit wurde wiederholt die Frage erörtert, ob es nicht zweckmäßiger sei, als Sektion der Filiale I beizutreten. Am Sonnabend nahm eine außerordentliche Generalversammlung der Zuschneider endgültig zur Frage des Uebertritts Stellung. Der Vorsitzende betonte in seinen Ausführungen nochmals die maßgebenden Gründe und wies auf die Vorteile hin, die durch die Verschmelzung entstehen. In der Diskussion erklärten sich alle Redner für den Anschluß an die Filiale I als eigene Sektion, der dann auch gegen eine Stimme beschloffen wurde. Der Anschluß wird am 1. April d. N. vollzogen. — Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden lebhaft Klagen geführt über das in mehreren Betrieben bestehende Antreiberwesen. Einmütig war man der Ansicht, daß nur durch eine intensive Aufklärungsarbeit diese Zustände gebessert werden können.

Die Arbeiterchaft der Berliner Schuhindustrie ist in eine Bewegung eingetreten, welche die Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises und Verbesserung der Lohnlage bei einer Anzahl Firmen zum Ziele hat. Seit 1896 besteht ein vom Verband Berliner Schuhfabrikanten unterhaltener Arbeitsnachweis. Der Arbeiterchaft war dieser Unternehmerarbeitsnachweis immer ein Dorn im Auge, weshalb schon in den letzten Jahren mit der Unternehmerorganisation Verhandlungen zwecks Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises gepflogen wurden, die aber bisher ein positives Ergebnis nicht hatten. Der größte Teil der Unternehmer soll der modernen paritätischen Form der Arbeitsvermittlung sympathisch gegenüberstehen.

Die Arbeiter verlangen weiter freie Lieferung der Furnituren, was besonders für die Jwider und Jwiderinnen eine Rolle spielt. Diese hatten bisher die Channels und Tafel (Stifte zum Befestigen des Oberleders und der Sohlen) selbst zu stellen. Die Ausgabe hierfür im Betrage von 1,25 bis 2 M. wöchentlich muß von dem verdienten Lohn bestritten werden. Außerdem wird für Zuschneider und Stanzler die Anerkennung eines Minimallohnes von 27 M. gefordert. Ferner wird eine Regelung der Beziehung der einzelnen Parte, der keinen fortgesetzten Kommissionen und der Muster, sowie Entscheidung für Ueberstunden verlangt. Die Forderungen sind den Unternehmern am Montag früh unterbreitet worden mit dem Ersuchen, im Laufe der Woche in Verhandlungen einzutreten.

Berlin, Redakt.: Alfred Dielepp, Reußstr. Inzeratenteil Berantw.: H. Olsch, Berlin, Prud u. Verlag: Vormors Buchdr. u. Verlagsanstalt

Deutsches Reich.

Gewerkschaftlicher Aufstieg.

Die Gewerkschaften mit Unterstützungseinrichtungen, die an das Reichsarbeitsblatt berichten, mußten Ende 1912 2161 470 Mitglieder gegen nur 2038 002 Mitglieder an demselben Termin des Vorjahres. Somit ergibt sich eine Zunahme, die mit 123 468 Organisierten über 6 Proz. ausmacht. In der christlichen Organisation macht sich aber eine Stagnation, teilweise sogar ein direkter Rückgang bemerkbar. Da werden die Folgen der M.-Gladbacher Streikbrüchigkeit und der Jwidererei im eigenen Lager sichtbar. In den Verbänden, die einen Mitgliederverlust zu verzeichnen haben, gehören die christlichen Organisationen der Textilarbeiter und der Metallarbeiter. Die Führer dieser Organisationen machen sich in der Gesamtbewegung durch lärmendes Großsprechen und gesinnungstüchtigen Eifer im Kampfe gegen die freien Gewerkschaften sowie die Sozialdemokratie bemerkbar. Und der Erfolg? Der freie Textilarbeiterverband büchte Ende 1912 über 10 000 Mitglieder mehr als zu der gleichen Zeit 1911, der christliche Verband dagegen ist nun um 711 Mitglieder kleiner. Weiter! Der Deutsche Metallarbeiterverband erhöhte die Zahl seiner Mitglieder um 30 394, die christliche Organisation, die überhaupt nur ein ganz winziges Stücken gegenüber dem Metallarbeiterverband darstellt, verlor 1039 Mitglieder. Wenn man erst die Mitgliederzahlen des christlichen Bergarbeiterverbandes erhöht, dann wird sich zeigen, daß hier die Mitgliederzahl ganz besonders gesunken ist.

Das Verhalten der christlichen Gewerkschaftsleitung im letzten Anhrbergarbeiterstreik, und dann auch bei der Bewegung im Saarrevier, hat doch viele Arbeiter unabweislich erkennen lassen, daß die christlichen Organisationen als Vorposten kapitalistischer Interessen mißbraucht werden. Hielt nicht Gewissenszwang manchen christlich Organisierten von dem Uebertritt zu der als kirchensindlich verurteilten freien Organisation ab, dann würden die christlichen Verbände bald aufgerieben sein.

Je mehr die M.-Gladbacher auf den Wegen des offenkundigen Arbeiterverbandes wandeln, um so gründlicher werden auch die religiösen Scheuflappen abfallen und die verhegten Arbeiter in die freie Gewerkschaft hineintreiben. Ganz ungestraft kann niemand Diener des Kapitals sein — und dazu den Arbeiterfreund mimen.

Auswertung im Breslauer Tapezierergewerbe. Mit dem 15. Februar d. J. lief für das Breslauer Tapezierergewerbe abgeschlossene Tarifvertrag ab. Die Gehilfen forderten eine Verkürzung der Arbeitszeit von wöchentlich 54 auf 52 Stunden und als Mindestlohn für Ausgelernte im ersten Gehilfenjahre 45, im zweiten 50 und im dritten 56 Pf. Stundenlohn, für weitere höhere Löhne einen Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde. Außerdem den Abschluß des Tarifs auf drei Jahre. Die Unternehmer lehnten eine Verkürzung der Arbeitszeit rundweg ab und Lohn wollten sie während der dreijährigen Tarifdauer nur 2 Pf. pro Stunde zulassen. Die Gehilfen ermäßigten daraufhin ihre wirklich geringen Forderungen noch wesentlich, um den Unternehmern Entgegenkommen zu zeigen und erklärten sich zu weiteren Verhandlungen bereit, womit die Unternehmer einverstanden waren. Die Verhandlungen sollten am Montag, den 17. Februar, stattfinden. Aber schon am Freitag vorher verabschieden die Arbeitgeber an ihre Kollegen die Aufforderung, die Gehilfen auszusperrten. Dieser Aufforderung ist ein Teil der Arbeitgeber nachgegeben. Am Sonnabend sperrten 36 Betriebe 106 Gehilfen aus, während 23 Firmen mit 123 Gehilfen sich nicht an der Aussperrung beteiligten. Die Gehilfen haben auf das provokatorische Verhalten der Unternehmer beschlossen, daß in jedem Betrieb, wo auch nur ein Kollege ausgesperrt wird, sofort von allen die Arbeit niederzulegen ist. In allen anderen Betrieben soll vorläufig weitergearbeitet werden. Offenbar wollen die Unternehmer den Gehilfen einen Schreck einjagen, um sie für die Annahme des Tarifs, so wie sie sich ihn denken, gefügiger zu machen. Darin dürfen sich aber die Herren diesmal gründlich getäuscht haben.

In einem Abwehrkampf im Tapezierergewerbe ist es bei der Firma Penzelein, Stöck u. Co., Stängelabrik in Blomberg (Sippe-Deimold), gekommen. Die Firma besteht erst seit etwa Jahresfrist, hat es aber bereits verstanden, sich mit den Arbeitern in den üblichen Auf der Lohnbrüdererei zu bringen. Den bei den Holzarbeitern vorgenommenen Lohnniedrigungen wollte sie solche bei den Polierern folgen lassen. Gerade diese fortlage verdrängten Arbeitsverschlechterungen veranlaßten die Arbeiter, sich der Organisation anzuschließen; sie konnten so die Löhne zurückweisen. Darauf suchte die Firma ungelernete Arbeiter anzulernen, und erneuerte dann den Versuch. Doch die Arbeiter legten gemeinsam die Arbeit nieder. Die Firma sucht nun unter Zuhilfenahme guter Löhne erneut Arbeiter nach Blomberg zu locken. Mächtige Leute, verbeiratet oder ledig, welche Lust haben, das Polieren von Lederstühlen zu lernen, bei gutem Verdienst, sucht die Firma. Wie es in Wahrheit damit steht, zeigt der vorstehende Bericht. — Zugut ist streng fernzuhalten.

In die Brüche gegangene Harmonie.

Vor etwa anderthalb Jahren überzogen die Zentrumschriften und die Kirch-Dunderschen Gewerkschaften die Welt mit der Nachricht, daß sie, veranlaßt durch Herrn Verlepp, übereingekommen seien, ein freundlicheres Verhältnis zueinander herzustellen. Die beiden Metallarbeiterorganisationen der betreffenden Richtungen gingen noch einen Schritt weiter und setzten Paragraphen auf, die ihr Handeln fortan bestimmen sollten. In diesem „Vertrag“ wurde unter anderem auch festgelegt, daß sich die beiden Organisationen nicht persönlich bekämpfen sollten. Vertraglich wurden die „freibeitlich-national“ fortschrittlichen Gewerkschafter und die zentrumschlichen Christen trotz des Vertrages nun aber keineswegs; sie verstellten sich im Gegenteil nach dem Freundschaftsbund eher noch mehr als früher, so daß die Ringkampfvorfürungen oft genug das trübliche Lachen des Publikums auslöstten. Die in den Anschauungen durchaus mit den Zentrumschriften vertriebenen katholischen Arbeitervereine in Rheinland-Westfalen gingen sogar dazu über, die Mitglieder der Kirch-Dunderschen Gewerkschaften kurzer Hand herauszuwerfen und sie damit in die religiöse Wüste zu schicken, wenn die Kirch-Dunderschen nicht umfädeln und mit den Zentrumschriften auch die politische Zentrumsparthei stärken wollten. Nun teilt der „Regulator“, das Blatt des Metallarbeiter-Gewerkschafts, endlich mit, daß der tolle Komödie ein Ende gemacht und daß der famose Vertrag gekündigt und sofort aufgehoben wurde. Das ist in unserer humorarmen Zeit ein herber Verlust!

Der Streik der Glasarbeiter in Lünen bei Dortmund dauert unverändert fort. Die Firma bemüht sich durch Agenten, Arbeitswillige zu bekommen, was ihr bis jetzt noch nicht gelungen ist. Die Glasarbeiter werden erneut ersucht, Arbeitsangebote nach Lünen abzulehnen.

Die Situation im Hamburger Hafen.

Der Streik der Bunkerleute macht sich schon in einem Stöden des Verkehrs bemerkbar. Die Arbeit ruht in sämtlichen Bunkerbetrieben. Der Streik der Wümmenschiffer verschärft die Situation bedeutend. Hinzu kommt zu alledem noch eine neue Bewegung, die mit den anderen nur in loser Verbindung steht: die Arbeiter der Lagerhausgesellschaften, die bei der früheren Lohnbewegung im Hafen leer ausgingen, hatten vor kurzem einen Lohnanforderung eingereicht, der vor allem eine Erhöhung der Löhne vorsah, da diese Arbeitergruppe von allen am schlechtesten bezahlt wird. Es handelt sich bei dieser Bewegung vorläufig um 75 Mann. Die Erportlagerhausgesellschaft beantwortete Verhandlungsversuchen des Deutschen Transportarbeiterverbandes mit der Aussperrung sämtlicher Arbeiter. Die Entscheidung bei einer zweiten Gesellschaft erfolgt in den nächsten Tagen. — Menschenschädler sind auf der Suche nach

Arbeitswilligen. Arbeiter, halbet den Zugang jeen, verhindert, daß Vertreter an der Arbeiterseite den Kampfenden in den Rücken fallen!

Streik in der Großhäger Schuhindustrie.

Die Bemühungen der Arbeiterausschüsse und Organisationsvertreter, einen Ausgleich herbeizuführen, scheiterten an dem Widerstand der Fabrikanten, so daß die Arbeitsniederlegung erfolgt ist. Am 15. d. M. nachmittags fanden nochmals Verhandlungen statt. Die Arbeiter machten den letzten Versuch, um eine Einigung zu ermöglichen. Sie schlugen vor:

Die Arbeitszeit betragt vom 1. April ab Montags bis Freitags 9½ Stunden, Sonnabends 8 Stunden, pro Woche 55½ Stunden; ab 1. Januar 1914 Montags bis Freitags 9 Stunden.

Darauf machte der Vertreter des Industriezweigsverbandes im Auftrage der Herren Fabrikanten den Gegenvorschlag, die Arbeitszeit ab 1. Juli 1913 auf 57½ Stunden festzusetzen; ab 1. Januar 1914 soll als äußerstes die 57stündige Arbeitswoche zugestanden werden.

Von den Vertretern des Zentralverbandes der Schuhmacher wurde nach Besprechung mit den Arbeiterausschüssen ein weiterer Vorschlag unterbreitet:

Die Arbeitszeit betragt ab 1. April 1913 Montags bis Freitags 9½ Stunden, Sonnabends 8½ Stunden, pro Woche 56 Stunden; ab 1. April 1914 ist die 54stündige Arbeitswoche einzuführen.

Im Auftrage der Herren Fabrikanten erklärte der Vertreter des Industriezweigsverbandes sich gegen diesen Vorschlag. Bei der 57stündigen Arbeitswoche müssen sie bestehen bleiben. Die Verhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen. Der Streik von 400 Arbeitern und Arbeiterinnen ist die unvermeidliche Folge. Beim Auseinandergehen der Verhandlungsteilnehmer wurde von beiden Parteien eine Erklärung abgegeben, auf gegenseitiges Ersuchen bereit zu sein, an weiteren Verhandlungen teilzunehmen.

Da die Großhäger Fabrikanten in der Amtspresse verjucken, die Forderung als übertrieben hinzustellen, sei hiermit folgendes festgestellt: In zwei der fünf Betriebe reicht gegenwärtig eine Arbeitszeit von 58½ Stunden pro Woche. Diese Betriebe umfassen den größten Teil der beschäftigten Arbeiter. Die Arbeitszeitverkürzung würde für den 1. April 1913 2¼ Stunden betragen. Lohnforderungen sind nicht gestellt, nur Ausgleich der Löhne für Zeitlohnarbeiter soll stattfinden. Der größte Teil der Arbeiter ist in Akkordlohn beschäftigt. Ausgleichslöhne kommen also nur für wenige Arbeiter in Frage. Die übrigen drei Betriebe arbeiten 58½ und 59½ Stunden pro Woche. Doch muß bemerkt werden, daß diese Arbeitszeiten früheren Abmachungen mit den Arbeitern entgegenstehen. Es könnte also den Großhäger Fabrikanten nicht schwer fallen, auf die von den Arbeitern gewünschte Arbeitszeitverkürzung einzugehen. Zugut nach Großhäger ist fernzuhalten.

Eine Schuhmacherbewegung ist in Nürnberg im Gange. Die Gehilfen haben der Schuhmachervereinigung den Tarif zum 1. April gekündigt und für den Neubau einig Forderungen gestellt, die in der Hauptsache auf eine Lohnerhöhung von etwa 15 Proz. hinausgehen und ihre volle Berechtigung in den teureren Lebensverhältnissen finden. Aber die Innung hat sie rundweg abgelehnt, sie will nicht einmal mit der Vertretung der Gehilfen darüber verhandeln, höchstens mit dem Gehilfenausschuß der Innung. Wenn die Herren in ihrer Starrköpfigkeit verharren, kann es leicht zum Kampfe kommen. Deshalb ist Zugut schon jetzt zu vermeiden.

Letzte Nachrichten.

Bulgarische Hoffnungen.

Sofia, 18. Februar. „Wir“ behauptet auf Grund zuverlässiger Informationen, daß die Aussichten auf eine freundschaftliche Regelung des bulgarisch-rumänischen Konflikts gestiegen seien. Der Friede zwischen Bulgarien und Rumänien sei nicht so bedroht, wie man glauben machen wolle.

Rußlands Beruhigungsversuche.

Petersburg, 18. Februar. Die Petersburger Telegraphenagentur erzählt von zutandiger Seite, daß die allgemeine politische Lage, wie sie sich aus den Vorbesprechungen zwischen Bulgarien und Rumänien ergeben habe, nicht die pessimistischen Anschauungen eines gewissen Teiles der Presse rechtfertige. Die Verhandlungen zwischen den Kabinetten in Sofia und Bukarest seien nicht abgebrochen worden. Falls die direkten Vorbesprechungen sich zu einer vollständigen Uebereinstimmung führten, würden beide Regierungen hinreichend Mittel besitzen, die Streitpunkte dem Schiedspruch der Großmächte zu unterwerfen. Es sei Grund zu der Annahme vorhanden, daß man sowohl in Rumänien wie auch in Bulgarien der schweren Verantwortung Rechnung tragen werde, die derjenige Teil auf sich laden würde, der Gewalt gebrauchen würde, bevor zunächst die friedlichen Mittel zur Befestigung der Differenzen erschöpft seien. Alle Großmächte verwichen der Frage eine friedliche Lösung zu geben, da sie übereinstimmend den Wunsch hegten, die Möglichkeit eines Konfliktes zu vermeiden.

Neutralisierung Albanien.

Petersburg, 18. Februar. (S. B.) In hiesigen diplomatischen Kreisen verläutet, daß die Neutralisierung Albanien beschlossene Sache sei, wobei Oesterreich und Italien keine bevorzugte Stellung eingeräumt werden soll.

Die tibetanische Frage.

Peking, 18. Februar. (Meldung der Agence d'Extreme Orient.) Der Minister des Auswärtigen hat bei dem englischen Gesandten in Peking Vorstellungen erhoben und um eine möglichst baldige Antwort bezüglich der tibetanischen Frage ersucht. Der Gesandte hat ihm erklärt, daß China, bevor die Verhandlungen wieder aufgenommen werden könnten, folgende drei Punkte annehmen müsse. Zunächst soll die Republik ihre Delegierten nach London entsenden, wo die Verhandlungen geführt werden sollen, alldann soll China die nominelle Oberhoheit über Tibet übernehmen, dessen Autonomie es anerkennt. Den dritten Punkt bildet die Nichtigkeitsklärung des englisch-chinesischen Vertrages von 1905 und den Abschluß eines neuen Vertrages auf der Basis der anglo-chinesischen und indo-tibetanischen Verträge, die vor 1905 in Kraft waren. Die formelle Annahme dieser drei Punkte ist die conditio sine qua non für die Wiederaufnahme der Unterhandlungen. China fühlt sich durch die fähle und zögernde Art Englands beunruhigt.

Aus dem marokkanischen Aufstandsgebiet.

Paris, 18. Februar. Aus Marokkan wird gemeldet: Leute des aufständischen Entifa-Stammes überfielen einen Marktzug des Sufi-Stammes und plünderten die Wagen. Es kam zwischen ihnen und den Anhängern des Rasen zu einer blutigen Rauferei, wobei es auf beiden Seiten zahlreiche Verwundete gab.

Reichstag.

115. Sitzung. Dienstag, den 18. Februar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Kraetke.

Kurze Anfragen.

Abg. Dr. v. Laszewski (Pole) hat angefragt, warum die Aktien über die Nachwahl in Schweg beim Reichstage noch nicht eingegangen sind.

Die Abgg. Dr. Paasche (natl.) und Dome (Sp.) weisen in einer Anfrage darauf hin, daß der preussische Handelsminister dem Bankensortium, das die Zulassung junger Aktien und Obligationen der deutschen Erdöl-Aktiengesellschaft zur Notiz an der Berliner Börse beantragt, erklärt hat, er werde wegen der ablehnenden Haltung der Gesellschaft gegenüber dem Petroleummonopol-Vorlage, so lange dieser Gesegentwurf in Frage stehe, die Veratung und Beschlußfassung über die beantragte Zulassung seitens der Zulassungsstelle nicht dulden.

Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern Dr. Richter: Der preussische Handelsminister hat einem Vertreter des Konortiums seine Auffassung mitgeteilt, daß, so lange die Besprechungen über das vorgelegte Petroleumgesetz noch schweben, eine Unsicherheit für die künftige Gestaltung der Verhältnisse der Gesellschaft besteht, die eine zuverlässige Bewertung der neuen Papiere hindert, weswegen sie zur Börse nicht zugelassen sind.

Die am 2. Juni 1911 in Washington unterzeichnete revidierte Pariser Uebereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums und das Ausführungsgesetz dazu werden in zweiter Lesung debattelos angenommen.

Wahlprüfungen.

Die Wahlen der Abgg. Siebenbürger (L.) und Haase (Soz.) werden für gültig erklärt.

Es folgt die Prüfung der Wahl des Abg. Meyer-Herford (natl.). Die Kommission beantragt Gültigkeit, die Sozialdemokraten beantragen, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. Stücken (Soz.):

Der Wahlkommissar Landrat v. Borries hat in einer konservativen Wählerversammlung vor der Stichwahl zur Wahl Meyers aufgefordert und seine ganze Autorität dafür eingesetzt. In solchen Fällen hat der Reichstag früher die Wahlen für ungültig erklärt, die Wahl des sozialdemokratischen Abgeordneten Braun, weil der Regierungspräsident zugunsten des konservativen Kandidaten ein Flugblatt unterschrieben hatte und die Wahl des sozialdemokratischen Abg. Buchwald, weil der Staatsminister als Mitglied des reichstreuen Vereins vor der Aufstellung eines agrarischen Kandidaten gewarnt hatte.

Kleines feuilleton

Ein Dichter gegen die Kinopekt. Der Uebermut des Kino, Kapitalis wird von Tag zu Tag größer. Es hat die formalen Begriffe mit der man alle Vortexte sprengt, und wendet sie skrupellos an: es lauft, was es braucht. Es lauft Lindau, es lauft Hauptmann, es lauft Wasserfall! Und die deutschen Dichter und Schauspieler sind mit einem Male begehrter und dankbarer Kinoverbreiter. Raum einer, der den Verlockungen lockender Gewinne widersteht, keiner, der noch protestiert. Oder doch? Da, es hat sich endlich ein Dichter gefunden, der den anmahenden „Kunst“machern den Handschuh hinstreift und gegen die Entweidung des Dramas zu Filmzwecken protestiert.

Der Klyer weist den Reklametrail, von Kinokunst zu sprechen, in die Schranken zurück, indem er schreibt: „Ich will Ihnen zunächst zugehören, daß ich beim Anblick der Erzeugnisse Ihrer Fabrik zuweilen verblüfft war, daß sie mich sogar mandamlich amüsiert, öfters aber noch gelangweilt haben. Wie es jedoch bei mäßiger Jahresstemperatur einem gefunden Mitteleuropäer möglich sein soll, Ihre Jesuloidfilme, die Sie in beliebiger Anzahl, und meist von vorn nach hinten, zuweilen aber auch, was der Komik Ihrer dramaturgischen Sendung auf Erden mehr entspricht, von hinten nach vorn abzurufen lassen können, mit dem zu verwechseln, was die Erfahrungen von Jahrtausenden sich geerbt haben, „Kunst“ zu nennen, das geht über meinen gänzlich unbeschränkten Verstand.“

Was das Wort für den Dichter ist, sagt ein Dichter den Fabrikanten, die seine Kollegen auslaufen, auseinander:

„Gänzlich unbedenklich scheint es mir zu sein, daß ein Dichter, wenn er nur jemals einen Hauch vom Atem der Erdenseele in sich gespürt hat, nicht bis in die Wurzeln seiner Existenz miterfahren haben sollte, daß alles, was wir schaffen, wie die Kunst durch den Ton, sich durch das Medium des Wortes mitteilt; — daß unsere Gestalten nur leben, weil unsere Rede, das ist das Bewußtwerden unserer persönlichen und überpersönlichen Zusammenhänge mit dem Weltganzen, weil diese Geisteskraft in ihnen draust und sie umweht; — daß all unsere Worte wie aus dem Geleze unseres Werkes, so aus dem Geleze unserer Persönlichkeit organisch emporkwachsen, und daß unser mühseligstes Ringen immer nur ein Ringen mit dem Geiste ist: Ich lasse dich nicht, du segnest mich denn!“

Und gegen diesen Geist oder Gott oder Genius — nennen Sie ihn, wie Sie wollen, sehr gehetzte Filmfabrik — gegen den sollen nun die Dichter um der Dichtung willen ihre nicht immer günstige... sagen wir „fortuna“ fortrigieren? Sie haben Geld... Sie können also die Dichter bezahlen. Aber Sie irren sich. Sie können sie nie bezahlen, denn was Ihnen ein Dichter von seinem Werk nur verkaufen kann, ist gerade das, was er mit seinem Werk überwinden hat, den Rohstoff. — Sie sind die Genarrten, aber die Dichter sind die Betrogenen. Ein schlechtes Geschäft für Sie, ein schlechteres, wie ich fürchte, für uns.“

In welcher unverantwortlichen Weise die Kinobolksbeglückter den Namen Hauptmanns mißbrauchen, deutet Herr Klyer weiter auf. Hauptmann hat nach ihm nur seinen (schwachen) Roman „Atlantis“ zur Verulmung überlassen, aber ausdrücklich versichert, daß er seine Dramen nie dazu hergeben würde, und hinzugefügt: „Ein Dichter, der sein Drama des Wortes betrauben

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.): Auch wir verlangen von den politischen Beamten Zurückhaltung. Die ist aber hier geübt worden, denn Herr v. Borries hat nur in einer geschlossenen Vertrauensmännerversammlung gesprochen, und zwar als Privatperson. Im Falle Braun hatte der Regierungspräsident das Flugblatt mit seinem Amtskarakter unterschrieben und im Falle Buchwald ist die Kassierung der Wahl nach unserer Meinung zu unrecht erfolgt. Die Wahl wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten für gültig erklärt.

Hierauf wird die

zweite Beratung des Postetats

fortgesetzt bei den Titeln, die die einzelnen Beamtenkategorien betreffen.

Hierzu hat die Budgetkommission eine Reihe von Zulagen in den Etat eingelegt; außerdem empfiehlt sie in einer Resolution eine stärkere Vermehrung der höheren Stellen, in einer zweiten beantragt sie, daß die Post- und Telegraphensekretärprüfung zum zweiten Male wiederholt werden kann, in einer dritten erwirbt sie, noch vor der dritten Lesung, um Vorlegung eines Gesegentwurfs zum Besoldungsgesetz, durch welchen die Postassistenten und Postunterbeamten jene Gehaltsätze erhalten (1800 bis 3600 resp. 1200 bis 1800 M.), welche der Reichstag in zweiter Lesung beschloffen hat.

Präsident Raempf teilt mit, daß die namentliche Abstimmung über die Osmarlenzulage am Donnerstag stattfinden soll.

Abg. Antrif (Soz.)

bringt eine Reihe von Beschwerden über unregelmäßige Postbestellung in Braunschweig vor. Die Schuld daran haben nicht die Unterbeamten, sondern das elende fiskalische Sparsystem. Solange man nicht mehr Beamte einstellt, solange die Unterbeamten unter der Leberarbeit leiden, solange werden auch die Verhältnisse die gleichen bleiben. Aus Mangel an Beamten stellt man Hilfskräfte ein, die für den Dienst nicht genügend ausgebildet sind. Die Leberbelastung in Braunschweig ist zu einem großen Teil Werk des Postdirektors Kulemann, der aus dem Osten hineingekommen ist. Von ihm wird erzählt, daß er die Beamten in einer ganz inhumanen Weise behandelt, so daß sie nicht mal Zeit haben, ihre Mahlzeiten einzunehmen. Unter seinem Amtsvorgänger waren die Verhältnisse in Braunschweig erheblich besser. Der Oberpostdirektor scheint keine Zeit zu haben, das Postamt, wie es nötig wäre, zu revidieren. Besonders schwer ist in dieser Oberpostdirektion auch die Arbeit der Landbriefträger. Häufig müssen sie mit schweren Lasten bepackt noch einen vier-rädrigen Karren mit Paketen ziehen. Neuerdings hat man in einem Bezirk zum Transport der Pakete einen Ziegenbock genommen. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob der Landbriefträger ihn unterhält oder ob die Reichspost etwas dazu beiträgt. Unhaltbare Zustände herrschen auch in der Postpersonenbesolderung in Braunschweig. Die paar Stichproben, die ich aus der Fülle des mir zugegangenen Materials vorgetragen habe, beweisen, daß wenigstens in Braunschweig die Post den steigenden Ansprüchen des Verkehrs nicht gerecht geworden ist. Es ist dringend notwendig, daß der Oberpostdirektion Braunschweig entsprechende Anweisungen erteilt werden, damit diese Mißstände beseitigt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Z.) bittet um eine Erklärung des Staatssekretärs, daß dieser keine Schwierigkeiten machen werde, wenn ein Postbeamter als Kandidat für einen einzelstaatlichen Landtag aufgestellt werde und wünscht, daß für solche Beamten, wenn möglich, der Urlaub so gelegt wird, daß sie für die Wahltagung frei sind.

Staatssekretär Kraetke erwidert, daß in solchen Fällen keine Schwierigkeiten gemacht worden seien und werden würden. (Bravo!)

Abg. Wölfe (Soz.)

führt Beschwerde über zu langsame Postbestellung von Straßburg nach Ruppertsau. Geisboltsheim wünscht bessere Telephonverbindung. Notwendig wäre die Einrichtung eines Postsekretariats in Straßburg.

liehe und der lebendigen Darstellung... hätte sich selbst entleert.“

Trotz dieser entscheidenden Erklärung Hauptmanns trägt Hans Klyer keine Bedenken, dessen Beteiligung an der Verfilmung der Kunst (mit seinem Roman) zu bedauern.

Mit einem Blick in die Zukunft schließt der mutige Ritter Georg seinen Kampf gegen den Kinobraden:

„Wenn erst unsere Werke in dreitausendmeterlangen Filmen zum Volke sprechen werden, dann trete der Dichter einmal in seine Kinobude ein. Und dann soll er sprechen. Dann soll er sagen, wer ihm besser gebietet hat: die in- und ausländischen Filmfabriken mit ihrem Gelde oder der geringste seiner Kritiker mit seinem bescheidensten Tadel.“

Aber es sind alle Anzeichen vorhanden, daß die Menschen sich darauf bestimmen, daß sie nicht taubstum sind. Und daß sich die Dichter darauf bestimmen, daß niemand sein Volk erhebt, indem er die Speisen für den allezeit sensationslüsternen Magen der Menge mit seinem Namen umtauscht, sondern indem er das ethische Gefühl des Volkes immer wieder und auf jede Weise weckt und läutert.“

Bravo, Hans Klyer!

Frühe Ostern. „Ostern im März verheißt ein gutes Wrofsjahr“, sagt eine Bauernregel. Spricht sie die Wahrheit, so muß das laufende Jahr ein ganz hervorragendes „Wrofsjahr“ werden; denn früher als in diesem Jahre können wir Ostern kaum zu feiern verlangen. Ist doch der diesmalige Termin, der 23. März, der zweitfrühe, der überhaupt vorkommen kann. Bekanntlich fällt nach der Festsetzung des Konzils von Nicäa Ostern auf den ersten Sonntag nach Vollmond nach Frühlingsanfang. Hiernach ist nun der 22. März der früheste Ostertermin, der überhaupt möglich ist. Freilich haben von allen jetzt lebenden Menschen nur recht wenige ein so frühes Osterfest erlebt; denn zuletzt ist der 22. März als Ostertermin im Jahre 1818 vorgekommen und vorher in den Jahren 1761 und 1699. Dagegen kommt in unserem Jahrhundert und ebenso in den beiden nächsten Jahrhunderten der 22. März als Ostertermin überhaupt nicht vor, sondern nach 1818 erst wieder im Jahre 2285 und darauf in den Jahren 2353 und 2437. Auch der diesjährige Ostertermin, der 23. März, der zweitfrüheste, der möglich ist, ist noch recht selten. Im vorigen Jahrhundert ist er relativ häufig vorgekommen, nämlich zweimal: in den Jahren 1845 und 1856. Dazu tritt dann das gegenwärtige Jahr 1913, und sodann wird der 23. März als Ostertermin erst wieder vorkommen können in den Jahren 2008, 2160, 2228, 2390 und 2532. — Der späteste Termin für den Ostertermin ist der 25. April, ein Vorkommnis, das wir im Jahre 1886 zuletzt gehabt haben und das im Jahre 1943 und sodann im Jahre 2035 wieder eintreten wird. Ob wir oder unsere Nachfahren alle die hier angegebenen frühen und späten Osterfeste wirklich feiern werden, steht freilich dahin; denn bekanntlich sind seit langem Bestrebungen im Gange, die auf eine Einschließung des Ostertermins in engere Grenzen abzielen.

Dr. W. A.

Humor und Satire.

Das Zeitalter der Rede.

Wie man im Deutschen Reich am liebsten pflegt vergangener großer Zeit Vermächtnis? Man feiert mit dem Munde unentwegt das hundertjährige Gedächtnis.

Die Ahnen schufen ohne Red' und Raft, damit die Entel sich ergötzen.

Abg. Sasse (Soz.):

Ich habe im vorigen Jahre die Behauptung der „Steigerzlg.“ hier vorgebracht, wonach die Vermutung bestand, daß bei dem Kampfe der Bergherren im Ruhrrevier gegen den Steigerverband auch Postbeamte sich dazu hergeben hätten, um Mitglieder des Steigerverbandes zu ermitteln. Der Herr Staatssekretär hat mich damals sehr scharf deswegen angegriffen. Ich sagte ihm, er möge abwarten, der Prozeß schwebe noch. Heute kann ich nun zu meiner Freude konstatieren, daß durch den Verlauf des Prozesses der Verdacht gegen die Postbeamten sich als unbegründet herausgestellt hat. Ich will nur noch hinzufügen: es ist ja ganz schön, wenn der Staatssekretär seine Beamten in Schutz nimmt, er würde sich aber noch mehr um sie verdient machen, wenn er seine Skrupellosigkeit in der Gehaltsfrage aufgeben wolle. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hubrich (Sp.) bringt einige Titel- und Ordenswünsche der Kanakisten vor. Die Parteizeit der Postsekretäre ist länger als die der sonst völlig gleichberechtigten Telegraphensekretäre. Das ist ungerecht. Herr Jubel hat gestern schwere Angriffe gegen Beamte eines Patentamts gerichtet. Die Beamten haben mich gebeten, den Staatssekretär zu ersuchen, sie gegen diese unbegründeten Angriffe in Schutz zu nehmen. Redner begründet des weiteren einige Resolutionen seiner politischen Freunde auf Zurechnung pensionsfähiger Zulagen der Postassistenten und Postfachner zu dem anrechnungsfähigen Gehalt, auf unfändbare Anstellung der Post- und Telegraphengehilfen nach einer angemessenen Frist und auf Herbeiführung einer Einheitlichkeit in der Besoldung der gehobenen Unterbeamten.

Abg. Schirmer (Z.) vertritt speziell Wünsche des weiblichen Personals der Post.

Abg. Werner (Antif.) wendet sich gegen den Vorredner. So lange wir noch Männer genug haben, sollten keine Damen angestellt werden, zumal diese bei dem anstrengenden Dienst leichter nervös werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Strauß (Sp.): Ich stelle fest, daß in der Kommission das Zentrum die Resolution auf unfändbare Anstellung der Beamtinnen abgelehnt hat. Nach der vorzüglichen Rede des Herrn Schirmer erwarte ich, daß seine Freunde jetzt unserem Antrag zustimmen werden. Wünschenswert wäre eine Aufstellung darüber, wieviel Beamtinnen vor Ablauf einer zehnjährigen Dienstzeit ohne Pension haben entlassen werden müssen. — Die Lage der Postbeamtinnen soll über die heute oft viel zu geringen Sätze erhöht werden. Mit 70 M. im Monat kann kein Familienvater auskommen. (Sehr richtig!)

Abg. Erzberger (Z.) betont, daß das Zentrum in der Frage der Unfändbarkeit der Beamtinnen an seiner ablehnenden Haltung festhalte. Abg. Schirmer habe nur seine persönliche Meinung in dieser Frage zum Ausdruck gebracht.

Die Resolutionen der Kommission sowie die von der Kommission beantragten Erhöhungen der Statistiker werden mit großer Mehrheit angenommen.

Bei der Abstimmung über die Resolution der Volkspartei betr. die Anrechnung pensionsfähiger Zulagen der Postassistenten und Postfachner kommt es zum Hammelsprung.

Der Antrag wird angenommen mit 135 gegen 108 Stimmen.

Angenommen gegen die Stimmen des Zentrums und der Rechten wird die Resolution der Volkspartei auf unfändbare Anstellung der Beamtinnen.

Mit großer Mehrheit angenommen wird endlich der Antrag der Volkspartei auf einheitliche Besoldung der gehobenen Unterbeamten.

Beim Titel „Postagenten“ wünscht

Abg. Werner-Hersford (Wirtsch. Bg.) eine Besserstellung dieser Verwaltung von Postagenturen.

Abg. Hepp (natl.) schließt sich dem Vorredner an.

Beim Titel „Unterstützungen für höhere und mittlere Beamte“ hat die Kommission eine Erhöhung eintreten lassen (um 27 200 M.), sie hat dagegen den Titel „Osmarlenzulagen 1100000 M.“ gestrichen.

Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwid es, um es zu beschwären.

Wozu soll uns der Sinn noch Laten sieh'n? Viel besser ist es, Neben denckeln.

Der Laten sind vordem genug gelehrt, laßt uns auch endlich Worte wechseln!

Franz.

Der neueste Reklametrail. In Chicago ist der Besitzer einer großen Schokoladenfabrik auf die Idee gekommen, sein Propagandafaktum mit einigen hundert Papageien zu beladen. Den Papageien wurde der Satz beigebracht: „Die Schokolade von X ist die beste der Welt“. Dann wurden sie an Geschäftsleute und Private verteilt, um nun bei jeder Gelegenheit ihre Weisheit zum besten zu geben.

Die wir hören, interessiert sich in Berlin Max Reinhardt für die Idee. Er denkt augenblicklich festig darüber nach, ob sich das Heer der journalistischen Papageien nicht zweckmäßig um einige hundert wirkliche Papageien vermehren ließe. Schmerzen verursacht ihm vorläufig nur der Kostenaufwand. Die journalistischen Papageien der bürgerlichen Presse sind nicht nur gelehrt, sondern vor allem auch billiger. Die richtigen Papageien kosten immerhin Geld.

Notizen.

— Bühnenchronik. Der Münchener Kammerfänger Heinrich Knote tritt vom 1. Januar 1914 an zum Deutschen Opernhaus in Charlottenburg über. Er wird die großen Tenorpartien in den Wagnerischen Opern singen. Knote wird aber auch an der Münchener Hofoper weiter mitwirken (als Gast?).

— Das Kunstgewerbe-Museum hat für die Monate Februar bis April eine Sonderausstellung „Brandenburgische Gläser des 17. und 18. Jahrhunderts“ veranstaltet. Sie umfaßt die Gläser der kurfürstlichen und königlichen Glashütten Grimnitz bei Joachimsthal, Marienwalde, Potsdam und Zecklin. Gleichzeitig sind die Neuerwerbungen des Jahres 1912 zu einer Ausstellung vereinigt.

— Vorträge. Reichstagsabgeordneter Frank-Mannheim spricht Mittwochabend 9 1/2 Uhr im großen Saale des „Tiergartenhofes“ als zweiter Redner in der vom Verband ehemaliger Freisindler Charlottenburg, Technische Hochschule S. B. veranstalteten Vortragsreihe über: Geschichte und Programm der Sozialdemokratie.

— Der Leiter der antarktischen Expedition, Oberleutnant Filchner, soll bei der Militärbehörde ein Verfahren gegen sich eingeleitet haben, um die Gerüchte über die Zwistigkeiten in der Expedition aufzuklären. — Daß eine Militärbehörde dazu die richtige Instanz wäre, scheint uns sehr zweifelhaft.

— Wo der Wehrwert bleibt. Der amerikanische Luxus nimmt immer mehr Formen an, die alles Frühere weit überbieten. Besonders charakteristisch dafür ist die Manie, alte Meister zu erwerben. Auf der Versteigerung der Sammlung von E. D. Borden in New York wurden Preise gezahlt die auch in Amerika noch nicht erreicht wurden. Den höchsten Preis erzielte ein Rembrandt „Die sterbende Lukrezia“, der 520 000 M. brachte. Ein Gemälde Turners „Regatta, mit dem Wind segelnd“, brachte 420 000 M., ein Kinderporträt von Rembrandt 400 000 M., Doppers Bildnis der Mrs. Arbuthnot 242 000 M. Das Bildnis des Gelehrten Sibelius von Frans Hals, das nur 10 1/2 Zoll zu 7 1/2 Zoll mißt, brachte 180 000 M.

Abg. Schlee (natl.) begründet einen Antrag, diese Zulage auf 2 100 000 M., also um eine Million zu erhöhen und sie den mittleren, Kanzlei- und Unterbeamten in allen gemischtsprachigen Teilen des Reichspostgebietes zu gewähren. Auch die Kommunen im Osten haben ihren Beamten Dismarkenzulagen gewährt, obwohl sie die preussische Polenpolitik mißbilligten. Auch das Reich könnte nicht anders, als seine Beamten den preussischen gleichzustellen, ohne daß dies etwas mit der preussischen Polenpolitik zu tun hat. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Schulz-Bromberg (Sp.) begründet einen Antrag der Reichs-, die Dismarkenzulage auf 2 000 000 M. zu beziffern und auf die Beamten in Elsaß-Lothringen auszubehnen. Einen politischen Charakter trägt diese Zulage nicht. Die Entziehung der Zulage würde die Beamten zwingen, zu sparen in erster Linie bei der Wohnung, was doch im Widerspruch zu allem steht, was hier über die Wohnungspolitik ausgeführt worden ist. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Die Vorredner bestreiten den politischen Charakter der Dismarkenzulage. Sie setzen sich damit in Gegensatz zur ganzen Geschichte der Dismarkenzulage, und zu den Herren Quard und Kopych, die gegen uns wegen der Nichtbewilligung des Hwerste Gehalts nationaler Entlastung losgeredet haben. Man sagt, die Reichsbeamten sollen nicht schlechter gestellt werden als die preussischen. In Preußen aber hat man die Dismarkenzulage ohne Rücksicht auf die Anschauungen des Reiches eingeführt, im Gegensatz zu den Anschauungen des Reichstages sollte sie der Bekämpfung der Polen dienen, die Polen sollten unter ein Ausnahmewort gebracht werden. Wollte Preußen eine nationale Politik treiben, so dürfte es sich nicht im Gegensatz zum Reich bringen. (Sehr richtig!) Herr Schlee meinte, es ginge und nichts an, warum Preußen die Zulage eingeführt hat, das heißt, das Reich müsse blindlings den Herren Dallwig und Co. in Preußen Gefolgschaft leisten. Daß diese Zulage

eine Korruptionszulage

ist, braucht nicht im einzelnen bewiesen zu werden, das liegt in der Sache selbst, in dem Zweck, zu dem sie gegeben ist, nämlich um die Beamten in Polen und Westpreußen, wo die preussische Regierung einen sogenannten „nationalen“ Kampf gegen die Polen führt, zu Schikanierungen aller Art auf die Seite der Regierung zu bringen. (Sehr richtig!) Daß alle Beamten im einzelnen korumpiert worden sind, nehme ich nicht an, sehr viele werden sich tief innerlich schämen (Lachen rechts), daß eine Regierung diese korumpierende Aufforderung zu Handlungsdiensten in einem Kampf für die Unterdrückung einer Nationalität an sie stellt. (Zurück rechts: Sie haben es alle genommen.) Das würde wohl einem Postbeamten ge schehen sein, der erklärt hätte, ich nehme eine solche Korruptionszulage nicht. Er wäre geschmäht, herausgeschmissen worden, wie ein anderer großer Herr neulich von einem Verwalter erklärt hat. (Weiterkeit.) Daß in einzelnen Fällen die Zulage ihren korumpierenden Einfluß ausgeübt hat, dafür sind seit Jahren von den politischen Vertretern zahlreiche Beispiele hier niedergelegt worden.

Sie haben die Verschärfung des Kampfes zwischen Polen und Deutschen beflagt. Die Schuld daran trägt die preussische Regierung, vor allem die schreckliche Enteignungspolitik, durch die jeder Pole aufs äußerste aufgepeitscht werden muß. Wenn Sie etwa unter russischer Herrschaft lebten, würden Sie Verurtheilungen der russischen Regierung, Ihnen mit solchen Mitteln die russische Sprache aufzuzwingen, aufs erbitterteste entgegenzutreten, Sie würden nicht so zahm sein wie die Polen. Neulich hat hier ein nationalliberaler Herr von seinen Beobachtungen in China erzählt, und dabei mitgeteilt, wie die dortigen konterrevolutionären Patrioten aus Haß gegen das republikanische Regiment die neuen republikanischen Steuerbeamten totgeschlagen hätten, und er hätte sich daran die Bemerkung: „Man kann ihnen das gar nicht einmal überlassen.“ (Weiterkeit.) Ich habe noch nicht gehört, daß die Polen, die zweifellos in Preußen mehr zu leiden haben, als die konterrevolutionären Chinesen von der Republik, das Totschlagende der Steuerbeamten für erlaubt halten. (Weiterkeit.) Die Schärfe des nationalen Kampfes ist lebhaft aus den Maßnahmen der preussischen Regierung entsprungen, will man diese Schärfe mildern, so muß man die Ausnahmefälle beseitigen. Tun Sie das, so wird sich allmählich wieder ein friedliches Verhältnis zwischen Polen und Deutschen herausbilden. Mit dieser Politik vertreten gerade wir den deutschen nationalen Gedanken im besten Sinn (Zustimmung bei den Sozialdemokraten), denn es ist entwürdigend für ein Volk, es korumpiert ein Volk, wenn es sich zur Unterdrückung fremder Völker, die seinem Staatswesen einverleibt sind, hergibt. Das entwürdigt ein Volk so sehr, daß ich ein Gefühl der Beschämung als Deutscher darüber empfinde. (Große Unruhe rechts, Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese Auffassung des Nationaldemokratens entspricht derjenigen, die die Vorkämpfer des nationalen Gedankens für Deutschland hatten. Wie haben denn die Männer, die mit Einlegung ihrer ganzen Persönlichkeit vor hundert Jahren den nationalen Gedanken in Deutschland entfalteten, darüber gedacht. Der nationale Gedanke entspringt bei diesen Männern aus dem Gedanken der Befreiung von der Fremdherrschaft und der Befreiung von den eigenen Gewalttherrschern. Eine sehr zeitgemäße Bestärkung würden heute die Reden Johann Gottlieb Fichtes an die deutsche Nation sein. Dort finden Sie keinen nationalen Gedanken, der an Ihre Unterdrückung erinnert, sondern an unsere Auffassung. (Lachen rechts und bei den Nationalliberalen.) Sie lachen, weil Sie nicht wissen. Dieser Vorkämpfer des Deutschtums, der den deutschnationalen Gedanken zu einer Zeit verfocht, zu der die preussischen Bürokraten hier im Auftrag der französischen Fremdherrschaft das Deutschtum verfolgten, schrieb in jener Zeit von einem

wahrhaften Reich des Rechtes

mit voller Freiheit der Bürger; er trat ein für die Befreiung Deutschlands, für „Freiheit, begründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenanständig trägt.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was dachte Fichte, würde es in dem Deutschen Reiche der Zukunft aussehen, das er und die besten Männer seiner Zeit mit ihm ersehnten. Wenn heut ein solcher Geist herniederstiege und sähe, was unsere Machthaber und unsere herrschenden Klassen aus diesem Deutschen Reich gemacht haben — er würde sich schämen über diese Mächtkommen, über diese Entwürdigen und Entarteten des nationalen Gedankens. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese Worte von der „Freiheit alles dessen, was Menschenanständig trägt“, hat auch Johann Jacoby wiederholt. Leider sind diese Gedanken heute bei denjenigen Parteien verhallt, die sich als Erben des deutschen Gedankens aufspielen; aber wir Sozialdemokraten haben diese Gedanken in allen Ländern aufgenommen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn die gegenwärtige Geschichtsperiode überwunden sein wird, wenn ein wirkliches Reich der Freiheit und des Rechtes in Deutschland und darüber hinaus errichtet sein wird, dann wird der Geschichtsschreiber auf diesen nationalen Gedanken hinweisen, um zu zeigen, wie in den Händen der Machthaber hier alles Gute und Edle entartet. Wie werden diese Entartung bekämpfen, bis das Ziel erreicht ist, das Fichte und den anderen großen Vorkämpfern des nationalen Gedankens vorgeschwebt hat. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Schlapowski (Vole): Es sind nur politische Gründe gemeint, die Preußen zur Gewährung der Dismarkenzulagen veranlassen haben. Herr Dertel hat ja auch neulich gesagt, durch seinen Antrag solle der Dismarkenzulage ihr politischer Charakter genommen werden, er gibt also damit zu, daß sie ihn gehabt hat. (Hört! hört!) Daß die Dismarkenzulage korumpierend wirkt, beweisen unsere Erfahrungen; es wird lediglich ein Denunziantentum dadurch großgezogen. (Sehr richtig! bei d. Polen.) Der Antrag Wassermann will für die „gemischtsprachigen Teile“ des Reichspostgebietes 2 100 000 M. unwiderrückliche Zulagen gewähren. Wo ist da die Grenze? Zu den gemischtsprachigen Gebieten gehört auch

Berlin und das Ruhrrevier. Wir bitten, dem Antrage der Budgetkommission zuzustimmen. Fort mit dem Korruptionsfonds aus dem Etat des Reichs! (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Hudrich (Sp.): Wir werden für alle Anträge stimmen, die den Postbeamten in den Dismarken die ihnen abgezogenen Zulagen wieder gewähren wollen. Herrn Ledebour gegenüber stelle ich fest, daß wir von dem Augenblick an für die Dismarkenzulagen eingetreten sind, wo sie unwiderrücklich gewährt wurden. Ein Beweis dafür, daß diese Zulagen korumpierend gewirkt hätten, ist bisher nicht erbracht. Die Beschwerden über schlechte Bestellung politischer Briefe sind seit ihrer Bewilligung fast ganz verschwunden. Hier ist Gelegenheit, ihr gutes Herz für die Postbeamten zu zeigen.

Abg. Wendel (Soz.):

Der Grund, weshalb der Fortschritt 1908 für die Dismarkenzulage stimmte, war doch ein anderer als der, den den Vorredner anführte. Es war genau derselbe, warum die Herren für den halatistischen Sprachparagrafen des Reichsvereinigungsgesetzes eingetreten sind. Die Partei, die solange

das politische Ruandbündchen

gespielt hatte, wollte den Tänzer von der Rechten nicht verlieren. Herr v. Payer hat damals ganz offen gesagt: „Wir wollen den Verbündeten Regierungen weder einen Grund noch einen Vorwand geben und auszusprechen.“ Ferner liegt ein wirtschaftlicher Grund vor, warum die Herren immer halatistischer werden, weil infolge des polnischen Votums auch die Kleinbürger, die jetzt noch den Freunden des Herrn Hudrich anhängen, den Nationalitätenkampf in den Dismarken zu fühlen bekommen. Wir lehnen natürlich auch die Anträge ab, die die Dismarkenzulagen durch ein Hintertüchlein wieder einsammeln wollen: Das kann nur Leute wundertun, die die politische Konsequenz für ein bekämpfenswertes Vaster halten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Tramezynski (P.): Den Abg. Hudrich, der den politischen Charakter der Dismarkenzulage bestritt, verweise ich darauf, daß Beamte, die polnisch sprechen können, auch nach dem Besten verlegt werden, wo sie die Zulage nicht haben, daß bei Wahlen die Abstimmung der Beamten genau kontrolliert wird (Hört! hört! bei den Polen) und daß Beamten mit polnisch klingenden Namen nahe gelegt wird, den Namen zu verdeutschern, daß z. B. aus Adamski ein Adam wird. (Hört! hört! und Weiterkeit.)

Abg. Haseg (Elf.) erklärt, gegen die Dismarkenzulage, aber für den Antrag stimmen zu wollen, der auch für ganz Elsaß-Lothringen die Zulage vorsieht.

Staatssekretär Kracke: Seitens der Reichspostverwaltung sind nie Anforderungen der vom Abg. v. Tramezynski angeführten Art gestellt worden. Die Regierung leitet nur das Streben, die Reichsbeamten nicht schlechter zu stellen als die am selben Ort tätigen preussischen Beamten. Sie haben eben mit großer Mehrheit Resolutionen angenommen, daß die Gehälter der Beamten erhöht werden, und jetzt wollen Sie den Beamten in den Dismarken Zulagen nehmen, die sie vier Jahre gehabt haben. (Zurück bei den Sozialdemokraten: Wir wollen sie allen Beamten geben.) Zu den vorliegenden Änderungsanträgen hat der Bundesrat noch keine Stellung genommen.

Die namentliche Abstimmung über die Dismarkenzulagen wird auf Donnerstag vertagt. Der Kommissionsantrag auf Erhöhung des Unterstützungsfonds für höhere und mittlere Beamte wird angenommen.

Es folgt der Titel Zusatz zu den Postkranken-

Abg. Haberland (Soz.):

Die neu zu schaffende Krankenkasse ist als große soziale Tat gepriesen worden. Das ist ein allzu überhöchliches Urteil. Dem Staat hatten noch große Mängel an. Auch die Beamten selbst sind gar nicht begeistert, sondern nehmen eine abwartende Stellung ein. Vorläufig haben sich nur 43 Proz. der Beamten zum Beitritt gemeldet. In Berlin, Hamburg, Leipzig ist die Beteiligung viel schwächer als im Westen. Doch scheint ein gewisser Druck auf die Beamten ausgeübt worden zu sein. Denn gerade aus dem Westen sind uns Klagen über Unzulänglichkeiten des Status zugegangen. (Hört! hört!) Diese Mängel wären jedenfalls vermieden, wenn man die Beamten mehr gehört hätte. Zunächst ist die vorgesehene Selbstverwaltung viel zu gering. Dem Vorkämpfer steht die Hälfte der vertretenen Stimmen zu. Das ist allerdings nicht etwa die Mehrheit, sondern wie die Erklärungen der Regierung in der Kommission ergeben, ein Drittel der Stimmen. Wir verlangen volle Selbstverwaltung durch von den Beamten selbstgewählte Vertreter. (Sehr richtig.) Ein weiterer Mangel ist der Ausschluß der Pensionäre aus der Kasse. Das kann dazu führen, daß Beamte jahrelang umsonst Beiträge leisten und gerade dann die Kasse verlassen müssen, wenn sie eher in die Lage kommen, krank zu werden. Die Tatsache, daß Verheiratete einen höheren Beitrag zahlen müssen, steht im Widerspruch mit dem hohen Lied, das man jetzt immer auf eine möglichst hohe Kinderzahl anstimmt. Die Leistungen sollten von 28 Wochen auf ein Jahr erhöht werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein weiterer großer Mangel ist, daß den Ehefrauen der Mitglieder keine Geburtshilfe gewährt werden soll und eine ungebilligte Härte liegt auch in der Nichtbezahlung sogen. großer Heilmittel und der Aufwendungen für Zahn- und Pflege wie Plomben. Angesichts der hohen Ueberschüsse der Postverwaltung könnten die Wünsche der Beamten durch Erhöhung der Reichszuschüsse sehr wohl erfüllt werden. Das würde zur Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse und zur Erhöhung der Arbeitsfreudigkeit der Beamten führen. Auch die Pensions- und Unterstützungsklassen der Post würden davon Vorteil haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Giesberts (Z.): Ich halte es nicht für richtig, die Postbeamten von vorn herein pessimistisch gegenüber den neuen Kassen zu machen, was schlecht ist, kann verbessert werden. Insofern stimme ich der Kritik des Vorredners zu, als ich auch meine, daß man den Kassen mehr Selbstverwaltung hätte geben müssen. Sowie Vertrauen sollte man zu den Postbeamten haben. (Sehr richtig.)

Abg. Strube (Sp.) kritisiert gleichfalls die mangelnde Selbstverwaltung der Kassen.

Direktor im Reichspostamt Aschenborn betont, daß die Beamten vor Feststellung des Status gehört worden seien. Die Verwaltung wolle nach Möglichkeit die Wünsche der Beamten erfüllen, aber sie müsse vorsichtig sein, denn es sei eine freiwillige Kasse ohne Beitrittzwang. Man müsse daher erst die Leistungsfähigkeit der Kassen abwarten. Uebrigens wurden in den Vorstand drei Beisitzer in geheimer Wahl gewählt.

Abg. Wehrund (Wirtsch. Bg.): Im Interesse der Einheitlichkeit der Einrichtungen der Kassen würde eine größere Vertretung der Verwaltung in dem Vorstand der Kassen liegen. Will man diese Einheitlichkeit nicht, so bin ich für weitestgehende Selbstverwaltung. — Uebrigens ist hier die freie Wahl eingeführt, die man in den Betriebskrankenkassen der Post bisher immer abgelehnt hat. Das kann erhebliche Konsequenzen für die Sozialpolitik im allgemeinen haben. Zum mindesten sollte man jetzt die Betriebskrankenkassen der Post ebenso ausbauen, wie die Postkrankenkassen.

Die Debatte schließt. Der Titel wird angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Antrag des Zentrums auf Aufhebung des Jesuitengesetzes.)

Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

134. Sitzung. Dienstag, den 18. Februar 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Weseler.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Abg. v. Pappenheim (L.): Ich habe am 10. d. Mts. den großen Kostenaufwand von 1 658 800 M. für den Neubau des Ober-

präsidialgebäudes in Koblenz (ohne innere Einrichtung) kritisiert. Es hat mir durchaus fern gelegen, den verehrten Oberpräsidenten und früheren Finanzminister Freiherrn v. Rheinbaben der Mißschuld an diesem Kostenaufwand zu beschuldigen. Rheinbaben selbst schreibt unter anderem: „Für meine Bedürfnisse hätte eine kleinere Dienstwohnung umso mehr genügt, als sie uns nicht so große Kosten für Heizung, Beleuchtung, Reinigung und Bedienung auferlegt hätte, wie das jetzige große Haus sie erfordert.“ (Hört! hört!) Dieser Fall ist kennzeichnend für die Verschwendung bei fiskalischen Bauten.

Der Gegenwurf über die Umwandlung aller Hypotheken in Neubormern und Rügen in Briefgrundschulden geht an die Justizkommission.

Der Justizetat.

Abg. Dr. Wärmeling (Z.) beschwert sich in fast einseitig-stündiger, aber zumeist unverständlicher Rede über nicht genügende Berücksichtigung der Wünsche der Katholiken bei Bestellung von Vormundschaftsrichtern.

Justizminister Dr. Weseler: Es sollen Affektoren zu ihrer Fortbildung den dazu geeigneten christlichen Wohlfahrtsvereinen überwiesen werden. Das Kammergericht würdigt vollkommen die Bestimmung des § 1779 des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die religiöse Erziehung. Ein von dem Vorredner besprochenen Erfolg, der die Entscheidung des Kammergerichts kritisiert, ist mir nicht bekannt. Es wird dem Gejez entsprechend verfahren, ich habe keinen Anlaß einzugreifen.

Abg. Lichtenstein (Sp.): Die Gerichtsverhandlungen dauern zu lange, alle Beteiligten werden übermüdet.

Abg. Cassel (Sp.) tritt für vermehrte Heranziehung der Laien zur Rechtsprechung ein, damit die Entfremdung zwischen Volk und Recht gemildert werde.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Herr Wärmeling wollte mit seiner Dauerrede wohl Konfessionelle Wahlhege betreiben. Wir wünschen durchaus Rücksichtnahme auf die religiösen Gefühle der einzelnen in Vormundschafts-sachen. (Zurück vom Zentrum.) Sie wollen Toleranz für sich selbst, aber nicht für die anderen, das hat sich auch in der Unterrichtscommission bei der Frage der Dissidenteninder gezeigt. (Vizepräsident Dr. Forst: Darum bitte ich nicht einzugehen.) Ich will das nur soweit tun, als auch vorher in einer 11/2stündigen Rede die konfessionelle Seite der Frage besprochen wurde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Vizepräsident Dr. Forst: Das gehörte zur Sache, aber die Dissidentenunterfrage nicht!) In Konsequenz des von dem Abg. Wärmeling eingenommenen Standpunkts erheben wir die Forderung, daß für Dissidenten-tinder auch dissidentische Vormünder bestellt werden sollen. Das gehört zur Sache! (Sehr richtig! links. Vizepräsident Dr. Forst: Bewußt, das gelatte ich auszuführen, ich bitte nur, nicht auf die Unterrichtscommission einzugehen!) Ich habe das ja nur in einem Relativsatz getan. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

In Fidichow ist ein Bürgermeister, der insbesondere bei Wahlen, aber auch sonst, alle diejenigen, die nicht seiner politischen Meinung sind, in unerhörter Weise schikanieren, oppositionellen Parteien die Säle abtreibt usw. Darüber herrscht in der gesamten Bürgerschaft Aufregung und ein Bürger beschwerte sich telegraphisch, zwar in energischen Worten, aber nicht formell beleidigend, beim Kaiser über den Bürgermeister. Der Mann wurde wegen Beleidigung des Bürgermeisters zu vier Wochen Gefängnis verurteilt, obgleich 38 Zeugen die Richtigkeit seiner tatsächlichen Behauptung bestätigten. Der § 193 des Strafgesetzbuchs wurde ihm verweigert, weil er den Instanzenzug nicht innegehalten und sich als preussischer Bürger unmittelbar an den Vater des Vaterlandes gewandt hat, was ja nach ihrer (nach rechts) Auffassung zweifellos jedem preussischen Bürger zustehen muß. Mit höchstem Protest gegen die in dem Urteil angelegene Auffassung, die leider nicht selten ist, stelle ich fest, daß keine Rede davon sein kann, daß der Bürger wie ein Knecht an einen bestimmten Instanzenzug gebunden sei. Er kennt nicht einmal alle Instanzen und bei der Beratung des Antrages Schiffer hat ja die Regierung hier selbst erklärt, daß die Rechtsmittelbehebung in die Polizeiverfügungen nicht aufgenommen werden dürfe, weil die Behörden selbst nicht immer wüßten, welche Rechtsmittel die richtigen sind. (Weiterkeit links. — Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

In nächster Zeit wird ein Werk eines jungen Berliner Rechtsanwalts mit wichtigem Material zur Beurteilung des Verfahrens der Justiz in Wiederaufnahmefällen erscheinen. Die Verringerung dieses Verfahrens ist in der Tat eine der dringendsten Fragen des Justizwesens. Die Gerichte verwenden den größten Scharfsinn darauf, aus den Wiederaufnahmefällen Ablehnungsgründe herauszufinden! — Wenn ein Angeklagter vor Gericht mit einem Zeugen spricht, so gibt dieser Zeuge meist schon für ver-dächtig. In einem Wiederaufnahmeverfahren benannte der Angeklagte eine Anzahl Zeugen zum Gegenbeweis gegen die Feststellungen des Urteils. Das Gericht erklärte, da diese Zeugen nach der Angabe des Angeklagten in der Nähe von ihm gefunden hätten, müsse er sie schon früher gesehen haben und bei seiner engen Verbindung mit einem anderen, bereits früher benannten Zeugen, werde er sicherlich auch mit diesem Zeugen vorher gesprochen haben. Wenn dies aber nicht der Fall sei, so würde das Fährlichste sein und er würde aus Fährlichkeit diese jetzt genannten Zeugen im früheren Verfahren nicht benannt haben. Infolgedessen sei die Wiederaufnahme — es handelte sich um ein Schöffengerichtsurteil — unausführbar! (Hört! hört! links.) Diese Entscheidung gehört in das Ministertableau der Justiz.

Gestern hat der Abg. Schend von Schweinsburg das Einscheiden der Staatsanwaltschaft gegen einige überaus bemerkenswerte der Frankfurter „Vollstimme“ verlangt. Würden wir Dinge machen von dem jamaikanischen Kaliber des Döbering, dann würden wir wahrscheinlich Ihren Beifall finden. Sie können aber versichert sein, daß wir auf das Niveau dieses agrarischen Amokläufers, der gestern im Sirius Club — dortin gehört er ja am besten bei seinen politischen Qualitäten! — die Sozialdemokratie durch einen Vergleich mit Jubältern geehrt hat, niemals herablassen werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Reinert (Soz.) wiederholt unter eindringlicher Begründung sein Ersuchen, ein Amtsgericht in Linden bei Hannover zu errichten.

Abg. Rathis (natl.) äußert Wünsche der Gerichtssekretäre.

Abg. Varscher (Z.) fordert bessere Anstellungsverhältnisse für die Hilfskasseneinnehmer.

Ein Regierungskommissar teilt mit, daß demnächst das ganze Kanzelewesen von Grund auf geändert werden soll.

Abg. Rathis (natl.) tritt für eine größere Berücksichtigung der Militärärzte bei der Anstellung als Kanzleigelehrten ein.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.)

verlangt dem gegenüber, daß bei der etatsmäßigen Anstellung von Kanzleibeamten gerade die Hilfsbeamten in erster Linie berücksichtigt werden. Von diesen nur distanzial angestellten Beamten wird es unangenehm empfunden, daß sie so viele Jahre auf Anstellung warten müssen und daß sie heute jederzeit entlassen werden können. Weiter wird die Kanzeleordnung als eine außerordentlich heinliche Regelung ihrer Verhältnisse betrachtet. Die Kanzeleordnung wird von den Kanzleibeamten eine Zucht-hausordnung genannt. Die Erklärung vom Regierungstisch sagt uns nicht, wie die Änderung sein soll, die im Kanzelewesen vorgenommen werden soll. Aber das möchten wir doch gern wissen. Im vorigen Jahre habe ich Beschwerden der Hilfsgerichtsdienner vorgelesen, die Regierung erwiderte, daß ein großer Teil der Hilfsgerichtsdienner etatsmäßig angestellt werden würde und darüber haben sich diese Beamten gefreut. Aber was zeigt uns der neue Etat? Ein paar Gerichtsdienerstellen sind mehr vorgelesen, die das Hilfsgerichtsdiennerunwesen nicht beseitigen. Wir verlangen, daß dieses Unwesen ebenso schnell beseitigt wird,

wie das Hilfskassenwesen. Für diese Staatsproletariat sollte endlich etwas geschehen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bärmwald (Sp.) spricht ebenfalls zugunsten der Hilfskassenwesen.

Nach einigen Ausführungen verschiedener Redner über die Gerichtsvollzieher bemängelt

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.)

die Unklarheit des Etats. Es werden 88 neue etatsmäßige Stellen gefordert, aber man kann aus dem Etat nicht erkennen, wieviel Hilfsunterbeamte verwendet werden und kann nur aus den angeforderten Mitteln schließen, daß die Zahl der beschäftigten Hilfsunterbeamten außerordentlich groß ist, wenn nicht gar größer, als die der etatsmäßigen Beamten. Es wird aber nicht nur zwischen etatsmäßigen und Hilfsunterbeamten unterschieden, sondern diese wieder werden eingeteilt in ständige und nichtständige. Dieser Etat hat wieder beigetragen, um das vollkommene Verlegen der Justizverwaltung bei der Verbesserung der Lage der Gerichtsdienster und Gefängnisunterbeamten darzutun; er wird wieder beitragen, die Unjurisdiction der Justizunterbeamten zu welen und zu häßeln. (Abg. Weisig (natl.): Umgekehrt!)

Ein Regierungskommissar: Die Schulfolgerungen Dr. Liebknechts sind unzutreffend; allerdings trifft ihn daran keine Schuld. Er konnte nicht besser informiert sein. Es ist keine Rede davon, daß die Zahl der Hilfsunterbeamten höher wäre, als die der etatsmäßigen. Nach Bewilligung der im Etat geforderten Stellen werden wir nicht nur diejenigen Funktionen, die für die Erledigung der Geschäfte nötig sind, mit etatsmäßigen, sondern auch die vorübergehende Vertretung einzelner Stellen mit ständigen Hilfsunterbeamten besetzen können. Ich glaube, daß wir im nächsten Jahre mit der Entlassung von Unterbeamtenstellen noch stärker fortfahren als jetzt. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Abg. Bartscher (Z.): Die Unterbeamten sind mit dem Etat zufrieden.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

An neuen etatsmäßigen Stellen für die Landgerichte Berlin I, II und III und das Amtsgericht Berlin-Mitte sind im Etat nur drei vorgezogen, die Zahl der Hilfsbeamten ist bei diesen Gerichten außerordentlich groß. Man will auch die 150 ständigen und insgesamt 300 Hilfsbeamten noch längere Zeit bestehen lassen, etwa vier Jahre, das ist aber doch etwas gar zu lange. Auch die Erhöhung des Unterhaltungsfonds ist nur ein kleines Entgelt für die Verfassung der Feuerungsanlagen, denn die Unterbeamten klagen, wie entwürdigend es ist, sich an den Unterhaltungsfonds zu wenden, welche Kräfte hier bei dabei verlangt und welche Vetternerträge dabei erzielt werden. (Dorufe bei den bürgerlichen Parteien.) Davon spricht freilich Herr Bartscher nicht und ebenso wenig von den Klagen der Unterbeamten über unangemessene Behandlung durch Vorgesetzte.

Abg. Bartscher (Z.): Das Haus hat beschlossen, beim Etat nicht über Gehaltsfragen zu reden, deshalb tue ich es nicht. Unsere Stellung zu den Feuerungsanlagen usw. ist bekannt; gerade wir haben beantragt, die Petitionen der Unterbeamten um Feuerungsanlagen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Öffentlich wird endlich darauf Rücksicht genommen. Wenn Dr. Liebknecht glaubt, er sei der beste Vertreter der Unterbeamten, so sühne ich ein Unterbeamtenblatt, das ich rief: „Der Himmel bewahre uns vor der Sechsmännerfraktion!“ (Heiterkeit bei der Mehrheit, ironischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Wenn derartige Zustände wiederholt wären — da könnten wir Ihnen Duzende vorlegen. Uebrigens hat Herr Bartscher in ganz unmissverständlicher Weise gesagt, daß die Unterbeamten mit dem, was ihnen dieser Etat bringt, sehr zufrieden seien.

Damit schließt die Erörterung.
Abg. Dr. Schmitt-Pöhlke (Z.) wünscht mehr Vorsorge für die Pflege der Religiosität in den Gefängnissen.
Geheimrat Plaschke: Darüber sind eben Erwägungen, Erbauungsbücher sind in ausreichender Zahl vorhanden.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Der religiöse Verfall ist, dem soll es erfüllt werden, aber wir sind gegen jeden Zwang zu religiösen Übungen. Ein solcher Zwang wird ausgeübt, nicht gewaltsam, aber durch die Verhältnisse, in denen sich die Gefangenen befinden und durch die organisatorischen Einrichtungen, die den Einfluß der Geistlichen verstärken. Der Regierungsvertreter selbst hat gesagt, daß sich aus den Verhältnissen in den Gefängnissen die Religion ergibt, an allerhand religiösen Dingen teilzunehmen, ohne daß ein innerliches Bedürfnis dazu besteht! Er hat gesagt, daß sich in den Gefängnissen Erbauungs- und geistliche Bücher als einzige vorgeschriebene Lektüre überall befinden. (Rufe rechts: Natürlich!) Sie halten es für richtig und selbstverständlich, daß ein religiöser Druck ausgeübt wird, das ist Ihre Tendenz, denn Sie halten die Religion für das beste Mittel, um die angeblichen gesellschaftsfeindlichen Elemente in den Gefängnissen zu bändigen (Rufe rechts: Bessern!), nein, Ihnen kommt es nicht auf Besserung durch Verfehlbändigkeit und aus sich heraus Entwicklung an, sondern Sie wollen Verhinderung, Buhfertigkeit und innere Bekämpfung, die die herrschenden Klassen für besonders nützlich erachten. (Lachen rechts, in das auch der fortschrittliche Abg. Dr. Schupp einstimmt.) Ihr Lachen und die Bemerkungen Dr. Schupp um Ihren Beifall beweisen die Wichtigkeit meiner Worte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Stellen Sie sich nur vor, wenn so ein Gefangener nichts anderes zum Lesen hat, als diese Lektüre, dann greift er natürlich schließlich danach. (Zurufe rechts: Schadet nichts!) Sie haben sich gestern erst im Jarkus Busch den Kopf über den Ihrer Phantasie entsprechenden und Ihrem Spiegelbild entsprechenden sozialdemokratischen Zustand zerschunden. Wie nun, wenn wir in einem Gefängnis im sozialdemokratischen Zustand (Rufe rechts: Da gibts doch keine Gefängnisse!), aber Sie sagen ja, der ganze Zustand werde ein einziges Gefängnis sein! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir da das Marx'sche „Kapital“ oder das sozialdemokratische Parteiprogramm als einzige Lektüre den Gefangenen geben würden; was würden Sie da sagen? (Lärm rechts.)

Warum reden Sie nicht über die dringende Notwendigkeit der Verbesserung der ärztlichen Versorgung in den Gefängnissen. Insbesondere Spezialärzte und Psychiater müßten angeleitet werden. Ich erwarte um Aufklärung, ob in den Justizgefängnissen die Uratemeier noch bestehen? Sehr wünschenswert wären systematische Aufklärungen nach dem Vorbild des Ministeriums des Innern über die Zustände in den Justizgefängnissen, über die Größe der Zellen, die Krankheiten, die Bekleidungen der Gefangenen, über ihren Gesundheits- und Erfolgs. Haben doch die Justizgefängnisse insgesamt eine Belegungsfähigkeit von 28400! Zwerggefängnisse sollten nur zur vorübergehenden Unterbringung von Gefangenen dienen. Die Ausbildung nicht nur der Gefängnisleiter, sondern auch der Unterbeamten ist von größter Wichtigkeit, denn ihre Aufgaben liegen zum großen Teil auf pädagogischem Gebiet und es ist von größter Wichtigkeit, ob sie es verstehen, sich in ein gutes, freundliches Verhältnis zu den Gefangenen zu legen. Freilich stellt sich die schlechte Bezahlung als Hindernis in den Weg und sie fördert, wie die zahlreichen Prozesse wegen Unterschreitungen zeigen, die Verleitung. Der Justizminister hat mein Verlangen nach höherem Arbeitslohn für die Gefangenen mit Berufung auf die hohen Kosten der Gefängnisse abgelehnt. Aber die Kosten der Unterbringung werden doch vom Arbeitsverdienst abgezogen und man kann nicht alle Gefangenen darunter leiden lassen, daß manche Strafvollziehungsstellen unzulänglich sind.

Die wohlüberdachten Vorschläge des Gefängnisinspektors a. D. Schiweil in seinem Buch „Hinter Schloss und Riegel“ empfehle ich der Verwaltung zur Durchführung. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Plaschke sagt dem Abg. Liebknecht Mißverständnis einer Auskunft der Gefängnisverwaltung des Ministeriums des Innern über die Eimerfrage nach; Liebknecht behauptet, daß in jenen Gefängnissen überall Wasserlosetts eingeführt seien, sei falsch. Ebenso hat er meine Erklärung in der Kommission über Eimer mit Wassererschlag mißverstanden. Was soll man dazu sagen? Wie denkt er sich in den kleinen Amtsgerichtshäusern ohne Kanalisation und Wasserleitung Wasserlosetts? Die Ansicht beruht auf absoluter Unkenntnis der Verhältnisse und ist vollständig abwegig. Ueber die Verhältnisse in den Gefängnissen hätte sich Dr. Liebknecht während seiner Referendarzeit doch orientieren können!

Ein Schlußantrag des Abg. v. Pappenheim (L.) wird angenommen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Nachdem der Regierungsvertreter in ebenso brücker, wie kenntnisloser Weise (Verhaftes Tholrecht) sich herausgenommen hat, mir so zu antworten (Rufe rechts: Zur Geschäftsordnung!), schneiden Sie mir das Wort ab. Sie beweisen damit, daß Sie die Ausführungen des Regierungsvertreters für sehr wenig zuverlässig halten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Lärm bei der Mehrheit.)

Mittwoch 11 Uhr: Weiterberatung, Handelsstat.

Parlamentarisches.

Rückzug des Zentrums.

Der Vorstoß des Zentrums gegen die Regierung wegen der Tafel- und Messergelder für die Offiziere und Beamten der Marine, der dem Staatssekretär v. Tirpitz Anlaß gab, seine Demission in Aussicht zu stellen, falls der Zentrumsantrag Annahme finden sollte, hat mit einem Rückzug des Zentrums geendet. Das Zentrum hatte gefordert, daß Tafel- und Messergelder nur bei dauernder Abwesenheit bei Fahrten auf hoher See gezahlt werden. Unsere Genossen erklärten sofort, daß sie mit aller Schärfe die Bezahlung von zu Unrecht erhobenen Tafelgeldern bekämpften, aber dem Zentrumsantrag nicht zustimmen können. Das Zentrum sah damit seine Aktion, die ein weiterer Akt der jetzt beliebten Wohlthätigkeit gegen die Regierung ist, gescheitert und zog in der Dienstausschussung seinen ersten Antrag zurück und brachte dafür den folgenden ein: „Dienlich eingediente Offiziere, Fähnriche, Seefabenden, Aspiranten, Ledoffiziere und Beamte, welche an Bord Dienst tun, haben Anspruch auf freie Verpflegung. Blinde Tafelgelder dürfen nicht gezahlt werden. Die für die Zuständigkeit der Verpflegungsgelder gültigen Vorschriften sind jährlich mit dem Reichshaushaltsetat vorzulegen.“ Genosse Röske findet es unbegreiflich, wie in der Presse die Auffassung entstehen konnte, die Sozialdemokraten werden den zuerst vom Zentrum gestellten Antrag annehmen. Sparsamkeitsmaßregeln des Zentrums müssen stets mit größter Vorsicht betrachtet werden, wie auch der vom Zentrum unterstüßte Versuch bewiesen hat, die Heizerzulagen zu beseitigen. Daß jetzt blinde Tafelgelder noch gezahlt werden, könnte nicht nachgewiesen werden. — Staatssekretär v. Tirpitz versprach, daß er nochmals strenge Anweisung erlassen werde, auf die Bezahlung der Tafelgelder zu achten. — Genosse Ledebour betonte, daß der neue Zentrumsantrag an dem heutigen Zustande gar nichts ändere, da ja schon Vorschriften im Sinne des Antrages bestehen. Das Zentrum sehe die Ausgeschlossenheit und die Undurchführbarkeit seines ersten Antrages ein und verzichte nun, sich einen leidlichen Rückzug zu verschaffen. Gesagt müsse werden, daß für die Gewissensruhe die Tafelgelder sehr hoch seien — im Auslande bis 60 M. täglich. — In der weiteren Debatte nagelte Genosse Röske das Beständnis des Zentrums fest, daß es gar nicht an Sparsamkeit bei seiner Aktion gedacht habe. Die Zentrumspresse freilich habe gerade die angeführte Sparsamkeitspolitik des Zentrums bei dem Vorstoß gegen die Tafelgelder hervorgehoben und den Sozialdemokraten vorgeworfen, sie freßen jetzt der Regierung aus der Hand, nur um eine Reichstagsauflösung zu vermeiden. Ein solcher Vorwurf sei blanker Unsinn. Die Sozialdemokraten würden auch den neuen Zentrumsantrag als bedeutungslos ablehnen, wenn nicht der Staatssekretär erklärt hätte, er werde nochmals strenge Anweisungen geben wegen der Tafelgelder. Das lasse den Verdacht zu, daß vielleicht doch nicht alles in bester Ordnung sei.

Mit geringen Änderungen wurde der Antrag angenommen. Ferner wurde beschlossen, die Debatte über die Arbeitsverhältnisse auf den Werften zu vertagen. Der sozialdemokratische Antrag, der die jährliche Vorlegung der Lohn- und Arbeitslisten fordert, fand Annahme. Genosse Brandes fragte an, ob die Verwaltung bereit ist, auf der Werft in Friedrichsort das Prämiensystem zu beseitigen und dafür eine gerechtere Bezahlung der Affordarbeit einzuführen. Die Arbeitsverhältnisse auf dieser Werft sind besonders hoch; sie hängen offenbar mit dem Prämienystem zusammen. Die Marineverwaltung gab die Erklärung ab, daß die Abschaffung bereits erörtert werde. Gewünscht wurde auch noch, daß die Arbeiten für die Marine, die als Heimarbeit hergestellt werden, nicht an Großunternehmer, sondern an Vereinigungen und Organisationen der Heimarbeiter vergeben werden.

Wahlprüfungen.

Im Wahlkreis Rottenburg-Doyerswerda ist in der Stichwahl der freiwirtschaftliche Landrat Dr. Hegenscheidt mit 13127 gegen 8451 Stimmen gewählt worden. Dr. Hegenscheidt betrieb die schriftliche Agitation in der Weise, daß er seine Flugblätter mit seinem Namen unterzeichnete und seinem Namen den Amtstitel: Landrat voranstellte. Die Wahlprüfungskommission hielt diese Tatsache zwar für eine große Geschwamdsigkeit, betrachtete die Sache im übrigen aber als unerheblich. Der gegen die Wahl Hegenscheidts eingeleitete Protest behauptet aber dann, daß Stale abgetrieben wurden, und der Kreissekretär soll Sprengtolonnen organisiert haben. Von dem Landrat Hegenscheidt wird weiter gesagt, daß er aus einer Versammlung seinen liberalen Gegenkandidaten, der sich als Kandidat eingefunden hatte, durch einen Gendarmen entfernen ließ. Die Mehrheit des Abgeordneten Hegenscheidt ist jedoch so groß, daß sie nicht erschüttert werden kann. Die Wahl wurde daher für gültig erklärt.

Das Mandat des Abg. v. Kröcher ist von den liberalen Gouvernmenten angefochten worden. Abg. v. Kröcher ist im Wahlkreis Salzwedel in der Stichwahl mit 13465 Stimmen gewählt worden. Auf seinen Gegner Dr. Böhme entfielen 18144 Stimmen. Der Protest hängt sich in der Hauptsache darauf, daß im Kreise Gardelegen ein Inserat durch das Amtsblatt verbreitet wurde, überliefert: Wir wählen Herrn v. Kröcher! Unter den Unterzeichnern befinden sich sieben Amtsvorsteher und ein Bürgermeister, die mit ihrem Amtstitel unterzeichnet haben. Die Kommission erachtete dies für erheblich, soweit die vier im Kreise Gardelegen wohnenden Amtsvorsteher in Frage kommen. In diesen Amtsbezirken erhielt v. Kröcher 1047 Stimmen. Die Kommission muß nun noch feststellen, wieviel Stimmen dem Abg. v. Kröcher abzugehen sind. Davon hängt es ab, ob das Mandat laßiert wird.

Die Konkurrenzklause.

Die Abstimmung über den grundlegenden § 74a der Vorlage nahm am Dienstag die ganze Sitzung der Reichstagskommission in Anspruch. Das Ergebnis ist die folgende Fassung des § 74a: „Ein Wettbewerbsverbot ist nur zulässig zum Schutze eines wichtigen geschäftlichen Interesses des Prinzipals gegen Verwertung wettenslicher Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, sofern der Handlungsgehilfe während seiner Beschäftigung Einblick in solche hat.“

In der Vereinbarung muß sich der Prinzipal verpflichten, für die Dauer der Beschränkung eine Entschädigung zu zahlen, die mindestens den Betrag der vom Handlungsgehilfen im letzten Jahre empfangenen Bezüge erreichen muß. In der Gebüße durch das Konkurrenzverbot zum Wechsel des Geschäftszweiges oder zur Verlegung seines Wohnortes in einen anderen Ort gezwungen, so erhöht sich die Entschädigung um ein Viertel.

Die Vereinbarung ist insoweit unverbindlich, als die Beschränkung unter Verächtsichtigung der gewährten Entschädigung und

im Verhältnis zu dem berechtigten geschäftlichen Interesse des Prinzipals nach Ort, Zeit oder Gegenstand eine unbillige Erschwerung des Fortkommens des Gehilfen enthält.

Die Beschränkung darf nicht auf einen Zeitraum von mehr als einem Jahre von der Beendigung des Dienstverhältnisses an erstreckt werden.

Die Vereinbarung ist nichtig:

1. wenn die dem Handlungsgehilfen zustehenden jährlichen vertragmäßigen Leistungen den Betrag von 3000 M. nicht übersteigen;

2. wenn sich der Prinzipal die Erfüllung auf Ehrenwort oder unter ähnlichen Verbindungen versprechen läßt, oder wenn der Gehilfe zur Zeit des Abschlusses minderjährig ist.

Nichtig ist auch die Vereinbarung, wonach ein Dritter an Stelle des Handlungsgehilfen oder neben ihm Verpflichtungen übernimmt wegen eines Wettbewerbsverbots gegen den Handlungsgehilfen.

Unberührt bleiben die Vorschriften des § 138 des BGB. über die Nichtigkeit von Rechtsgeschäften, die gegen die guten Sitten verstoßen.

Der Abtag 1 ist nach den Anträgen unserer Genossen gestaltet worden, nachdem die Liberalen einen zu ihrem Antrage gestellten Verbesserungsantrag unserer Genossen ablehnten; die Liberalen, auch Herr Raquardt, stimmten gegen den Abtag 1. Die Gehaltsgrenze von 3000 M. wurde durch einen Eventualantrag unserer Genossen mit 12 gegen 9 Stimmen geschaffen; vorher war der Antrag, die Gehaltsgrenze auf 5000 M. festzusetzen, mit Stimmengleichheit (10 : 10) gefallen. Das Zentrum hatte hierbei 1500 M. beantragt und stimmte mit je einem Fortschrittlichen, Nationalliberalen und Konserverativen auch gegen die 3000-M.-Grenze. Auch der vorletzte Abtag des § 74a wurde auf Antrag unserer Genossen beschlossen und zwar mit 19 gegen 2 Stimmen.

Eisenbahnfragen

wurden am Montag in der Budgetkommission des Dreiklassenhauses behandelt. Die Fahrkartensteuer hat bekanntlich ungünstig gewirkt und insbesondere eine Massenflucht aus der ersten Klasse veranlaßt. Das Reichsfinanzamt erklärt aber, auf diese Steuer nicht verzichten zu können. Dafür will man den Fahrpreis für die erste Klasse herabsetzen. Von einer Fahrpreiserhöhung für die dritte und vierte Klasse ist natürlich keine Rede.

Verfammlungen.

Die Steinarbeiter hielten am Sonntag im Gewerkschaftshaus ihre Generalversammlung ab. Den Jahresbericht, der auch gedruckt vorliegt, erstattete Winler. Aus dem Bericht geht u. a. hervor, daß die Frage einer geregelten und paritätischen Arbeitsvermittlung noch nicht gelöst werden konnte und auch in der nächsten Zeit noch nicht gelöst werden wird. Ohne diese wird aber der andere in diesem Jahre ins Leben gerufene Zweig der Arbeitslosenfürsorge, die Arbeitslosenunterstützung, kaum zur vollen Blüte gelangen, wenigstens nicht zu der gewöhnlichen Entwicklung, welche ein Hand in Hand arbeiten dieser beiden Institutionen (Nachweis und Unterstützung) versprochen ließ. Einige Erfolge sind auch auf dem Gebiet der Tarifabschlüsse zu verzeichnen. Der Potsdamer Tarif erfuhr eine Erhöhung des Stundenlohnes im ersten Jahre der Vertragsdauer von 0,68 M. auf 0,73 M., im zweiten Jahre auf 0,75 M.; auf Bauten erhöht sich der Lohnsatz im ersten Jahre auf 0,75 M., im zweiten Jahre auf 0,80 M. pro Stunde. Die Arbeitszeit beträgt, den Lichtverhältnissen der Jahreszeit entsprechend, 9, 8 und 7 Stunden. In der Grabsteinbranche sind vier neue Tarifkontrahenten zu verzeichnen, von denen drei erst im laufenden Jahre selbständig wurden. Im übrigen liegt die Einhaltung des Tarifes in dieser Branche sehr im argen. In der Warmwasserbranche sind ebenfalls noch viele Aufseher zu beklagen. Zwei Firmen schlossen sich dem neuen Lohnsatz an. Bei einer derselben (Sasse, Tiefenstraße) bedurfte es erst einer kurzen ArbeitsEinstellung. Die bisherige schlechte Einhaltung des Tarifes in der Granitbranche (Straßenbau) veranlaßte den Verband, mit der von den betreffenden Unternehmern neugebildeten „Vereinigung der Granitbereitungsgeschäfte von Groß-Berlin“ in Verhandlungen zu treten zwecks Schaffung einheitlicher Nebenbedingungen von Granitarbeiten. Die Preise sind nun so festgesetzt, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer dabei zurecht kommen können. In der Kunststeinbranche mangelt es an besonderen Bestimmungen. — Die Hilfsarbeiter der Sandsteinbranche haben beschlossen, zu gegebener Zeit die Forderung an die Unternehmer zu richten, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse ebenfalls tariflich zu regeln, was am besten geschehen könne durch den Anschluß an den Steinmetzcharakter.

Wegen Nichtbeachtung der Gewerbeordnungsbestimmungen wandte sich der Verband in vier Fällen an die betreffenden Gewerbeinspektionen, und zwar in zwei Fällen mit Erfolg. Die Schlichtungskommission mußte ebenfalls zusammentreten, um zu tariflichen Streitigkeiten Stellung zu nehmen. Zur Bekämpfung des Heberlundenunwesens wurden ebenfalls Schritte getan. Die in allen Teilen Groß-Berlins bestehenden Zahlstellen haben sich mit einer Ausnahme gut bewährt. — Nicht sehr erfreulich ist der Bericht vom Verbandsarbeitssachweiser (Bureau und Faber), was daher rührt, daß er von den Unternehmern nur im Notfalle benutzt wird und die Eingekommenen deshalb meistens sehr lange auf Arbeit warten müssen. An der Kaiserstr. haben sich rund 70 Proz. beteiligt. In Anbetracht der kritischen Zeit hat es der Verband vorgezogen, den Sanbsteintarif nicht zu kündigen. Auch die Unternehmer unterließen die Kündigung, so daß nunmehr die drei Tarife im Frühjahr 1914 ablaufen, der Normtarif am 1. März und die beiden Steinmetzcharaktere Berlin und Potsdam am 31. März. — Der Mitgliederbestand betrug im Jahresdurchschnitt 1082 (im Vorjahr 1014). Der Kassenbestand hat, wenn vom Arbeitslosenfonds abgesehen wird, nur eine geringe Steigerung erfahren (10,66 M.). Dies ist hauptsächlich auf die Mehrausgabe (1633,50 M.) zurückzuführen, welche unsere örtlichen Unternehmerrichtungen gegen das Vorjahr erforderten. Die Ausgaben der Verwaltung haben ebenfalls um 508,53 M. zugenommen, wovon das meiste auf die gesteigerte Agitation entfällt. Sehr günstig hat sich für den Verband der von Gewerkschaften und der Partei gemeinsam begründete Raifonds bewährt. Der örtliche Arbeitslosenfonds hat in acht Monaten seines Bestehens eine erfreuliche Entwicklung erfahren. Er beträgt rund 8000 M. Bilanz der Hauptklasse: a) Arbeitslosenfonds: Einnahme an Beitragsmarken 8135,85 M., Ausgabe für Karten und Marken 153,50 M., Bestand 7982,35 M. b) Gesamtkasse einschließlich Arbeitslosenfonds: Einnahme und vorjähriger Bestand 57152,72 M., Gesamtausgabe 88047,96 M., Kassenbestand 21104,76 M.

Nach diesem Bericht gab der Vorgänger des kürzlich verstorbenen Gauleiters Handtschke den Bericht der Gauleitung. Die Erfolge seien besser wie im letzten Jahre, was in erster Linie dem verdienstlichen Gauleiter Handtschke zu verdanken sei, dem der Redner das Zeugnis eines rastlosen und braven Mitarbeiters und Agitators ausstellt. Hieron schlossen sich die Wahlen. Zum Ortsvorsitzenden wurde Winler gegen drei Stimmen von beiden Sektionen wiedergewählt. Als Vizepräsident ernannte die Versammlung die Mitglieder Köstl, Rosenblatt, Budak, Unica, zum Revisor Dornbusch. Gauleiter ist Ohngewach. Des weiteren wählte die erste Sektion zu ihrem Leiter E. J. A. H. M. A. M. Damit war die Versammlung beendet, und die Sektion II hielt im Anschluß hieran eine Ertraberversammlung ab. Zum Leiter dieser Sektion wurde Otto König gewählt. Es kamen dann noch Branchenangelegenheiten zur Sprache. Unter anderem wurden die Verhältnisse bei der Firma Gzarnikow u. Co. vortiert. Mit dieser Firma ist ein Vertrag abgeschlossen, der noch bis zum nächsten Jahre Gültigkeit hat. Nach den Bestimmungen desselben ist Affordarbeit nicht gestattet. Trotzdem versucht die Firma jetzt, dieselbe einzuführen. Die Versammlung beschloß einstimmig, diesem Versuch den allerstärksten Widerstand entgegenzusetzen. Wer dort in Afford anfangen zu arbeiten, begehe Tarifbruch, was dem Streikbruch gleichkomme und dieselben Folgen nach sich ziehe.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein I. den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Petersburger Viertel. Bezirk 363.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schriftfeger

Gustav Reich

Algarer Str. 23, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

211/7 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Spandau.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter

Karl Walenda

Neuendorfer Str. 96, im Alter von 55 Jahren plötzlich gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in den Rissen aus statt.

282/18 Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Verband der Bureauangestellten Deutschlands

Ortsgruppe Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur gef. Kenntnis, daß unser Kollege

Rudolf Abmann

(D.-R.-K. d. Maschinenbauarbeiter) am 15. d. Mts. an Gehirnschlag verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

46/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Berlin.

Am 16. Februar starb unser Mitglied, der Maurer

Karl Ueckert

(Bezirk Moabit).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause (Birkenstr. 11) aus nach dem St. Johannis-Kirchhofe in Pflanzhofe statt.

Um rege Beteiligung ersucht

140/18 Der Vorstand.

Danksgiving.

Für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters

Franz Behlke

sage ich allen Verwandten und Bekannten sowie dem Ehe- und den Kollegen der Firma Berg u. Co. meinen herzlichsten Dank.

234 Wwe. Agnes Behlke.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former

Hermann Schary

Reußstr. 36, am 16. Februar an Nierenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Reußstr. Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Goldarbeiter

Max Liede

Reichelliner Str. 37, am 16. d. M. an Herzleiden.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Johannis-Kirchhofes in der Neuen Varfusstraße aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Werkzeugmacher

Karl Franke

Görliger Str. 67, am 15. d. M., an Magen- und Darmleiden.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Reußstr., Hermannstraße, aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet

113/4 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Julius Voigt

am 14. d. Mts. im Alter von 37 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Erik, Chausseestraße, aus statt.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Autoführer

Robert Münzberg

am 12. d. Mts. im Alter von 40 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken.

62/5 Die Bezirksverwaltung.

Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.

Am Sonntag, den 16. Februar, abends 6 Uhr, verstarb nach kurzen schweren Leiden unser langjähriges Mitglied, der Obermaschinmeister

Bernhard Holz

im 62. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Pionier-Gemeinde, Kieberschänken-Rondell, aus statt.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Um rege Beteiligung ersucht

27/8 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband.

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbel-

Joseph Strauch

Warschauer Str. 71, im Alter von 38 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 19. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Luisen-Kirchhofes in Hohen-Schönhausen aus statt.

79/11 Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Groß-Berlin. Bezirk Spandau.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges treues Mitglied, der Arbeiter

Karl Walenda

Neuendorfer Str. 96, im Alter von 55 Jahren plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in den Rissen aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

56/7 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater und Bruder

Anton Fittkau

am 16. Februar nach schwerem Leiden verstorben ist.

Dies zeigen liebtätig

Frau Luise Fittkau

nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Arbeiter-Friedhofes in Pflanzhofe aus statt.

Danksgiving.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Vaters und Schwagers

Friedrich Wehsollek

für die prächtigen Kranzspenden von seinen lieben Mitkollegen und Freunden (sowie der Firma Berg u. Co.) sowie dem Deutschen Metallarbeiterverband lagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank.

Gustav Kelnitz u. Frau.

Westmanns Trauermagazin

Extra-Abteilung

I. Gesch.: Berlin W., Mohren-

Straße 37a (2. Haus von der Jerusalem Straße).

II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).

Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu außerordentlich niedrigen Preisen.

Sonder-Abteilung: Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Haben Sie Stoff?

Ich fertige davon Anzug od. Pailet nach Maß, schick, sauber, Toiletten von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade, II. (Stadth. Bire.)

Zur Einsegnung



Schwarze Anzüge

Cheviot, Corkscrew, Tuchkammgarn
M. 45.- 40.- 36.- 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15.- 12.-

Blaue Anzüge

Cheviot, Kammgarn-Cheviot, Foulés, Melton
M. 45.- 36.- 30.- 26.- 20.- 17.- 15.- 12.- 11.-

Prüfungs-Anzüge

Mod. Stoffe, gr. Farb.- u. Musterauswahl
M. 40.- 36.- 29.- 24.- 20.- 17.- 14.- 12.- 10.-

Sehr preiswert Oberhemden, Kragen, Serviteurs, Manschetten, Handschuhe, Hüte, Krawatten, Hosenträger usw. usw.

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Belohnungen

Kleiderwerke

Baer Sohn

Berlin - Gegründet 1891

Chausseestraße 29-30 II Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 Schöneberg, Hauptstr. 10

Hauptkatalog Nr. 46 (Neueste Moden) kostenfrei

Sonntags 12-2 Uhr geöffnet.

Nachdruck verboten

WESTMANN

Mohrenstr. 37a
Gr. Frankfurterstr. 115.

Frühjahr 1913

Fesche Kostüme, aparte Ulster
15, 18, 24, 30, 36 bis 96

Ein Posten Modellkostüme 1913, Modellpreis bis 225.-, zum Ausuchen: 75.-. Einsegnungskleider sehr billig!

Winter 1912

Verkauf nach folgenden Beispielen:

Plüschmäntel	sonst bis 100	bis 150	bis 200
	jetzt 35 - 45 - 80 -		
Ulster	sonst bis 28	bis 30	bis 36
	jetzt 9 - 13 - 18 -		
Kostüme	sonst bis 48	bis 60	bis 80
	jetzt 15 - 25 - 35 -		
Pelzmäntel	sonst bis 100	bis 200	bis 400
	jetzt 50 - 100 - 200 -		

Sonntag geöffnet 12-2.



Gezeichnet

Fort mit Waschbrett und Bürste!

Sie schaden damit nur Ihrer Wäsche.

Viel bequemer, billiger und besser waschen Sie mit Persil. Die Wäsche wird damit blendend weiss, frisch und duftig wie auf dem Resen gebleicht.

Überall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.

Persil
das selbsttätige
Waschmittel
Der grosse Erfolg!



HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Henkel's Bleich-Soda.
Auch Fabrikanten der allbeliebten

VERA

3 Pfg. Cigarette

Josef

Was ist Streik? Was ist Streikbruch?

Einen vollen Sitzungstag verbande gestern die 147. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte, um eine Antwort auf die Frage zu finden, was als Streik und was als Streikbruch anzusehen ist.

Im März 1911 hatte Cohen in mehreren Nummern des „Vorwärts“ gegen den Vorstand des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes, namentlich gegen Wiesenthal, den Vorwurf erhoben, er habe die Vermittlung von Streikbrechern gewerkschaftlich betrieben.

Zum geistigen Termin waren einige zwanzig Zeugen und als Sachverständige die Reichstagsabgeordneten Legien und Silbermann geladen. Den Klägern stand Rechtsanwalt Grünbaum als Vertreter zur Seite, der Angeklagte wurde durch Rechtsanwalt Dr. Heinemann verteidigt.

Die Beweisaufnahme drehte sich um die Frage, ob in bestimmten Fällen, wo Wiesenthal beziehungsweise seine Organisation die Plätze ausländischer Arbeiter besetzt hatten, überhaupt ein den gewerkschaftlichen Grundsätzen entsprechender Streik vorliegen habe.

Zunächst wurde folgender Fall festgestellt: Im März 1911 beschloffen die Rohrleger der Firma Stahl den Streik, weil der Unternehmer ihre Forderung, tarifmäßige Löhne zu zahlen, nicht bewilligte. Von den Streikenden gehörten fünf dem Deutschen, einer dem Allgemeinen Metallarbeiterverbande an.

Während des Streiks trat der Unternehmer dem Arbeitgeberverband bei, der mit dem Allgemeinen Metallarbeiterverband im Tarifverhältnis stand. Anscheinend ist der Beitritt des Unternehmers zu seiner Organisation auf Veranlassung eines Vertreters des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes erfolgt, doch ist das nicht mit Sicherheit festgestellt worden.

Das — sagt Cohen — war doch eine Vermittlung von Streikbrechern. — Wiesenthal aber behauptet: Davon kann gar keine Rede sein, der Streik war durch Anerkennung unseres Tarifs beendet, und wo kein Streik ist, da gibt es auch keinen Streikbruch und keine Streikbrecherermittlung.

Zu der Frage, ob hier zur fraglichen Zeit noch ein Streik nach gewerkschaftlichen Grundsätzen vorlag, gab Legien sein Gutachten dahin ab: Nachdem der Unternehmer den Tarif anerkannt hatte, der sich angeblich mit den Forderungen der Streikenden deckte, hätte der Streik beendet werden können, jedoch war hierzu ein Beschluß der Streikenden nötig, auch hätte der Vertrauensmann des Deutschen Metallarbeiterverbandes hinzugezogen werden müssen.

Mit diesem Gutachten war Wiesenthal nicht zufrieden. Obgleich — wie Rechtsanwalt Heinemann betonte — beide Parteien mit der Ladung des Sachverständigen Legien einverstanden waren, verlangte Wiesenthal jetzt die Ladung von weiteren Sachverständigen, da Legien auf dem Standpunkt des Angeklagten stehe.

Nach längerem Hin- und Herreden einigte man sich, den Staatsabgeordneten Goldschmidt, Generalsekretär der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, auch noch als Sachverständigen zu hören. Goldschmidt wurde telephonisch geladen. Als ihn der Sachverhalt kurz dargelegt war, erklärte er: Ein von mehreren Organisationen gemeinsam beschlossener Streik müsse auch durch gemeinsamen Beschluß beendet werden.

Der zweite Fall, der in der Beweisaufnahme erörtert wurde, war folgender: Im Jahre 1908 beschloß eine Branchenversammlung der Rohrleger des Deutschen Metallarbeiterverbandes den Streik, um ihre Forderungen zur Anerkennung zu bringen. An demselben Tage beschloß der Allgemeine Metallarbeiterverband, nicht zu streiken, weil sein Vorsitzender Wiesenthal solchen einen Tarif mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossen hatte, der für die Arbeiter weniger brachte, als der Deutsche Metallarbeiterverband gefordert hatte.

Die Mitglieder dieses Verbandes traten nun — wie Cohen angab — in denjenigen Betrieben, wo sie die Mehrheit hatten und ein Tarif nicht bestand, in den Streik und der Allgemeine Metallarbeiterverband besetzte die Stellen der Streikenden. — Wiesenthal behauptet dagegen, die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes hätten auch in solchen Betrieben die Arbeit niedergelegt, wo sie in der Minderheit waren und der Tarif des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes anerkannt war. Solche Arbeits Einstellung sei kein Streik und die Besetzung der freigewordenen Plätze sei kein Streikbruch. — Solche Fälle — sagt Cohen — betrachte auch ich nicht als Streik. Darum handelt es sich aber gar nicht. Wir haben nur da gestreikt, wo wir die Mehrheit hatten.

Dieser Ansicht stimmte auch der Sachverständige Legien zu. Der Sachverständige Goldschmidt meinte auch zunächst, wenn die Mehrheit eines Betriebes den Streik beschließt, dann ist die Besetzung der Stellen der Streikenden Streikbruch. Dann aber kam Herr Goldschmidt nach manchen Wenn und Aber zu dem Schluß, wenn der Unternehmer den mit der Organisation der Minderheit für die ganze Branche abgeschlossenen Tarif anerkannt hat, dann liegt kein Streikbruch vor. — Demgegenüber erklärte Legien: Allerdings liegt kein Streik vor, wenn ein Tarif für die Branche besteht und einzelne Arbeiter aus den Betrieben austreten, weil ihnen der Tarif nicht gefällt. Wenn aber die Mehrheit eines Betriebes, der den Tarif nicht anerkannt hat, den Streik beschließt, so ist das ein den gewerkschaftlichen Grundsätzen entsprechender Streik und er besteht so lange, bis er durch Beschluß der Streikenden beendet ist.

Ein Einzelfall aus dem Rohrlegerstreik von 1908 wurde durch einen Zeugen Sonnenschein so dargestellt: Im Betriebe von Altemme arbeiteten nur Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Sie beschloffen am Sonntag, die Arbeit niederzulegen. Als unsere Streikposten am Montag früh vor dem Betriebe erschienen, da waren etwa 15 Leute da, die unsere Stellen besetzen wollten. Sie sagten, sie seien vom Allgemeinen Metallarbeiterverband geschickt worden.

Wiesenthal behauptet: Es ist nicht wahr, daß wir die Leute geschickt haben. Wie hießen denn die Leute?

Der Zeuge Sonnenschein kannte die Namen nicht, denn, sagte er, so dumm waren die Streikbrecher natürlich nicht, daß sie uns ihre Namen genannt hätten.

Das Gericht hielt die Vernehmung der Betroffenen für unerlässlich. Es beschloß deshalb, die Verhandlung zu vertagen. An der Hand der Lohnlisten und Krankenkassenausweise sollen die Arbeiter ermittelt werden, die zur fraglichen Zeit bei der Firma Altemme gearbeitet haben, denn unter ihnen müssen sich diejenigen befinden, die dem Zeugen Sonnenschein gegenüber erklärt hatten, sie seien vom Allgemeinen Metallarbeiterverbande geschickt, um die Plätze der Streikenden zu besetzen.

Der Mädchenmord von Arnaville.

In dem Prozeß gegen den des Totschlags an seiner Nichte angeklagten Eisendreher Stein aus Vorfiswalde wurde gestern zunächst die in Arnaville wohnhafte Frau Rauche als Zeugin vernommen. Die Zeugin hat in den späten Abendstunden von ihrer Wohnung aus auf der Uferseite einen Mann beobachtet, der auscheinend gewaltsam ein Mädchen mit sich fortzuziehen versuchte. Auf verschiedene Fragen erklärt die Zeugin, daß sie nicht den Eindringling gesehen habe, daß der Mann mit dem Mädchen etwas Unlauteres vorhatte, sie habe eher geglaubt, daß die beiden noch den letzten Zug erreichen wollten und es deshalb sehr eilig hatten.

Der Polizeiwachtmeister Stephan aus Vorfiswalde hat den Angeklagten seinerzeit verhaftet. Der Zeuge habe damals an dem Orte des Angeklagten einige kleine ganze unbedeutende Verletzungen bemerkt. Auf seine Frage, ob sich das Mädchen gewehrt habe, habe der Angeklagte zuerst gar keine Antwort gegeben, da er offenbar selbst nicht wußte, daß er dort Verletzungen hatte. Später habe er die Wunden damit erklärt, daß er mit dem Messer einen Selbstmordversuch unternommen habe. Bei einer anderen Vernehmung habe der Angeklagte dann auf Vorhalt, daß es sich gar nicht um Schnittwunden, sondern um Kratzwunden handle, wieder gar nicht geantwortet. Eine Frage des Zeugen an den Angeklagten, ob dieser mit seiner Nichte Willi ein Liebesverhältnis oder intimes Verhältnis gehabt habe, habe dieser verneint und erklärt, er habe seine Nichte sehr gern gehabt. Bei anderer Gelegenheit habe Stein geäußert, seine Frau dürfe von der Reise nach Weh nichts wissen, da sie sehr eifersüchtig sei. Stein habe sich in Vorfiswalde eines guten Rufes erfreut.

Der als Zeuge vernommene frühere Geliebte der getöteten Emilie Stein, der Kaufmann Korshid in Weh, bekundet u. a., daß er sich seinerzeit auf Anraten seiner Mutter von der „Willi“ langsam zurückgezogen habe. Jedenfalls sei von einer Heirat zwischen ihnen niemals die Rede gewesen. Die Willi habe auch ganz genau gemerkt, daß er sie nicht heiraten konnte. Das Mädchen habe niemals Neigung zur Melancholie gezeigt, sie sei im Gegenteil das lebenslustigste Mädchen gewesen, das er sich überhaupt denken konnte. Die Willi habe ihm auch erzählt, daß sie sich mit dem Leutnant St. verlobt habe. Die Mutter der Stein bekundet, daß der Leutnant St. bei ihr gewesen sei und hierbei die Absicht bekundet habe, die Willi zu heiraten. — Der Zeuge bekundet weiter, er habe bei einem Ausfluge den Angeklagten Stein kennen gelernt, Stein sei sehr still gewesen, so daß er ihn für einen einfachen beschcheidenen Mann gehalten habe. Bei einem zweiten Ausfluge habe die Willi ihn auf französisch gebeten, er möchte sie nicht mit ihrem Onkel allein lassen, es sei ihr dies sehr unangenehm, denn der Onkel wolle sie immer „küssen und knutschen“. Er halte es für pure Erfindung, wenn der Angeklagte hier sage, die Willi habe ihn aufgefordert, sie zu töten, da seine, des Zeugen Mutter, gegen eine Heirat sei. Die Mutter des Zeugen R. bekundet, daß von einer Heirat zwischen ihrem Sohne und der Willi Stein niemals die Rede gewesen sei.

Nachdem der Verteidiger seinen Widerspruch gegen die Verlesung der kommissarischen Vernehmung eines Leutnants in Mörchingen zurückgezogen hatte, wird das Protokoll über die Vernehmung zur Verlesung gebracht. Dieser Zeuge bestätigt, daß die Willi Stein ein sehr temperamentvolles und sehr lustiges Mädchen gewesen sei, der alles andere als der Tod näher gelegen habe. Der Zeuge gibt seiner Heberzeugung dahin Ausdruck, daß der Onkel die St. habe vergewaltigen wollen und die St. in ihrer Art geankert habe: „Eher laßt Du mich umbringen, ehe ich mir das gefallen lasse.“

Die Ehefrau des Angeklagten, Martha Stein, die am ganzen Körper zitternd und weinend in den Saal geführt wird, bekundet, daß sie nie etwas davon gemerkt habe, daß ihr Mann hinter jungen Mädchen, insbesondere hinter der Willi Stein her war. Sie habe auch nie Grund gehabt, eifersüchtig zu sein. — Die Zeugin muß schließlich aus dem Saal geführt werden, da sich Anzeichen eines beginnenden Weinkampfes bemerkbar machen.

Nach der Bekundung des Arztes Dr. Camille Grossmarie aus Toul, der zu der Leiche nach deren Affindung gerufen worden war, sind die Schnitt-, die der Getöteten beigebracht wurden, mit großer Gewalt ausgeführt worden. Der Täter müsse nicht auf Veratewohl, sondern mit starker Hand zugegriffen haben. Eine Reihe kleinerer Wunden am Halse deuteten darauf hin, daß die Getötete sich den Angriffen des Täters habe entziehen wollen. Spuren einer Vergewaltigung des Mädchens sind nicht gefunden worden, doch zeigte sich an dem einen Bein der Getöteten vier Fingernagelabdrücke, die zweifellos frisch waren und spätestens vierundzwanzig Stunden vor dem Tode beigebracht sein müssen.

Der praktische Arzt Dr. Miß begutachtet, daß die Keinen Spuren am Halse des Angeklagten, die angeblich von einem Selbstmordversuche mit einem Messer herrühren sollten, höchstwahrscheinlich Kratzeffekte waren. Der Zeuge, der den Angeklagten seit mehreren Jahren an schwerer Lungenkrankheit behandelt, kennt ihn als verschlossenen und schwerfälligen Menschen, der aber nicht geisteskrank ist.

Gerichtsarzt Dr. Marx: Die am Halse des Angeklagten festgestellten kleinen Wunden waren nicht Schnitt-, sondern Kratzwunden. Nach den Beobachtungen über den Geisteszustand des Angeklagten, die der Sachverständige in Gemeinschaft mit dem Medizinalrat Dr. Hoffmann angefertigt hat, liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, daß der Angeklagte zur Zeit der Tat im Zustande der Bewußtlosigkeit oder krankhaften Störung der Geisteskräfte sich befunden habe, doch sei er geistig etwas minderwertig. — Rechtsanwalt Bahn regt an, ob man bei dem Angeklagten vielleicht an Sadismus denken könnte, bei dem doch dann eine psychopathische Grundlage vorhanden sein würde. — Dr. Marx beantragt jeden Anhalt für eine solche Annahme; er ist keineswegs der Ueberzeugung, daß hier ein Fall von Sadismus vorliege.

Rechtsanwalt Bahn beantragt hierauf, ein Obergutachten des Medizinalkollegiums über den Geisteszustand des Angeklagten eingeholt, ferner eine wissenschaftliche Autorität, welche das Gebiet des Sadismus kennt, z. B. Prof. Dr. Eulenburg, als Sachverständigen zu laden. Der Angeklagte sei kein Mensch, der zu Brutalitäten oder zum Trunke neige, seine Tat sei daher ganz unerklärlich und man müsse deshalb besonders vorsichtig sein, und zumal Ermittlungen über das Sexualleben des Angeklagten noch gar nicht angeht worden seien.

Erster Staatsanwalt Krause widerspricht diesen Anträgen. Das Gericht lehnt die Anträge ab.

Waldovers.

Erster Staatsanwalt Krause kommt auf Grund eingehender Würdigung der Beweisaufnahme zu folgendem Schluß: Ein Beweis dafür, daß sich der Angeklagte in unerlaubter Weise dem Mädchen habe nähern wollen, sei nicht erbracht, ebensowenig dafür, daß ein Kampf zwischen ihm und dem Mädchen stattgefunden habe. Manches, was der Angeklagte über den ganzen Vorgang angegeben, sei auffällig, unwahrscheinlich und unbegründet; aber das Gegenteil seiner Angaben sei nicht erwiesen. Möglich sei es doch immerhin, daß sich das Mädchen an dem kritischen Tage in einer Gemütsverfassung befunden habe, in der sie von dem Gefühl des Ueberdrusses und Eifers am Leben erfaßt wurde, namentlich unter Wirkung des Alkohols, unter der auch der Angeklagte in der verhängnisvollen Stunde gestanden. Es sei nicht sehr wahrscheinlich, aber doch nicht unmöglich, und da müsse der alte Grundsatz gelten: in dubio pro reo (im Zweifel für den Angeklagten). Der Staatsanwalt beantragte die Verjahung der Schuldsfragen nach vorsätzlicher Tötung unter fernerer Verjahung der Frage aus § 216 des Strafgesetzbuches, wonach der Angeklagte die Tötung auf ausdrückliches und ernsthaftes Verlangen der Getöteten vorgenommen habe.

Rechtsanwalt Bahn glaubte, weder in tatsächlicher, noch in rechtlicher Beziehung den aufzutreffenden objektiven Ausführungen des Staatsanwalts etwas hinzuzufügen zu sollen, um die Wucht dieser Ausführungen nicht abzuschwächen. Ausdrücklich geht er auf die Frage der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten ein und beantragte die Freisprechung, weil der § 51 des Strafgesetzbuches auf den Angeklagten Anwendung finden müsse.

Die Geschworenen erklärten den Angeklagten für schuldig im Sinne des § 216 des Strafgesetzbuches (Tötung auf ausdrückliches und ernstliches Verlangen).

Das Gericht verurteilte den Angeklagten, dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend, zu 4 Jahren 6 Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von 6 Monaten der Untersuchungshaft. Der Angeklagte trat die Strafe sofort an.

Das Mißtrauen der Richter und die Presse.

Ueber ein kleines typisches Erlebnis schreibt ein Provinzredakteur:

Es passiert sehr häufig, daß dem angeklagten sozialdemokratischen Redakteur vom Gerichtsvorsitzenden ganz andere Meinungen unterstehen werden, wie er sie dargelegt und eventuell bei Veröffentlichung des unter Anklage gebrachten Artikels sich aus dem Inbilde desselben gebildet hatte. Hat dann vielleicht der Angeklagte in der Voruntersuchung nichts oder wenig oder nur ganz oberflächlich ausgesagt und dem Vorsitzenden seinen Bedenken auf, warum der angeklagte Sünder in der Hauptverhandlung nun mit einemmal viel mehr über die Sache weiß, sich an manchen Einzelheiten noch genau erinnern kann, so wird sofort ein strenges Kreuz- und Querverhör über das betreffende Verteidigungsmoment inangestrichelt, da dem Herrn Präses das Fieber des Mißtrauens packt, und die Sache wird auf ein Geleis gehoben, wo sie gar nichts zu suchen hat. Der Angeklagte gilt quasi als — Lügner.

Es ist außerordentlich schwer, sich als Angeklagter von dem „dringenden Verdacht“ der Unwahrscheinlichkeit freizumachen, sobald der Vorsitzende sich in irgendeinem nebensächlichen Punkt, der zufällig dazwischen gerät, festgebissen hat. So passierte mir lechthin vor der Gothaer Strafkammer ein hübsches Stückchen. Beim Untersuchungsrichter hatte ich „zur Sache“ erklärt, daß ich Zeugen über die in dem Zeitungsbericht angeführten Behauptungen erbringen würde. Dies war auch im Protokoll kurz und bündig niedergegeschrieben worden. In der ersten Instanz, vor dem Schöffengericht, spielte selbstverständlich das Vernehmungsprotokoll keine Rolle, es wurde gar nicht erwähnt, weil es eben nicht zur Sache selbst enthielt. Man kann nichts besseres tun, als dem Untersuchungsrichter schmeigelig entgegenzutreten, zumal man dorthin ja auch ohne den Grund anzugeben „eingeladen“ wird. Daß dennoch vor der Strafkammer das nichtsagende Protokoll herhalten mußte, hätte ich nicht erwartet, aber bei der Justiz ist alles möglich.

Als ich zu meiner Rechtfertigung abermals erklärte, daß ich auf Grund der mit dem betreffenden Richterfater gemachten guten Erfahrungen und besonders auch, da er sogleich die Namen von sechs Zeugen mit angegeben, nicht an der Richtigkeit der Angaben zweifeln konnte, fing der Jurist an: „Sie sagen, Sie sind gut informiert worden und der Verfasser hätte auch gleich sechs Zeugen angegeben. Glauben Sie denn nun, daß diese Zeugen das bestätigen sollten und konnten, was in dem Artikel steht?“ Ich entgegnete: „Ich war der festen Ueberzeugung, daß jeder Satz der Wahrheit entsprach. Die Zeugen waren nur zu dem Zwecke genannt, um mich in dieser Auffassung zu fester.“ Der Richter: „Sie haben aber von den sechs Zeugen bei Ihrer ersten Vernehmung kein Wort gesagt, sondern nur, daß Sie sich um Zeugen bemühen wollen.“ Ich: „Damals wußte ich nicht, warum ich geladen wurde. Im Moment meiner nur kurzen Aussage hatte ich überhaupt nicht an die mir mitgeteilten sechs Zeugen gedacht. Bald darauf habe ich jedoch diese sechs Zeugen dem Staatsanwalt mitgeteilt (das wird auf Grund der Akten vom Rechtsanwalt und dem Referenten bestätigt), später noch weitere Zeugen, die auch im Vorverfahren und zum Teil vom Schöffengericht vernommen worden sind. Wenn die Zeugen nicht alles bestätigt haben, was behauptet worden ist, so liegt die Schuld nicht bei mir, Herr Vorsitzender.“

Der Jurist: „Nun, Sie hätten erst nach O. fahren müssen und die sechs Zeugen ausfragen; dann hätten Sie gleich an Ort und Stelle erfahren, ob die Sache wahr ist oder nicht. Deshalb waren Ihnen doch sicher die Zeugen genannt worden; ehe man Behauptungen aufstellt, erkundigt man sich doch erst.“ — Ich: „Die Erkundigungen hatte doch aber mein als zuverlässig bekannter Gewährsmann vorgenommen, und zwar bei den genannten sechs Personen, die sich als Zeugen erboten. Daß ich als Redakteur wegen dieser Sogstelle vor der Veröffentlichung des Berichts nach O. fahren sollte, war nicht notwendig und läßt sich bei den zahl-

reichen Berichten, die täglich zu bearbeiten sind, auch nicht er-
möglichen, auf einer Stelle man nur sein. — Der Jurist:
„Ich habe die Auffassung, daß Ihnen die Jungen erst später, nach
erfolgter Veröffentlichung des Berichts, mitgeteilt worden sind. Sie
haben es ja bei Ihrer Vernehmung nicht erwähnt; Sie hätten Sie
doch wohl die Jungen gleich angegeben, wenn Sie solche gehabt
hätten.“ — Ich: Darauf kann ich nur nochmals erklären, daß es
sich genau so verhält wie ich angegeben und mir die Sache durchaus
unbedenklich schien, sonst hätte ich sie überhaupt nicht veröffentlicht.
Ich hätte dann auch meinen Berichterstatter in den Verdacht der
Unwahrheit bringen müssen, und dazu hätte ich, wie ich nochmals
betonen will, nicht die geringste Veranlassung.“

So tangen wir also förmlich im Kreise herum, stritten uns
um eine Frage von wahrhaft untergeordneter Bedeutung. Doch
auch der Staatsanwalt benutzte den Weg des vorstehenden Richters
und biß sich in seinem Plädoyer in das Protokoll ohne die Namen
meiner Zeugen fest. Den gelehrten Herren mußte aber doch besser
wie mir als „Laien“ bekannt sein, daß mir ohne weiteres das
Recht der Aussageverweigerung zustand. Das Urteil ist meist schon
vor der Verhandlung fertig — hat einmal ein Kenner der Verhält-
nisse, wie sie bei unserer Justiz bestehen, geäußert. Ich schließe
mich dem an.

Vom Streikbrechervermittlungsgewerbe.

Eine gewisse Bekanntheit hat die Stadt Essen a. d. Ruhr
durch ihre dort zahlreich domizilierenden Streikbrechervermittler er-
langt. Einer von ihnen, ein gewisser Lange hatte sich durch einen
Artikel der Essener „Arbeiterzeitung“, in dem der Ausdruck „Seelen-
verkäufer“ gebraucht war, beleidigt gefühlt. Daraufhin hatte die
Staatsanwaltschaft im öffentlichen (!) Interesse Anklage
erhoben. Vor Gericht wurde in der Beweisaufnahme festgestellt,
daß Lange Leute vermittelt hatte, ohne ihnen den Ort der Arbeit
anzugeben. Daß den Leuten gesagt wurde, es handele sich um einen
Streik, wurde von Lange bestritten. Die Gewerkschaftsbeamten
Kimmrig-Essen und Müller-Duisburg befanden dagegen,
daß ihnen Duzende von Angeworbenen das Gegen-
teil versichert hätten. Der Staatsanwalt beantragte trotz-
dem 200 M. Geldstrafe. Das Gericht setzte die Strafe, in Rücksicht
auf die Person des Lange, auf 50 M. fest.

Lange ist nämlich vorbestraft. Die Höhe der Strafen wechselt
in hunderter Weise ab: eine Woche, ein Jahr, acht Monate, wieder ein
Jahr, noch ein Jahr, einen Monat, drei Monate. Ehrverlust und
Geldstrafen erhält Lange wegen Urkundenfälschung, Betrug, Dieb-
stahl, Hehlerei und Beleidigung.

Höchst sonderbar mutete, wie auch der Verteidiger besonders
herborgehoben hatte, das Verhalten der Staatsanwaltschaft an, die
für Lange (!) „im öffentlichen Interesse“ Anklage erhob, um die
Ehre eines Mannes wiederherzustellen, der zehnmal vorbestraft ist,
darunter achtmal wegen gemeiner Vergehen.

Lange ist nicht der einzige Vertreter der edlen Kunst der
Streikbrechervermittlung in Essen. Die meisten von ihnen sind ge-
wisserrmaßen Vertreter der Firma „Witwe Müller“, Gam-
burg-Altona. An der Spitze steht ein Generalvertreter. Sie
sollen samt und sonders von der Hauptstelle bezahlt werden. Der
„Generalvertreter“, ein gewisser Delfing, früher Schugmann in
Altensessen, soll ein festes Gehalt von 250 M. monatlich beziehen,
daneben erhält er eine Provision. Die übrigen sollen nur auf
Provision angestellt sein. Die Provision Delfings soll für
jeden vermittelten Arbeiter 1,50 M. betragen. Die Firma Witwe
Müller soll auch Besitzerin einiger Häuser in Essen sein, die
Delfing verwaltet.

In Welsenkirchen soll eine ähnliche Firma Hesserger
in Firma Witwe Müller bestehen.

Diese Essener Streikbrecherfirma hat in der Stadt Zustände ge-
schaffen, die jeder Beschreibung spotten. Schon auf dem Haupt-
bahnhof im Wartesaal 4. Klasse treiben sich Tag und Nacht die
zweifelhafte Elemente zu Duzenden herum. Ferner bestehen für
sie die verschiedensten Sammellokale und Bläse. Daß hierdurch alle
möglichen fragwürdigen Existenzen angezogen werden, ist erklärlich.
Wiele der „dem Staate besonders nützlichen Elemente“ rüsten sich
offen aller möglichen Verbrechen bei Streiks. Arbeitswillige, die in
Duisburg und in Braze Streikende töteten, weilen ebenfalls un-
behelligt in Essen.

Die gesamte Streikbrechertruppe befindet sich einschließ-
lich ihrer Führer zurzeit in freudiger Erwartung. Einige größere Transporte
sind in Aussicht. So soll die Mailänder Gasfabrik be-
reits den Ablauf ihres Tarifs bei Streikbrecherlieferanten signalisiert
und um Vereinstellung der notwendigen Anzahl Streikbrecher ersucht
haben. Antwerpen braucht zurzeit 50 Streikbrecher zum Ausladen
zweier Schiffe, deren Mannschaft sich in einer Lohnbewegung befindet.
Für den belgischen Generalkreis hat das Hauptbureau die Mitteilung
nach Essen gehen lassen, daß das rheinisch-westfälische Industriegebiet
4—5000 Mann auszubringen hat; davon für Antwerpen allein 500!

Durch ein Urteil des höchsten deutschen Gerichts ist die gewerbs-
mäßige Streikbrechervermittlung bekanntlich als ein unethisches Ge-
werbe bezeichnet worden. Wie lange noch werden die Behörden der
öffentlichen Meinung zum Trost ihre schändlichen Fittiche über dieses
System breiten?

Aus Industrie und Handel.

Die Discontogesellschaft (Kapital 200 Millionen) veröffentlicht
als erste der Berliner Großbanken ihren Bericht über die Ergebnisse
des abgelaufenen Jahres. Danach stieg der Bruttogewinn von
37,027 Millionen auf 39,769 Millionen, der Reingewinn von
24,349 auf 26,719 Millionen. Aus dem Reingewinn soll eine
Dividende von wiederum 10 Proz., insgesamt 20 Millionen,
gezahlt werden. Weiter sollen den Geschäftsinhabern als Gewinn-
beteiligung 2,3 Millionen und dem Aufsichtsrat als Entlohnung
0,6 Millionen zu.

Syndikatsbilanzen.

Am 1. April 1913 wird die letzte vom Rheinisch-Westfälischen
Kohlenyndikat beschlossene Preiserhöhung wirksam. Die Verbraucher
sind wegen der Verteuerung sehr erregt. Das um so mehr, als sich
für die Verkaufspreise der Erzeugnisse schon die Notwendigkeit von
Preisnachlässen notwendig macht. Es wäre nicht das erste Mal, daß
eine Verteuerung der Kohlen mit einem Weichen der übrigen Waren-
preise und auch der Arbeiterlöhne zusammenfällt. Im Jahre 1901
sank der Tagesverdienst der Bergarbeiter im Ruhrrevier um 11 Proz.,
der Kohlenpreis stieg um circa 40 Proz. In den Jahren 1908 und
1909 ging der Lohn zusammen um 38 Proz. zurück, während der
Kohlenpreis wiederum um 30 Proz. emporschnellte.

Im allgemeinen erfreut sich das Kohlenyndikat keiner
besonderen Beliebtheit. Die Beschwerden aus der Industrie über die
Mißwirtschaftlichkeit des Syndikats sind bekannt. Wegen die
Preis des Syndikats, den inländischen Verbrauchern 50 bis
100 Prozent höhere Preise abzuverlangen als den Ab-
nehmern im Auslande, war schon wiederholt eine An-
gelegenheit der öffentlichen Diskussion und der schärfsten Proteste.
Stellte sich doch heraus, daß das Syndikat durch kurz forcierte An-
sätze eine Kohlenknappheit im Inlande herbeiführte, die dann natür-
lich zu energischen Preisauflagen demütigt wurde. Bei solcher Ge-
legenheit verlangten die Konservativen, zum Verrückten ihrer Freunde
vom Schutzgipfel, die Einführung eines Ausfuhrzolls auf Kohlen.

Und erst kürzlich noch hielt es der preussische Handelsminister für
geraten, dem Syndikat die Freundlichkeit zu kündigen. Er wollte für
die zuletzt beschlossene Preiserhöhung keine Verantwortung tragen.
Da kann man es verstehen, daß das Syndikat das Bedürfnis hat,
Stimmung für sich zu machen. Und jetzt gerade bietet sich
dazu ein besonderer Anlaß. Vor 20 Jahren, im Februar
1893, wurde das Syndikat gegründet. Diese Gelegenheit benutzten
die Syndikatsmitglieder, um die Syndikatspolitik als einen Segen für
die Volkswirtschaft herauszufahren. Ganz besonders die Arbeiter
sollten allen Grund haben, mit der Wirksamkeit des Syndikats zu-
frieden zu sein. Ihm sei eine enorme Erhöhung der Löhne zu ver-
danken. In einem Bunde über „Kartelle und Arbeiter“ meint Ulrich
sogar, das Kohlenyndikat habe die Löhne derart in die Höhe ge-
trieben, daß zum Teil dadurch die Lebensmittel verteuert worden
seien. Das habe dann wieder auch eine Erhöhung der Beamten-
gehälter veranlaßt. Also Lob und Preis dem Kohlenyndikat!

Eben vor zunächst zu, wie sich die Kohlenpreise unter der
Herrschaft des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats nach oben ent-
wickelt haben. Wir stellen die Preise aus dem Jahre 1893 mit
denen aus 1912 in Vergleich. Es kostete eine Tonne in Mark:

	1893	1912	Steigerung
Gefürzte Stückkohle, ab Werk Dortmund	8,20	13,50	5,30
Gasohle, „ „ Düsseldorf	9,80	12,88	3,08
Flammkohle, „ „ Essen	7,00	11,06	4,06

Die Preisaufschläge schwanken zwischen 3,08 und 5,30 Pf.
Dazu kommt, daß auch die Kohlenpreise im Durchschnitt um 5 bis
6 M. teurer geworden sind und die Verteile selbst ebenfalls um
circa 4 M. Wie aber steht es mit den Arbeiterlöhnen?
Im Jahre 1893 betrug der Durchschnittslohn pro Schicht im Ruhr-
revier 3,14 M., im Jahre 1911 4,69 M. Womit war der Lohn pro
Schicht um 1,55 M. gestiegen. (In einer Schicht fördert der Arbeiter
durchschnittlich 0,85—1 Tonne.) Die Lohnsteigerung bleibt augen-
scheinlich weit hinter der Preissteigerung zurück. Von der Last, die
das Syndikat den Kohlenkonsumenten durch die Verteuerung der
Brennstoffe auferlegt, entfällt nur ein Bruchteil auf Lohn-
steigerungen.

Nach den amtlichen Ausweisen betrug die Gesamtsumme der
gezahlten Vergarbeiterlöhne im Oberbergamtsbezirk Dortmund und im
Jahre 1893 134,6 Millionen Mark, im Jahre 1911 494 Millionen
Mark. Somit ergäbe sich eine Mehrauszahlung von rund
360 Millionen Mark. Nach den amtlichen Berechnungen betrug
weiter der Wert der Steinkohlenförderung im Oberbergamtsbezirk
Dortmund 267,5 Millionen Mark im Jahre 1893 und 911,5 Millionen
Mark im Jahre 1911. Mühen geben die Mehreinnahmen um
304 Millionen über die Mehrausgaben hinaus. Dabei ist aber noch
gar nicht die Kohle- und Brilleitgewinnung sowie die übrige sehr
ertragreiche Nebenproduktion (von Teer, Ammoniak, Benzol u. a.)
berücksichtigt worden.

Ist die Schweinemast rentabel?

Agrarische Blätter bringen in regelmäßigen Abständen Notizen
über die geringe Rentabilität, ja selbst Verluste bei der Schweine-
haltung, um die hohen Forderungen der Landwirte begründet er-
scheinen zu lassen. Wie wenig zutreffend diese Klagen sind, geht
aus einer Mitteilung hervor, die Kreisobermeister Schumacher in
dem Hamburger Parlament machte. Er sagte: „Es hat hier vor
3 Wochen ein Landwirt 35 Schweine an den Markt gebracht und sie
mit 88 M. pro 100 Pfd. verkauft. Er hat dann mit dem Käufer
zusammen nachgerechnet, daß er von diesen 35 Schweinen nach Abzug
aller Kosten und Speise 1500 M. verdient, das ist eine
richtige Rechnung. Sie werden vielleicht darüber erstaunt sein und
glauben, daß es ein außerordentlich hoher Prozentsatz ist, denn bei
einem Anlagekapital von höchstens 4000 M. in etwa 8 Monaten
1500 M. zu verdienen, ist gewiß nicht zu verachten. So werden
Sie glauben, daß das vielleicht ein Ausnahmefall ist, aber das sind
Verdienste, die in den Verhältnissen und Konjunkturen (und
Gesetzparagrafen!) begründet sind, und die im letzten Jahre an
der Tagesordnung waren. Es ist von keinem Landwirt bestritten
worden, sondern alle, die ich über die Sache gehört habe, haben zu-
gestanden, daß bei Marktpreisen von Mitte der 60 M. die Schweine-
mastung eine lohnende ist, d. h. ausdrücklich ausgesprochen, daß bei
einem Preise von 64, 65, 66 M. noch eine Kleinigkeit für den
Landwirt überbleibt. Wenn nun aber statt dessen, wie es seit vielen
Monaten der Fall ist, die Schweinepreise sich zwischen 80 und 85 M.
bewegen, so macht das mindestens 15 Pf. mehr aus, also bei einem
Schwein von 200 Pfund einen Extraverdienst von mindestens
30 M.“

Diese Extraverdienste zu ständigen zu machen, ist das eifrige
Bestreben aller notleidenden Agrarier.

Soziales.

Der arme Wanderer.

Regelmäßig im Winter schwillt die Zahl der Arbeitslosen
mächtig an. Heimat- und obdachlos bevölkern sie die Landstraße,
mühsam schleppen sie sich von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt.
Der Hunger und die Kälte treiben sie weiter, immer weiter, ohne
Rast und Ruhe. Wohl haben die Gewerkschaften einen nicht ge-
ringen Teil der arbeitslosen Berufscollegen vor dem ärgsten Mangel
geschützt, aber Tausende und Abertausende bleiben immer noch
übrig, die ihr Leben von der Gnade mildtätiger Menschen oder mit
den Bettelstücken fristen müssen, die ihnen Staat und Gemeinde
reichen.

In den 37 Wanderarbeitsstätten Württembergs wurden in der
Zeit vom 1. Oktober 1911 bis 30. September 1912 140 945 Wanderer
beherbergt und beschäftigt. Am geringsten war die Zahl im August
1912: 4801; im Dezember 1911 waren es 25 168, im Januar 1912:
24 808, Februar: 17 500, März: 19 701, um dann bis auf die oben
angegebene Höchstzahl im August zu fallen, dann aber wieder
schnell anzusteigen.

Der Verpflegungsaufwand stellte sich auf 145 340 M. Auf den
Kopf treffen 1 M. 5 Pf. Staat und Gemeinden machen übrigens
noch ein gutes Geschäft mit dieser „sozialen Fürsorge“. Nicht nur
haben die arbeits- und mittellosen Wanderer für Obdach und
Nahrung ein entsprechendes Arbeitsquantum (Holz zerkleinern,
Steine klopfen usw.) zu leisten, die „Berechtigtenpflege“ profitiert
noch weit mehr. Die Strafangelegen wegen Betteln und Land-
streicher sind in den 36 Bezirken mit Wanderarbeitsstätten von
19 843 im Jahre 1908/09, zu einer Zeit, wo in Württemberg noch
keine Wanderarbeitsstätten bestanden, auf 3883 im Jahre 1911/12,
also um 15 960 oder 80,4 Proz. zurückgegangen. Die Postvoll-
streckungskosten sind von 155 231 M. im Jahre 1908/09 auf 62 217
Mark, d. h. um 103 014 M. oder 66,3 Proz. gesunken. Die Ge-
fangenentransportkosten haben sich von 46 300 M. im Jahre 1908/09
auf 12 983 M., somit um 33 317 M. oder 71,9 Proz., verringert.
Bei den beteiligten 36 Oberämtern sind sonach die Postvoll-
streckungs- und Gefangenentransportkosten zusammen gegenüber
dem gleichen Zeitraum 1908/09 um 136 331 M. zurückgegangen.
Nimmt man hierzu noch die Abnahme der Kosten bei den 16 inner-
halb des Wanderarbeitsstättennetzes gelegenen Oberämtern ohne
eigene Wanderarbeitsstätten mit 27 485 M., so haben die Postvoll-
streckungs- und Gefangenentransportkosten bei den 52 Oberämtern
des Wanderarbeitsstättennetzes gegenüber dem gleichen Zeitraum
1908/09 sich um 163 816 M. verringert.

In der Veranlagung des Verbandes deutscher Verpflegungs-
stationen am 28. November 1911 teilte Geheimrat Regierungsrat
Dr. Jung vom Reichsamt des Innern mit, daß eine Regelung der
Wandererfürsorge auf dem Wege der Reichsregierung geplant sei.
Es bestünde die Absicht, ganze Arbeit zu machen. Den Landstreichern
aus Arbeitsscheu und Hung nach Betteln“ wolle man im Wege des
Strafgesetzes bezugnehmen suchen. Die in der Armenpflege hervor-
getretenen Mängel hinsichtlich der Unterbringung und Verpflegung
solcher Personen, die durch Alter, Krankheit oder Gebrechlichkeit

außerstande seien, sich durch Arbeit ihren Lebensunterhalt zu ver-
dienen, der eigentlichen „Wanderer“, sollten durch entsprechende
Abänderung des Grundgesetzes des § 28 des Unterbringungswohnsitz-
gesetzes beseitigt werden. Für die dann verbleibende große Gruppe
von Menschen, die arbeitswillig und arbeitsfähig seien, aber arbeits-
los im Land umherziehen müssen, solle eine Fürsorge nicht auf
armenrechtlicher, sondern auf sozialer Grundlage, einheitlich im
ganzen Deutschen Reich erstrebt werden. — Wir haben seitdem eine
gewaltige Militärvorlage beiseite bekommen, eine zweite wird im
Laufe folgen. Wir haben von unseren Staatsfernern manche schöne
Rede gehört, wie gut es dem Volke geht. Das in Aussicht gestellte
Wandererfürsorgegesetz läßt noch immer auf sich warten.

30 Zuchthäuser, 1162 Gefängnisse, 51 549 Gefangene im Tagesdurchschnitt.

Zu den Einrichtungen unserer Gesellschaftsordnung gehört
ein „blühendes“ Gefängnis- und Zuchthauswesen. Die im Preußen
bestehenden Zuchthäuser und Gefängnisse, insgesamt 1162 an der
Zahl, darunter 30 Strafanstalten, erfreuen sich guter Frequenz.
Im Tagesdurchschnitt kamen im Jahre 1911/12 auf die dem Mini-
sterium des Innern unterstehenden Zuchthäuser und Gefängnisse
21 383 Insassen, während die der Justizverwaltung unterstehenden
Anstalten im Durchschnitt pro Tag 30 166 Gefangene beherbergten.
Somit ergibt sich ein täglicher Durchschnittsbestand von 51 549 Ge-
fangenen. Für die der Justizverwaltung unterstehenden 1064 Ge-
fängnisse liegen für das letzte Jahr (1911/12) auch die Gesamt-
zahlen vor. Danach waren im Berichtsjahre 435 603 Personen In-
haber von Gefängniszellen. Daß es sich hier hervorragend um eine
soziale Erscheinung handelt, das muß sogar der „Reichsanzeiger“,
ohne es natürlich zu wollen, bestätigen und begründen. Er bemerkt
unter anderem, daß in dem Berichtsjahre 1901/02 die Zahl der Ge-
fangenen „eine gewaltige Steigerung“ erfahren habe, nämlich auf
482 606 gegen 435 603 im Rechnungsjahre 1899/1900. Nachher sei
die Zahl wieder gesunken, bis auf 425 132 im Rechnungsjahre
1909/10. Während der beiden folgenden Jahre ungenügender Ar-
beitsgelegenheit stieg die Gefangenzahl von neuem bis auf
476 667. — Dann ist sie allmählich wieder gesunken und hat nun
den niedrigsten Stand erreicht. Unter der Gesamtzahl der Ge-
fangenen befanden sich nur 63 346 weiblichen Geschlechts. Im Be-
richtsjahre ereilte 44 339 männlichen und 24 031 weiblichen Ge-
fangenen das Geschick der hiesigen Haft. Dazu macht der „Reichs-
anzeiger“ folgende das soziale Moment herausstellende Bemerkung:
„Bettler, Vagabunden, Trunkenbolde, Dirnen, Obdachlose, meist
Minderjährige, die das Gefängnis als eine Wärmebude oder Herberge
oder als Krankenhaus benutzen. . . .“ Im gelobten Lande „der
besten Sozialreform“ und der „gefüllten Kompottschüssel“ müssen
vielen Menschen ins Gefängnis schießen, um der allerbittersten Not
zu entgehen. Kann es eine blutigere Satire geben? Und noch ein-
mal behauptet der „Reichsanzeiger“, daß soziale Not die Gefäng-
nisse füllt. Bei Erwähnung der Tatsache, daß die Zahl der Unter-
suchungsgefangenen abgenommen habe, bemerkt der „Königlich
Preussische Staatsanzeiger“: „Unter ihnen befinden sich . . .
Bettler, Landstreicher, Dirnen, die ergriffen und als Unter-
suchungsgefangene gezählt werden, bis ihre Personalien und Ver-
trauen festgestellt sind und ihre Aburteilung erfolgen kann; bei
diesen Personen spielen die gütigere oder ungütigere Arbeits-
gelegenheit, die Witterung und andere Faktoren eine einflussreiche
Rolle. . . .“ Ihr laßt die Armen schuldig werden und überläßt
sie dann der Pein!

Stark abgenommen hat die Zahl der jugendlichen Straf-
gefangenen. Im Rechnungsjahre 1899/1900 betrug sie noch 1562
und ging seitdem mit Schwankungen bis auf 386 im Berichtsjahre
zurück. Zu einem großen Teile ist das auf die Ausschaltung von
Strafvollstreckungen zurückzuführen. Im letzten Jahre wurden da-
durch 12 931 Jugendliche vor dem Einzug ins Gefängnis bewahrt.
Der größte Sünder und Verführer ist vor einer Bestrafung voll-
ständig gesichert: es ist der Kapitalismus, auf dessen direkte Wir-
kungen der größte Teil der Verdröhen und Vergehen zurückzu-
zuführen ist. Der übrigbleibende Teil gehört eigentlich überhaupt
nicht ins Gefängnis, sondern ins Krankenhaus oder in Heil- oder
Pflegeranstalten, in Irrenhäuser.

Gerichts-Zeitung.

Ein drakonisches Urteil aufgehoben.

Auf sehr hohe Strafen hat das Landgericht Mannheim auf
Anklagen, die aus Anlaß eines Streiks erhoben waren, am 4. De-
zember 1912 erkannt.

Von 8 Angeklagten wurden 6 verurteilt. Es erhielten der
Fabrikarbeiter Martin Sattler wegen gefährlicher Körperverletzung
und Verurteilung (§ 153 Gew.-O.) 5 Jahre 2 Monate Ge-
fängnis, der Zimmermann Eitel und der Mitangeklagte Weber
gleichfalls. Der Mitangeklagte Nehl hat nur wegen Körperver-
letzung 5 Jahre Gefängnis erhalten. Der Mitangeklagte Schlipf
nur wegen Verurteilung 3 Monate Gefängnis. Endlich ist
noch der Mitangeklagte Spierberger verurteilt worden.

In der Steinzeugwarenfabrik in Friedrichsfeld bei Schwetzingen
war ein Streik ausgebrochen, an dem sich ein großer Teil der dort
angestellten Arbeiter beteiligte. Als die Arbeitseinstellung längere
Zeit gedauert hatte, zog die Fabrikleitung eine größere Anzahl Ar-
beitswilliger aus Norddeutschland, namentlich Hamburg heran. Gegen
diese richtete sich die Erbitterung der Streikenden. Einen von ihnen
haben die Angeklagten, wie das Urteil feststellt, bei, als er abends
eine Wirtschaft besuchen wollte, durch Worte, wie Schuft, Hund,
Scherenscheiter zur Niederlegung der Arbeit und zum Verlassen zum
Streik zu nötigen versucht und außerdem haben sie ihn, wie das
Gericht weiter angenommen hat, durch gemeinliche Mißhandlung,
insbesondere durch Messerschläge sehr schwer verletzt, so daß er nach
Annahme des Gerichts möglicherweise in Sichtung verfallen wird.

Von den Verurteilten hatten nur die 5 zuerst Genannten
Revision eingelegt. Diese kam am Dienstag vor dem Reichsgericht
zur Verhandlung. Der höchste Gerichtshof hob das Urteil gegen
sämtliche Angeklagten, also auch gegen Spierberger auf und ver-
mied die Sache an das Landgericht zurück. Die Aufhebung erfolgte,
weil die Aussagen von drei arbeitswilligen Zeugen in der Haupt-
verhandlung verlesen worden sind, ohne daß vorher versucht worden
wäre, diese Zeugen zu laden. Die 3 Zeugen waren in der Vor-
untersuchung vernommen worden, weil sie erklärten, sie würden die
Gegend demnächst verlassen und stellten noch nicht, wo sie sich später
aufhalten würden. Als die Hauptverhandlung angefangen war, stellte
es sich heraus, daß man vergessen hatte, die Zeugen zu laden. Da
der Staatsanwalt erklärte, es werde kaum gelingen, die Zeugen, die
zu den gewerkschaftlichen Arbeitswilligen gehörten, zu ermitteln,
nahm das Gericht einfach an, sie seien unauffindbar. Dies Ver-
sehen verstößt in schwerer Weise gegen das Gesetz. Ferner, ließ
es in den Gründen des Reichsgerichts, ist der Begriff der Mißhandlung
gegenüber Eitel verkannt, endlich ist fraglich, ob nicht § 240
(Nötigung) angewandt ist.

Marktpreise von Berlin am 17. Februar 1913, nach Ermittlungen
des förmlichen Vorkaufbüros. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,54
bis 19,60, mittel 19,42—19,48, geringe 19,30—19,36, Roggen, gute Sorte
16,64—16,69, mittel 16,52—16,63, geringe 16,60—16,61 (ab Bahn). Butter-
gerste, gute Sorte 16,90—17,50, mittel 16,20—16,80, geringe 15,60—16,10,
Hafer, gute Sorte 18,30—20,20, mittel 16,20—18,20 (jeft Bogen und ab
Bahn).

Marktpreise von Berlin am 17. Februar 1913, nach Ermittlungen
des förmlichen Vorkaufbüros. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,54
bis 19,60, mittel 19,42—19,48, geringe 19,30—19,36, Roggen, gute Sorte
16,64—16,69, mittel 16,52—16,63, geringe 16,60—16,61 (ab Bahn). Butter-
gerste, gute Sorte 16,90—17,50, mittel 16,20—16,80, geringe 15,60—16,10,
Hafer, gute Sorte 18,30—20,20, mittel 16,20—18,20 (jeft Bogen und ab
Bahn).

Marktpreise von Berlin am 17. Februar 1913, nach Ermittlungen
des förmlichen Vorkaufbüros. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,54
bis 19,60, mittel 19,42—19,48, geringe 19,30—19,36, Roggen, gute Sorte
16,64—16,69, mittel 16,52—16,63, geringe 16,60—16,61 (ab Bahn). Butter-
gerste, gute Sorte 16,90—17,50, mittel 16,20—16,80, geringe 15,60—16,10,
Hafer, gute Sorte 18,30—20,20, mittel 16,20—18,20 (jeft Bogen und ab
Bahn).

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher

Küchenmöbelbranche.

Gente Mittwoch, den 19. Februar, abends 6 1/2 Uhr:
Branchen - Versammlung
 in Kellers Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97.
 Tagesordnung:
 Bericht der Verhandlungskommission. Beschlussfassung über die weiteren Maßnahmen.
 Nur Mitglieder haben Zutritt. — Mitgliedsbuch legitimiert.
 187/12
Der Obmann.

Bäckerei-Genossenschaft Charlottenburg und Umgegend.

Einladung zur Generalversammlung
 Sonntag, den 2. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 3.
 Tagesordnung: 25275
 1. Geschäftsbericht und Vorlegung der Bilanz. 2. Anträge der Mitglieder. 3. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrates. 4. Verschiedenes.
Karl Schiemann. Hermann Liebig.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Zahlstelle Groß-Berlin.

Freitag, den 21. Februar, abends 8 Uhr, und
 Sonnabend, den 22. Februar, morgens 7 1/2 Uhr,
 in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 59:
Zwei große Betriebs-Versammlungen.
 Tagesordnung:
 1. Bericht über die Auslegung des Tarifvertrages durch einzelne Brauerelbeitzer. 2. Betriebsangelegenheiten.
 Wir rufen an alle Maschinisten, Heizer, Abschmierer, Kohlenfahrer usw. das dringende Ersuchen, vollständig in den Versammlungen zu erscheinen. Kein dienstfreier Kollege darf fehlen.
 182/5*
Die Ortsverwaltung.

G. Graumanns Festsäle

SO. 26, Naunynstraße 27
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz No. 7324.
Sonnabend, der 8. März, frei geworden!

Neukölln.

Donnerstag, den 20. Februar 1913, abends 7 1/2 Uhr:
Öffentliche Versammlung
 in den Passage-Geisfälen, Bergstraße 151/152.
 Tagesordnung: 108/3
 1. „Die wirtschaftliche Erhebung der West durch die organisierte Arbeiterklasse.“ Referent: Reichstagsabgeordneter H. Weuß-Deffau. 2. Diskussion.
 Wir erwarten das Erscheinen aller derjenigen, die den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter Interesse entgegenbringen.
Die genossenschaftlichen Agitationskommissionen von Neukölln-Britz.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. N. Gahmisch, Adersstr. 174.
 W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
 O. R. Gahmisch, Peterburger Platz 4. Gustav Vogel, Koppenbruche 2. R. Wengels, Or. Frankfurter Str. 120.
 NO. 2. Jucht, Ammanndammstr. 12. J. Reul, Barnimstr. 42.
 N. 2. B. Baumann, Rheinsberger Str. 67. G. Fischer, Bastianstr. 6.
 Karl Mars, Giesenhagenstr. 27. J. Schönisch, Ragnersdammstr. 49.
 G. Vogel, Vorkingstr. 37. H. Tien, Invalidenstr. 124.
 L. Dehaud, Ruderplatzstr. 24.
 NW. 2. Zaisman Joseph, Saigwedelerstr. 8.
 SW. 6. Werner, Quersmannstr. 72. Zehn, Vogelberger Str. 27.
 S. St. Fris, Brinzenstr. 31. G. Lehmann, Rottbuler Damm 8.
 SO. 1. Paul Böhm, Lantzer Weg 14/15. V. Horich, Engelstr. 15.
 Adlershof. Karl Schwarzlose, Bismarckstr. 50.
 Bauschulenweg. G. Hornig, Rarientalerstr. 18, I.
 Borsigwalde. Paul Kienast, Kienaststr. 10.
 Charlottenburg. Gustav Schornberg, Seidenbamer Str. 1.
 Friedrichshagen. Ernst Werthmann, Köpenicker Str. 18.
 Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
 Johannisthal. Victorie, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
 Karlshorst. Richard Käter, Adelsstr. 9, II.
 Köpenick. Emil Richter, Kiepenstr. 6, Laden.
 Lichtenberg. Cito Zeisel, Gartenbergstr. 1.
 Nieder-Schöneweide. Wils. Harup, Brückenstr. 10.
 Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
 Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelmminnenhoffstr. 17 II.
 Pankow. Cito Rihmann, Wilsenstr. 30.
 Reinickendorf. B. Gurlich, Vorkingstr. 56, Laden.
 Neukölln. W. Heinrich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
 G. Rohr, Siegfriedstr. 28/29.
 Rummelsburg. H. Roentgen, Alt-Borsigweg 56.
 Schöneberg. Wilhelm Dämmer, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
 Spandau. Köppen, Breitsir. 64.
 Steglitz. G. Veruse, Wilsenstr. 5.
 Tempelhof. Joh. Krohn, Sornstr. 62.
 Treptow. Robert Gramenz, Niesdöhrstr. 419, Laden.
 Weißensee. Rudmann, Sedanstr. 105. Schäfers, Berliner Allee 253.
 Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilsenauer 27.

Wegen gänzlicher Aufgabe Total-Ausverkauf
 der Charlottenburger Filiale
Rehringstr. 34.
 In allen Geschäften enorm billig.

Lewinsohn

1. Geschäft: Rosenthaler Str. 40-41 Hackescher Markt	2. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 110 Strausberger Platz	3. Geschäft: Charlottenburg Nehringstr. 34 Ecke Magazinstr.
---	---	--

Herrentiefel jetzt nur 4⁹⁵
 Damon-Lackschuhe jetzt nur 5⁹⁵
 Damontiefel jetzt nur 4⁶⁵
 Herrentiefel jetzt nur 5⁷⁵
 Damon-Lackschuhe jetzt nur 5⁷⁵
 Damontiefel jetzt nur 5⁷⁵

Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Donnerstag, den 20. Februar 1913, abends 7 1/2 Uhr,
 bei Becker, Weberstraße 17:
Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
 1. „Die Gewerkschaften — eine Kulturbewegung.“ Referent: Gertrud Hanna. 2. Bericht für das 4. Quartal 1912 und Jahresbericht für 1912. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.
 Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
 Mitgliedsbuch legitimiert, wenn die 2. Woche im Januar gefehlt ist.
 Beiträge werden am Saaleingang entgegengenommen.
 187/3*

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 19. Februar 1913.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Berliner, Phillos, Der gebrochene Krug.
 Anfang 4 Uhr.
Urania, Paris und die Königschlösser von Versailles.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Rgl. Cernhaus, Die lustigen Weiber von Windsor.
Rgl. Schauspielhaus, 1812. Deutsches, Der lebende Leinwand. Königgräber Straße, Brand.
Jitrus Buch, Gais-Borstellung.
Jitrus Albert Schumann, Gala-Vorstellung.
 Anfang 8 Uhr.
Urania, Professor Dr. Dörpfeld: Die Ausgrabungen homerischer Städte.
Oréal: Dr. Berndt: Vassine oder automatische Brutpflege im Tierreich.
Nammerspiele, Schöne Frauen.
Deutsches Cernhaus, Die lustigen Weiber von Windsor.
Schiller O. Ariel Acosta.
Schiller, Charlottenburg, Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Trianon, Wenn Frauen reisen.
Theater am Hollendorplatz, Die Studentengriffin.
Somdichnhaus, Die Generalbefe.
Groß-Berlin, Das Rufenkind.
Kurtheater, Der Kupferlein.
Berliner, Filmzauber.
Montis Cperetten, Der liebe Augustin.
Theater des Westens, Die beiden Husaren.
Deutsches Schauspielhaus, Der gute Ruf.
Theater am Hollendorplatz 5, Klüdenbüch 8 Uhr:
Die Studentengriffin.
Montis Operetten-Theater (fr. Neues Theater), Ami Norden 1141.
8 Uhr:
Der liebe Augustin.
8 Uhr:
Residenz-Theater, Uhr.
Die Frau Präsidentin.
 (Madame la Presidente).
 Schauspiel in 4 Akten von G. Friedberg und Ernst Ritterfeld.
 Donnerstag und folgende Tage, abends 8 Uhr:
 „Und hätte der Liebe nicht...“
Luisen-Theater.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
 „Und hätte der Liebe nicht...“
 Schauspiel in 4 Akten von G. Friedberg und Ernst Ritterfeld.
 Donnerstag und folgende Tage, abends 8 Uhr:
 „Und hätte der Liebe nicht...“
Herrnfeld Theater
 Täglich prägnant 8 Uhr abends:
Die Alpenbrüder
Wüstenmoral
 mit Anton und Tonat Herrnfeld in den Hauptrollen.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Wolkenkratzer.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
 Zum erstenmal:
Der Andere.
Schiller-Theater Charlottenburg.
 Mittwoch, nachmittags 3.10 Uhr:
Wallensteins Tod.
 abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hedda Gabler.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
 Sonnabend, nachm. 3.10 Uhr:
Wallensteins Lager, Die Piccolomini
 abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.
Berliner Theater.
 8 Uhr: **Filmzauber.**
Theater in der Königgräber Straße
 7 1/2 Uhr: **Brand.**
Deutsches Schauspielhaus
 8 Uhr: **Der gute Ruf.**
Theater am Hollendorplatz 5.
 Klüdenbüch 8 Uhr:
Die Studentengriffin.
Montis Operetten-Theater
 (fr. Neues Theater), Ami Norden 1141.
 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
8 Uhr:
Residenz-Theater, Uhr.
Die Frau Präsidentin.
 (Madame la Presidente).
 Schauspiel in 4 Akten von G. Friedberg und Ernst Ritterfeld.
 Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.
Luisen-Theater.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
 „Und hätte der Liebe nicht...“
 Schauspiel in 4 Akten von G. Friedberg und Ernst Ritterfeld.
 Donnerstag und folgende Tage, abends 8 Uhr:
 „Und hätte der Liebe nicht...“

Urania
 Wissenschaftliches Theater.
 Taubenstraße 48/49.
 Nachmittags 4 Uhr:
Paris und die Königschlösser von Versailles.
 Abends 8 Uhr:
 Prof. Dr. Dörpfeld: **Die Ausgrabungen homerischer Städte.**
 Hörsaal 5 Uhr:
 Dr. Berndt: **Passive oder automatische Brutpflege im Tierreich.**
ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 130.
Der Widerspenstigen Zähmung.
 Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare.
 Anfang 8 Uhr.
 Donnerstag zum ersten Male:
Der Weg zum Himmel.
Metropol-Theater.
Chauffeur — ins Metropol!
 Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
 abends 8 Uhr: **Rauschen gestirbt.**

Walhalla-Theater
 Weinbergsweg 19/20. Rosenthaler Tor.
 Täglich abends 8 1/2 Uhr:
„Parole: Walhalla!“
 Große Jahres-Revue.
Apollo Theater
 Ab 8 Uhr:
 Ein beispielloser Erfolg!
 Die großen Spezialitäten.
 9 Uhr:
Harry Walden
 in seiner Grottesko
 „Der Herzog von Westminster.“
Voigt-Theater.
 Gesundbrunnen, Badstraße 58.
 Heute Mittwoch, den 19. Februar:
Försters Trade.
 Senf, Polster, 4 Akt v. H. Rammstadt.
 Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Voranzeige! Mittwoch, 26. Febr.:
 Benefiz für Franz Mühl: „Im Banne der Liebe und des Hasses.“

Brauerei Friedrichshain
 am Königstor.
Heute Mittwoch: Elite-Tag!
Bayerische Bockbier-Fest.
 Gratis-Vorteilung von 300 Wertgegenständen.
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

„Clou“ :: Berliner ::
 Mauersstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Konzerthaus
„Großes Doppel-Konzert!“
 Musik des 2. Garde-Regiments z. F., Dirig. Oberm. Graf.
— Zillertaler und Tegernseer Sängerkorps —
Schuhplattler und Jodler!
Anstich von Drei-Königshier, dem köstl. aller Münch. Doppelbiere.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

Neue Welt
 Arnold Scholz Hasenheide 108/114
 Heute Mittwoch, den 19. Februar 1913:
Extra-Prämierung.
 Prämiiert wird
!! Die größte Kohlrübe !!
 8 bare Geldpreise: 50, 30, 20 M.
5 Kapellen. 30 bayrische Mad'l.
 Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Voranzeige! Morgen Donnerstag, den 20. Februar 1913:
Keine Fleischnot.
Braten eines ganzen Ochsens — Portion 80 Pf.

Zirkus Albert Schumann.
 Heute Mittwoch, 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
 Nur noch einige Tage:
Casarios
Löwen- und Tiger-Gruppe.
 Die wildeste Dressur d. Gegenw.
 Ohne Konkurrenz!
7 Luftvolteure 7
Hegelmann - Truppe.
 Das Tagesgespräch von Berlin:
Der Mann mit d. eisernen Hand.
 Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.

Zirkus Busch.
 Heute Mittwoch, 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala - Sports - Vorstellung.
 Das Tagesgespräch von Berlin:
Der mysteriöse Beckenläufer!
 Geschw. Carré, Raitkinsthorner!
 Neu! Ms. Delita der Oro Neu!
 mit ihren dressierten Köhen!
 sowie d. große Galaprogramm.
 Zum Schluss:
 Die große Prunk-Pantomime
„Sevilla“.
Trianon-Theater.
Wenn Frauen reisen.
 Anfang 8 Uhr.

Folies Caprice.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Die drei Saison-Schlager:
In Sachen Rahenkein.
Die Doppelkirma.
Die Tochter der Braut.

Theater Königstadt-Casino.
 Ecke Holzmarkt u. Alexanderstraße.
 1 Minute v. Bahnh. Nannowbrücke.
 Tägl. abds. 7 1/2, Sonnt. 9 1/2 Uhr:
Puppchen tadellos.
 Boite m. Gel. in 1 Akt — und das
 groß. Spezialitätenprogramm
 (Feb. 1. u. 16. : Programmwechsel).

Casino-Theater
 Rothvinger Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Allabendlich ausverkauft.
Stürmische Heiterkeit!
 Die Berliner Vokalposse
Am grünen Strand d. Spree.
 Gedhrt Kassenerfolg seit Bestehen.

Humor-Quartett
 Amt St. Berliner No. 9308
 Gg. Treuer Kastanienallee 49
 Besonderer Umstände wegen:
Ostern frei geworden!

Admiralspalast.
 Allabendlich:
 Das neue mit durchschlag.
 Erfolg aufgel. **Eisballett**
Flirt in St. Moritz
 1. Akt: Wintersport in St. Moritz. 2. Akt: Soiree im Luxushotel. 3. Akt: Japanisches Fest. Unter Mitwirkung der kl. Charlotte.
 Bis 6 U. u. v. 10^{1/2}, halb Kass.-Preise. Wein- u. Bier-Abt.

Reichshallen-Theater
 Stettiner Sängerkorps.
 Neu!
Meyers Hosen.
 Humoreske.
 Anfang 8 Uhr.
 Nur den Inhalt der Intereze übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Bestes alkoholfreies Getränk

Si-Si

Bestes alkoholfreies Getränk

Arbeiter-Bekleidung

Hamburger Laden, Charl. Wallstr. 69

Auto-Fahrschulen

Gr. Frankfurterstr. 44

Bäckerien, Konditor.

Sanke, Gr. Frankfurterstr. 44

Blottners Großbäckerei

Geschäfte in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmerdorf.

Brot-Fabrik, Vorwärts

Hermann Ulrich, Köpenick.

Oskar Hanke's Brotbäckerei

75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins

Hoppe's Erbsen-Kaffee

Max Kniffert, Landab. Allee 29

Ladenthin, O. Weg 54

Franz Ludwig, Kochmannstr. 25

Bäckerei „Nordstern“

Inh. Gust. Müller, Filialen in verschied. Stadtteilen

Ranfft

Reichenbergerstr. 176

Arthur Roemer, Köth. Damm 101

Walter Robr, Anklamerstr. 26

Max Sander, Dünkerstr. 23

Otto Schmidt, Adalbertstr. 47

Heinr. Schubert, Boxh. Chaus. 5/6

E. Merlins, Reichenbergerstr. 168

F. H. Müller, Brunnenstr. 87

Roman Nowak, Wienstr. 9

Friedrich Ode, Madalstr. 10

Herm. Proell, Nennendamm

Friedrich Probst, Andreasstr. 51

Brauerei Königstadt

feinste Qualitätsbiere

Brauerei Tivoli

Weiß- u. Malz-Bier-Brauerei

Caramel-Weißbier

sehr alkoholfrei, erfrischend, bekömmlich

Deutsche Bierbrauerei A.G.

Berlin-Fischelersdorf

Groterjans

Malzbier, Schick-Allee 132, T. III, 5062

C. Habels Brauerei

hell - Habelbräu - dunkel

Unser Goldbier

ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk

Berliner Unions-Brauerei

Berlin S. Losenbräuerei Weißesens

Münchener Branbau Berlin

Löwen-Brauerei

vorzügl. Faß- und Flaschen-Biere

Victoria-Brauerei

Victoria-Saazerbräu

Weissbier, C. Breithaupt

Palisadenstr. 57, Tel. A. VII, 2634

Blumen und Kränze

Oskar Albertus, Müllerstr. 47

Färbereien, Wäscher.

Groß-Dampfwäscherei „Spreenke“

Ch. Engelhardt

Färberei u. chem. Wäscherei

G. Vettin

Grüner Weg 57 - 57

Glas u. Porzellan

G. Krüger, Weißburgerstr. 79

Grammoph., Sprechm.

W. Becker, Gölz, Wilmsstr. 127

Haar-Artikel

Berliner Zopf-Zentrale

Glas u. Porzellan

G. Krüger, Weißburgerstr. 79

Grammoph., Sprechm.

W. Becker, Gölz, Wilmsstr. 127

Haar-Artikel

Berliner Zopf-Zentrale

Glas u. Porzellan

G. Krüger, Weißburgerstr. 79

Grammoph., Sprechm.

W. Becker, Gölz, Wilmsstr. 127

Haar-Artikel

Berliner Zopf-Zentrale

Glas u. Porzellan

G. Krüger, Weißburgerstr. 79

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Drogen u. Farben

Reinh. Assmus, Gerichtstr. 10

Amol

das Hausmittel

Reinh. Assmus, Gerichtstr. 10

Gustav Bernag, Weidenweg 80

Brunnenstr. 108 u. 157

A. Diepold, Taurroggenstr. 12

Haeberlein, Tript. Gratz-Beckstr.

Prinz Handwerkerstr. 2 Nal. G. Wolff

Klöhn, H. Skilla, Kaiser-Friedrichstr. 228

Kneeseck-Drog., Hermannstr. 119

Krönig, Adler-Drogerie, Reuterstr. 7

P. Lebrke, Kottbuser Damm 1-2, Faxim

Allr. Marsch, Culmstr. 37

Rathaus-Drogerie, Nalla, Sauerstr. 24

Hermannstr. 37

Prinzenstr. 103

Fr. Schlusmann, Liebenstr. 22

Hugo Schultze, Müllerstr. 166a

Hyg. Gummiw., Photogr.-Artikel

Übersichtswise Wilhelmsplatz 46

Beerdig.-Anst. Sargm.

Bredlow, Eberswalderstr. 18

H. Fischer, Nalla, Hohenzollernpl. 11

Max Fuchs, Frankfurter-Allee 170

Hansich, Weissenhofstr. 191

Hinkel, Fr., Gr. Hamburgerstr. 27

Gust. Nobert, Potsdamerstr. 115a

H. Petermeyer, Stralauerstr. 8

Peter-Schley, Wilh., Sauerstr. 11

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adelung & A. Hoffmann

Akt.-Brauerei, Potsdam, Eig. Niederl.

Berlin SW, Tempelhofer Ufer 15

Spez. Poisd. Stangenbier

Brauerei Königstadt

feinste Qualitätsbiere

Brauerei Tivoli

Weiß- u. Malz-Bier-Brauerei

Caramel-Weißbier

sehr alkoholfrei, erfrischend, bekömmlich

Deutsche Bierbrauerei A.G.

Berlin-Fischelersdorf

Groterjans

Malzbier, Schick-Allee 132, T. III, 5062

C. Habels Brauerei

hell - Habelbräu - dunkel

Unser Goldbier

ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk

Berliner Unions-Brauerei

Berlin S. Losenbräuerei Weißesens

Münchener Branbau Berlin

Löwen-Brauerei

vorzügl. Faß- und Flaschen-Biere

Victoria-Brauerei

Victoria-Saazerbräu

Weissbier, C. Breithaupt

Palisadenstr. 57, Tel. A. VII, 2634

Blumen und Kränze

Oskar Albertus, Müllerstr. 47

Färbereien, Wäscher.

Groß-Dampfwäscherei „Spreenke“

Ch. Engelhardt

Färberei u. chem. Wäscherei

G. Vettin

Grüner Weg 57 - 57

Glas u. Porzellan

G. Krüger, Weißburgerstr. 79

Grammoph., Sprechm.

W. Becker, Gölz, Wilmsstr. 127

Haar-Artikel

Berliner Zopf-Zentrale

Glas u. Porzellan

G. Krüger, Weißburgerstr. 79

Grammoph., Sprechm.

W. Becker, Gölz, Wilmsstr. 127

Haar-Artikel

Berliner Zopf-Zentrale

Glas u. Porzellan

G. Krüger, Weißburgerstr. 79

Grammoph., Sprechm.

W. Becker, Gölz, Wilmsstr. 127

Haar-Artikel

Berliner Zopf-Zentrale

Glas u. Porzellan

G. Krüger, Weißburgerstr. 79

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Wilh. Pleß, Buttergroßhdlg.

Berlin C. 54, Rosenthalerstr. 40

Schulz, Arth. Skilla, Hermannstr. 65

Gust. Schultze & Sohn

Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte

Schröter, R.

43 Verkaufsstellen

Uhly & Wolfram

Vereinte Pommersche Meiereien

48 Verkaufsstellen

Cacao, Choccolade

Adler's Konditorei, Wrassestr. 57

Althaus, Krüger-Beck, Liebenstr. 16

STOLWERCK

Gold Silber Kupfer

Schokolade - Kakao

In drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind

untereinander gleichwertig

unterscheiden sich, wie die

deutschen Edelweine, nur durch

ihre Aromen.

Cyliax, G.

Filialen in all. Stadtteilen

Fordern Sie Kakao und Schokolade

Wesenberg

Cigarrenhandlungen

P. Hofer, Kottbuser-Damm 79

Müllerstr. 184

Klein, Wilh., Oberbaum 1

Krakow, Fr. NW, Widostr. 47

G. & S. Peterke, 50 Köthenerstr. 14

W. Schürer, N. Neanderstr. 28

Alh. Werner, Ecks. Klauer. Jochstr.

Damenkonfektion

Bollmann, Neukölln, Legatz. 122

Dombrowsky, Charl. Platz 9/11

Restat, J., Köthenerstr. 76

Oskar Wolfburg, Brunnenstr. 56

Eisen- u. Stahlw., Waff.

Alh. O. Skilla, Kaiser-Friedrichstr. 4

W. Allner, Mühlstr. 24

Bentel, C., Boxh. Neue Bahnh. St. 26

Herrn. Braun, Landsh. Allee 149

Otto Belig, Grün. Weg 48

Emil Braun, Andrasstr. 75

G. Brucklacher, Oranienstr. 45

F. Beutel, Nalla, Kaiser-Friedrichstr. 77

Carl Jung, Stromstr. 31

Franz Pfeiffer, O. Frank. Allee 139

Eugen Heum, Nalla, Walterstr. 19

Jungbluth, Hermannstr. 172

H. Rockstroh, Berlin, Götzstr. 25

Röhmann, P. Müllerstr. 40b, E. Seest.

Sellach, Th. Skilla, Hermannstr. 43

E. Timm, Schleif., Waldemarstr. 79

Herm. Warschade, Müllerstr. 29

Alex. Weimar, Reichenbergerstr. 100

(Inh. Otto Janke)

Fahrräd., Nähmasch.

Fahrrad-Leihhaus Lohmann

Neue Schönerhauser-Str. 11

Fahrrad-Haus Frischeauf

Brunnenstr. 35

Gründung und Eigentum der

radfahrenden Arbeiterschaft.

Fahrr., Schallpitt, Weidenweg 47a

W. Mallosch, Oberbaumstr. 2, Key

Färbereien, Wäscher.

Groß-Dampfwäscherei „Spreenke“

Berlin SO., Forststr. 5-6

Tadellose Wäsche! Billigste Preise!

Ch. Engelhardt

Färberei u. chem. Wäscherei

G. Vettin, Grüner Weg 57 - 57

Warshauer Fleisch- u. Wurst-

Zentrale, Warschauerstr. 83

Otto Zeim, Neuk., Fuldstr. 44

Paul Zwiarg, Landsberg-Allee 136

Ernst Ziffner, Oderbergerstr. 37

L. Zimmermann, Kottb. Damm 94

Glas u. Porzellan

G. Krüger, Weißburgerstr. 79

Grammoph., Sprechm.

W. Becker, Gölz, Wilmsstr. 127

Haar-Artikel

Berliner Zopf-Zentrale

Fleischer- u. Wurstw.

G. Amling, Neukölln, Eisenstr. 74

August Birnsteln, Dunkerstr. 78

O. Aschenbach, Loderitzstr. 60

August Bieri, Kaiserin Augusta Allee 9

Hans Böhm, Weidenweg 31

A. Bentele, Thauerstr. 21

Wilhelm Behr

Wurstfabrik, Speck- und Schinkenzerel.

Berlin-Schöneberg, Kelenstr. 57-58

Beste und billigste Bezugs-

quelle f. Wiederverkäufer.

K. Christ, Eilbingerstraße 58

Ph. Christ, Petersburgerstr. 4a

Darge, O., Finowstr. 2

Thilo Dörgerloh, Löhaustr. 23

St. Doroszewski, Ebertstr. 27

W. Dör, Schivelbeinerstr. 29

August Fe

Die städtischen Steuerprojekte

Sollen so schnell wie möglich unter Dach und Fach gebracht werden. In der Ausschusssitzung am Montag wurde die Debatte fortgesetzt und vor allem war es das Kino, das es der Mehrheit angeht hat und das gefaßt werden soll. Man sprach über die Bedeutung der Kinematographischen Veranstaltungen, über die Filmindustrie, über Zensur, über Wirkung von Steuern auf die Art der Aufführungen und anderes mehr. Nach stundenlangen Debatten wurde in die Spezialberatung eingetreten. Dabei ergab sich gleich, wie wenig fest die Begriffe sind, mit denen der Magistrat operiert. Es sollen außer den Kinos besteuert werden Spezialitäten- und Varietévorstellungen, Revuen, Zirkusse und Tanzbelustigungen. Es wurde dargelegt, daß bei der Entwicklung, die das weltstädtische Vergnügungsleben genommen hat, der Begriff der Spezialitäten- und Varietétheater gar nicht fest zu umgrenzen ist. Daß die Magistratsvorlage selber nicht einwandfrei sei, wurde vom Rämmerer dadurch zugegeben, daß er bei, an verschiedenen Stellen eine andere Fassung zu wählen. Soweit die Musiktheater in Frage kommen, wurde bemerkt, daß mit Einführung der Steuer das Rauchen in den in Betracht kommenden Theatern untersagt werden könnte. Man will dem zuvorkommen, indem man die Bestimmung trifft, daß die Theater unter die Musiktheater fallen, in denen ein Getränkeverkauf stattfindet. Es sollen auch die Eispaläste unter die Steuer fallen, sofern Kunsteislaufbahnen stattfinden oder Ventominen veranstaltet werden. Soweit es sich um Tanzbelustigungen handelt, so sollen nach der Magistratsvorlage nur gewerbsmäßig veranstaltete Tanzbelustigungen versteuert werden, zu denen ein Eintrittsgeld von 1,50 M. erhoben wird. Der Magistrat ist auf den Gedanken gekommen, daß er hier noch mehr herausholen kann, wenn die Bezeichnung „gewerbsmäßig“ fortgelassen wird, um auch die von bestimmten Organisationen oder Unternehmern getroffenen Veranstaltungen zu treffen. Nicht klar ist, wie es mit der Pauschalsteuer gehalten wird. Bisher war die Meinung vorhanden, daß Tanzbelustigungen versteuert werden, wenn 1,50 M. Eintrittsgeld erhoben wird und daß in diesem Falle die Steuer nach dem Flächeninhalt der Säle berechnet werden soll. Die Erklärungen des Rämmerers am Montag lassen aber die Möglichkeit zu, daß die Tanzsteuer unter allen Umständen erhoben werden könnte. Das wäre eine solche Ungeheuerlichkeit, daß nach dieser Richtung volle Klarheit geschaffen werden muß. Das wird in den nächsten Sitzungen geschehen müssen. Bemerkenswert ist, daß dem Ausschuss auch eine Denkschrift des Vorstandes des Bühnenvereins zugegangen ist, in welcher der Einführung der Kinossteuer das Wort geredet wird, obwohl der kürzlich verstorbene Vorsitzende des Vereins, Herr Dr. Brahm, Gegner dieser Steuer war. Die Eingabe ist diktiert von der Furcht, die Kinos könnten den Theatern Abbruch tun. Diese Meinung ist falsch, genau so falsch, wie feinerzeit die Aversion gegen die Volksbühnen, von denen man eine Konkurrenz gegen die Theater befürchtete. In Wirklichkeit ist das Gegenteil eingetreten, indem bei den Mitgliedern der Volksbühnen das Interesse für Theater besonders geweckt worden ist. Dazu kommt, daß schon heute namhafte Künstler für den Film zur Verfügung stellen. Der Bühnenverein bedenkt nicht, wie er sich mit seiner Denkschrift ins eigene Fleisch schneidet. Die Kinossteuer ist nur der Anfang der Theaterbesteuerung überhaupt. Im Ausschuss wurde denn auch von verschiedenen Seiten offen erklärt, daß man auch für eine Theatersteuer sei, wenn sich die Schwierigkeiten mit den königlichen Theatern beheben lassen.

Verwaltung, unsere Lehrerschaft weiß hieron ein Lied zu singen. Es gäbe nichts Vorteilhafteres für die städtische Verwaltung, als gerade jetzt mit den verlangten Schulbauten vorzugehen, wo der Baumarkt daneberliegt, wo Arbeiter reichlich zu haben sind, und wo die Materialien preiswert beschafft werden können. Die Bauten würden schneller und billiger fertig gestellt werden können als in der Zeit der Hochkonjunktur. Die Schulkinder würden dann baldigst in geeigneten, den Zwecken der Schule entsprechenden Räumen untergebracht werden und das Baugeschehen in Berlin würde obendrein etwas belebt werden. Was auf dem Gebiete der Schulverwaltung zutrifft, ist auch auf einigen anderen Gebieten der Fall.

Eine gesunde Finanzpolitik muß die Aufgaben der Gegenwart befriedigen und darf nicht fortgesetzt notwendige Projekte von einem Jahre zum anderen verschieben, ganz abgesehen von der Lösung anderer sozialer Pflichten.

Ueber den Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln ist eine neue Polizeiverordnung erlassen worden, die am 1. April dieses Jahres in Kraft tritt. Es wird darin u. a. bestimmt: Räume, in denen Nahrungs- und Genussmittel zubereitet, aufbewahrt und feilgehalten werden, müssen, soweit die sachgemäße Behandlung der Nahrungs- und Genussmittel dem nicht entgegensteht, trocken und leicht zu läften sein. Sie sind in gutem baulichen Zustand, sauber und frei von üblen Gerüchen zu halten. Sie dürfen nur dem eigentlichen Geschäftszweck dienen, als Wohn- oder Schlafräume nicht benutzt werden und mit Ställen und Abortanlagen nicht in direkter Verbindung stehen. Nicht dahin gehörige Gegenstände, insbesondere Betten, Kleider, Wäsche und allerlei Gerümpel dürfen in ihnen nicht aufbewahrt werden. Auch sind in Räumen, in denen Eßwaren zubereitet und verkauft werden, Hunde und Katzen nicht zu dulden.

Ausgenommen hiervon sind jedoch Räume von Gast- und Schankwirtschaften, die dem Verkehr des Publikums dienen. Zum Verkauf gestellte oder feilgehaltene Nahrungs- und Genussmittel sind bis zur Abgabe an das Publikum derart zu behandeln, daß sie vor gesundheitsschädlichen oder elektrisierenden Geruchreinigungen, namentlich durch Hunde und andere Tiere, behauptet bleiben. Den mit der Zubereitung und dem Verkauf oder Feilhalten von Eßwaren beschäftigten Personen ist das Rauchen, Schmecken und Tabakkausen bei ihrer Beschäftigung verboten, auch haben sie sich besonders reinlich zu halten. Für ausreichende Waschgelegenheit und Handtücher hat der Geschäftsinhaber Sorge zu tragen. Das Befahren der zum Verkauf ausliegenden Nahrungs- und Genussmittel seitens der Käufer, das Drücken der Karren zur Feststellung des Rogens und das Schuppen und Abhauen von lebenden Fischen ist verboten. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Polizeiverordnung werden mit Geldstrafen bis zu 60 M., an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haft tritt, bestraft.

Mit der Schaffung des Wohnungsamtes wird sich die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag beschäftigen. Die vom Magistrat eingebrachte Vorlage hat in dem mit der Vorberatung betrauten Ausschusse einige Änderungen erfahren, von denen die wichtigste die sein dürfte, daß in dem zu schaffenden Wohnungsamt außer Wohnungsinpektoren auch besoldete Inspektoren angestellt werden sollen. Frauen in die Wohnungsdeputation aufzunehmen, ist im Hinblick auf die Städteordnung abgelehnt worden, obwohl in Charlottenburg Frauen in dieser Deputation sitzen. Dagegen sollen in den zu schaffenden Wohnungsdeputationen der einzelnen Stadtbezirke Frauen unter allen Umständen zur Mitarbeit herangezogen werden.

Der falsche Kassierer der Berliner Städtischen Feuerzofietät, über dessen Auftreten wiederholt berichtet wurde, hat sich gestern der Polizei gestellt. Der Kassier erschien bei Hauswirten, Verkäufern oder Pförnern, angeblich im Auftrage der Sozietät, um die fälligen Prämien einzuziehen, und erbeutete jedesmal mindestens 20 Mark, oft auch erheblich mehr. Die Kriminalpolizei ermittelte nach den übereinstimmenden Beschreibungen der Geschädigten, daß der Schwindler ein 35 Jahre alter, aus Magdeburg gebürtiger Versicherungsagent Otto Biele war, der auch früher schon einmal diese Gaunerei betrieb. Gestern vormittag stellte er sich selbst der Kriminalpolizei, weil er ein sah, daß es doch keinen anderen Ausweg mehr für ihn gab.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich Montag mittag in der Gneisenaustraße zugetragen. Dort verließ trotz der Warnung des Schaffners ein Herr Wilhelm Thormann den Wagen der Ringlinie 2 während der Fahrt und kam zu Fall. Th. schlug so heftig mit dem Kopf auf das Straßenpflaster auf, daß er betäubungslos liegen blieb. Der Verunglückte hatte eine Gehirnerschütterung und Quetschungen erlitten und wurde nach dem Krankenhause am Leben gebracht.

Ein unehelicher Seemann wird von der hiesigen Kriminalpolizei gesucht. Ein Kaufmann aus Rostock traf am vergangenen Freitag mit dem Seemann Alexander Rossow aus Lambow, den er aus seiner Heimat her schon kannte, auf der Durchreise in Berlin ein, um sich hier einige Tage aufzuhalten. Er nahm mit ihm in der Nähe des Bahnhof Friedrichstraße ein gemeinsames Zimmer. Als er am anderen Tage ausging, um neue Wäsche und Kleidungsstücke einzukaufen, vertraute der Kaufmann seinem Reisegefährten den Schlüssel zu seinem Koffer an und hat ihn auch noch besonders, bis zu seiner Rückkehr im Zimmer zu bleiben, damit ja nichts wegkomme. Der Seemann erwiderte sich aber als ein sehr ungetreuer Hüter des ihm anvertrauten Gutes. Als der Kaufmann vom Einkauf zurückkehrte, war Koffer verschwunden. Er hatte das Hotel verlassen, ohne sein Ziel anzugeben. Nichts Gutes ahnend öffnete der Kaufmann seinen Koffer und entdeckte, daß er des wertvollsten Inhaltes beraubt war. Rossow hatte seinem vertrauensseligen Landsmann und Reisegefährten nahezu 4000 Rubel in Gold und einige weniger wertvolle Schmuckfachen gestohlen und mit der Beute das Weite gesucht. Die Nachforschungen nach dem Ungetreuen in Berlin blieben erfolglos.

Von der Lokomotive abgehängt. Als der gestern morgen 7 Uhr 47 Minuten von Jossen fällige Vorortzug den Bahnhof Mahlow um 8 Uhr 13 Minuten passierte, stürzte, nachdem sich der Zug soeben wieder in Bewegung gesetzt hatte, der Heizer Ahmann von der Lokomotive aus noch unbekanntem Ursach ab und blieb schwerverletzt liegen. Der Zug wurde sofort zum Stehen gebracht und der Verunglückte in die Bahnhofsstation Mahlow transportiert. Außer einem rechtsseitigen Armbruch hat der Verletzte anscheinend noch schwere innere Schäden erlitten. Als das Unglück geschah, fuhr gerade ein von Berlin kommender Vorortzug an der Unfallstelle vorbei. Ahmann wäre sicher von diesem überfahren worden, wäre das Unglück einige Meter weiter, dort, wo die Gleise ihre Normalentfernung voneinander aufweisen, geschehen.

Zwei Gaskvergiftungsfälle ereigneten sich gestern. Im Hause Lühnowstr. 32 wurde die 31 Jahre alte Musiklehrerin Marie Lieber in ihrer Wohnung betäubungslos im Bett liegend aufgefunden. Die Verunglückte hatte, nachdem sie eine Wäschelast beendet, verabsäumt, die Gähne der Gaskrone zu schließen, so daß sich das große Zimmer allmählich mit Gas füllte, dem der Hund des Fräulein Lieber zum Opfer gefallen ist. Ein Arzt sorgte für die Lebensführung der Verunglückten nach dem Krankenhause Moabit. — Als gestern vormittag der Kaufmann Ferdinand D. seine Zigarrenfiliale im Hause Charlottenstraße 22 kontrollieren wollte, fand er den Laden noch geschlossen. Da er starken Gaseruch wahrnahm, benachrichtigte er das 38. Polizei-

revier, das den Laden durch einen Schlosser öffnen ließ. Hier fand man den Filialleiter, den 25 Jahre alten Handlungsgehilfen Paul B., auf einem Stuhle hinter dem Ladentisch sitzend, im betäubungslosen Zustande auf. Sämtliche Beleuchtungs- und Kochgasähne fanden offen. Nach erfolgreichem Wiederbelebungsversuchen, die ein Schugmann und dann Feuerwehrleute mit einem Sauerstoffapparat angestellt hatten, schaffte man B. ebenfalls nach dem Krankenhause Moabit.

Auf dem Boden erhängt hat sich gestern vormittag der 80 Jahre alte Schugmann August Holmann aus der Flemmingstr. 16. Holmann war seit längerer Zeit stark nervenleidend. Er wurde die Hälfte vor 1 1/2 Jahren vom Dienste beurlaubt. Gestern vormittag sagte er zu seiner Frau, daß er zum Boden wolle, um Holz zu holen. Als er nach einiger Zeit nicht zurückgekehrt war, ging die Frau hinauf, um nach ihm zu sehen. Der Kranke hatte sich an einem Balken erhängt. Ein Arzt konnte nur noch seinen Tod feststellen.

Feuer auf einem Schulhausneubau. In der sechsten Morgenstunde wurde die Neuföhner Feuerwehrgesellschaft nach dem Schulhausneubau in der Donaustraße zu Neuföhren gerufen. Dort war auf bisher nicht ermittelte Weise in einem großen Bretterschuppen, der mit Bauwerkstoffen angefüllt war, Feuer ausgebrochen. Als die Löschzüge eintrafen, hatten die Flammen schon den ganzen Schuppen erfaßt. Den Bemühungen der Löschmannschaften gelang es, das Feuer von dem zweiten Schuppen fernzuhalten. Nach einständiger Tätigkeit konnte die Wehr unter Zurücklassung einer Brandwache wieder abrücken.

Die Berliner Feuerwehr hatte in der Brunnenstr. 43, Reizendorfer Str. 15 und in der Barnimstr. 11 zu tun. In der ersten Stelle brannte es in einem Zigarrengeschäft, an der zweiten in einem Möbellager und an der letzten in einer Schneidwerkstatt.

Die Wahlmänner-Ersatzwahlen zur bevorstehenden Landtagswahl im Kreise Teltow-Beeskow-Wilmersdorf

finden in allen Orten am Donnerstag, den 20. Februar, statt. Die Wahlzeit ist in den einzelnen Orten durchaus verschieden.

Für Adlershof findet die Wahl Donnerstag, nachmittags 5 Uhr statt. Da nach dem Modus der Terminwahl gewählt wird, müssen die Wähler aller Abteilungen pünktlich im Wahllokal ihres Bezirkes erscheinen. Das Wahlbureau der sozialdemokratischen Partei befindet sich im Lokal des Genossen Kauf, Bismarckstr. 16 und ist von nachmittags 4 Uhr an geöffnet. Genossinnen und Genossen, welche sich als Helfer zur Verfügung stellen, werden erucht, sich rechtzeitig im Wahlbureau zu melden.

Wilmersdorf-Patenen. Die dritte Abteilung wählt von 3-8 Uhr nachmittags. Die Wahllokale sind von folgenden Schließplätzen aus geöffnet: Für die Patsener Bezirke: Restaurant Jahnke, Weißhirsche Straße, Ecke Schweininger Straße; für den 3. und 4. Stadtverordnetenwahlbezirk: Restaurant Adam, Walzburger Str. 29; für den 5. Stadtverordnetenwahlbezirk: Restaurant Gröbke, Kaiser-Allee 209; für den 6. Stadtverordnetenwahlbezirk: Restaurant Sella, Brandenburgische Str. 69; für den 7. und 8. Stadtverordnetenwahlbezirk: Restaurant Raub, Ullmannstraße 107; für den 9a. Stadtverordnetenwahlbezirk: Rest. Stramm, Pariser Str. 7; für den 9c. Stadtverordnetenwahlbezirk (40. Urwahlbezirk): Restaurant Bauer, Deimolder Str. 2.

Das Zentralbureau ist im Restaurant Schilling, Lauenburger Str. 20. Die Parteigenossinnen und Genossen werden dringend erucht, sich am Wahltag in den oben bezeichneten Lokalen möglichst zeitig einzufinden.

Steglitz. In der Sältearbeit, die am Tage der Wahl von 6 Uhr nachmittags an beginnen soll, eruchen wir alle, besonders alle arbeitslosen Parteigenossinnen und Genossen, sich in folgenden Lokalen einzufinden: 1. und 2. Urwahlbezirk: Restaurant Densel, Zimmermanns, Ecke Rothenburgische; 3., 4. und 5. Urwahlbezirk: Schellhofs, Wilmersdorf 15 a; 6. und 9. Urwahlbezirk: Reymann, Krasstr. 4; 8. Urwahlbezirk: Liepste, Pommenerstr. 7; 10. Urwahlbezirk: Pfeiffer, Stubbenrauchplatz 3; 11. und 13. Urwahlbezirk: Clement, Däppelstr. 7; 14. und 15. Urwahlbezirk: A. Frick, Schützenstr. 40; 17. und 22. Urwahlbezirk: Rehnke, Heffstr. 2; 19. und 21. Urwahlbezirk: Thiel, Albrecht- und Singsberger-Str.; 20. Urwahlbezirk: Franz Moser, Potsdamer Str. 4; 23. Urwahlbezirk: Schwarz, Berg- und Lauenburger Strassen-Ecke.

Wandow. Für alle Bezirke mittags 12 Uhr. Wahllokale sind: 1. Bezirk Gosthof zur grünen Linde, Hauptstr. 4; 4. Bezirk Konditorei Buchert, Kaiser-Wilhelmstr. 72; 5. Bezirk Restaurant Gulsche, Kaiser-Wilhelmstr. 29-31.

Marientdorf. Die Wahl wird als Terminwahl vollzogen. Die Wahlzeit ist für die dritte Abteilung auf 12 Uhr, für die zweite auf 3 Uhr und für die erste auf 4 Uhr angesetzt.

Schmargendorf. Die 3. Abteilung wählt um 8 Uhr, die 2. um 6 Uhr und die 1. Abteilung um 6 1/2 Uhr. Wahllokale für den 1. Bezirk Restaurant „Deutsches Haus“, Breitenstr. 34. Wahlmann: Max G o e d e l, Kohlerger; Wahllokal für den 2. Bezirk Restaurant Bahlfater, Barnimänder Str. 14/15. Wahlmänner: Karl S c h m i d t, Bauer, Theodor R e d, Arbeiter; Wahllokal für den 3. Bezirk Rathaus-Sitzungsaal. Wahlmann: Karl F o r s t e r, Bauer.

Triebenau. Die 3. Abteilung hat für jeden ausgeschiedenen Wahlmänner eine Ersatzwahl vorzunehmen. Der 1. Urwahlbezirk wählt im Restaurant Kaiser-Gasse, Reimstr. 54; der III. Urwahlbezirk im Kaiser-Wilhelm-Garten, Reimstr. 65; der V. Urwahlbezirk im Gymnasium, Ronndachplatz, Turnhalle; VI. Urwahlbezirk im Restaurant Schindler, Kaiser-Allee 64/65; VII. Urwahlbezirk im „Prinzeß-Kolb“, Friedrich-Wilhelm-Platz, Ecke Niederstr. 29; IX. Urwahlbezirk im Restaurant Hohenzollern, Handwerkerstraße 64; XII. Urwahlbezirk im Restaurant „Wiesbadener Hof“, Wiesbadener Str. 78.

Die Wahlzeit ist in allen Bezirken außer dem letzten für die dritte Klasse von 6 1/2 bis 8 1/2 Uhr angesetzt. Im letzten Bezirk wird von 5 1/2 bis 6 gewählt. Im Jahre 1908 zeigten uns in den meisten Bezirken nur wenige Stimmen. Es wird erwartet, daß bei den Wahlarbeiten ein jeder Genosse seine Schuldigkeit tut.

Königs-Wusterhausen. Am 1. Urwahlbezirk wählt die dritte Abteilung um 3 Uhr, die zweite um 4 Uhr und die erste um 4 1/2 Uhr. Sozialdemokratische Wahlmänner sind Wilhelm Buch (dritte Abteilung), Hermann Bögel (zweite Abteilung), Wilhelm Buch (erste Abteilung). Wahllokal: Neues Schützenhaus (Kochel). Im dritten Urwahlbezirk hat die dritte und erste Abteilung eine Ersatzwahl vorzunehmen. Wahlmann in beiden Abteilungen ist Wilhelm Billelitz. Wahlzeit: dritte Abteilung 3 Uhr, erste Abteilung 4 1/2 Uhr. Wahllokal: Zum Siegesbrunn. Im vierten Urwahlbezirk findet Ersatzwahl in der zweiten und ersten Abteilung statt. Die zweite wählt um 4 Uhr, die erste um 4 1/2 Uhr. Wahlmann in beiden Abteilungen Wilhelm G a l l m a h. Wahllokal: Hotel Puff, am Bahnhof.

Boberich-Wildau. Im Urwahlbezirk I ist eine Ersatzwahl in der zweiten Abteilung vorzunehmen. Wahlmann ist Wilhelm Kobane. Wahllokal in der Schule, Boberich. Im Urwahlbezirk II findet die Ersatzwahl in der dritten Abteilung statt. Wahlmann: Friedrich Franz. Das Wahllokal ist die Schule in Wildau. In beiden Bezirken wird von 5-7 Uhr nachmittags gewählt.

Brick. Die Wahlzeit ist für die 3. Abteilung auf 12 Uhr mittags, für die 2. Abteilung auf 3 Uhr nachmittags und für die 1. Abteilung auf 4 Uhr nachmittags festgesetzt. Die Wähler müssen, da Terminwahl, pünktlich zur Stelle sein. Ersatzwahlen finden statt im ersten Urwahlbezirk in der 3. und 2. Abteilung. Kandidaten: Gustav R ä g e r und Albert D e m e n t h a l. Wahllokal: Gastwirt Karl Oruhn, Chausseestr. 18. — Im zweiten Urwahlbezirk in der 3. Abteilung, Kandidat August M ä h r i n g. Wahllokal: Knaback, Chausseestr. 22. — Im dritten Urwahlbezirk in der 2. und 1. Abteilung, Kandidat August Friedrich. Wahllokal: Beder, Chausseestr. 97. — Im vierten Urwahlbezirk in der 2. Abteilung, Kandidaten: Hugo Kapte und Edm. Remann. Wahllokal: Restaurant Barlemiten, Jahnstr. 76. — Im fünften Urwahlbezirk in der 3. Abteilung, Kandidat Otto P i l z und in der 1. Abteilung, Kandidat Fritz S c h l e r. Wahllokal: Restaurant Sella, Rubower Straße 8. — Im sechsten Urwahlbezirk wählt die 2. und 1. Abteilung, Kandidat Alfred Hartmann. Wahllokal: Restaurant Schöneberg, Rubower Straße 66.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Am Sonnabend, den 22. Februar, veranstalten der Rauchsclub „Kuba“ und der Rauchsclub „Klotin“ ein Rosenfest in Reumanns Festsaal, Rosenthalerstraße 41/42. Das Lokal ist für die organisierte Arbeiterschaft sonst nicht zu haben. Es wird erucht, die angebotenen Willetts zurückzugeben.

In Mariendorf, T.-B., hat das Lokal Witwe Grothe, Dorstr. 1, den Besitzer gewechselt. Der neue Inhaber, Herr Josef Dentslein, stellt sein Lokal zu den üblichen Bedingungen zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Viertes Wahlkreis. Am Dienstag, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet in Reifers Festsaal, Kopenstr. 29, eine große Volksversammlung statt. Tagesordnung: Die preussische Polenpolitik als Kulturhand. Referent ist Reichstagsabgeordneter Genosse Hermann Wendt-Freiberg. Diskussion. — Die Genossen werden erucht, die polnischen Mitbürger auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Der Vorstand.

Rapenick. Heute Mittwoch Wahlvereinsversammlung im Stadttheater, kleiner Saal. Wegen der Landtagsersatzwahl ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.

Orcanienburg. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Waldhaus Sandhausen“, Schützenstr. 34, Mitgliederversammlung. Es ist eine äußerst wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Berliner Nachrichten.

100 Prozent Gemeindesteuer.

Der Magistrat hat gestern die Beratungen des Stats für das Rechnungsjahr 1913/14 beendet. Der neue Etat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit rund 373 Millionen Mark. Als Zuschläge sollen erhoben werden 100 Proz. der Staatseinkommensteuer, 165 Proz. der Gewerbesteuer und 3,1 Proz. Grundsteuer.

In welcher Weise der neue Etat in einzelnen zusammengefaßt ist, insbesondere, was in dem Etat fehlt, kann erst beurteilt werden, wenn die einzelnen Spezialstats vorliegen. Es ist aber bekannt geworden, daß die Bedürfnisse der einzelnen Verwaltungen außerordentlich eingegrenzt worden sind, um zu den üblichen 100 Proz. auch in diesem Jahre wieder zu gelangen. So wünschenswert es ist, die Bürgerschaft mit Steuern nicht unnötigerweise zu belasten, so muß andererseits betont werden, daß die heute in Rathause geübte Finanzpolitik eine durchaus ungeheure ist. Ungehindert deshalb, weil sie seit Jahren darauf hinausläuft, wichtige Kulturaufgaben von Jahr zu Jahr zu verschieben. In diesen wichtigen Aufgaben gehört die Schaffung der benötigten Schulen. Und gerade auf diesem Gebiete ist in den letzten Jahren fortgesetzt gesündigt worden. Laufende von Kindern entbehren noch heute eigener Schulhäuser, in denen mangels geeigneter Höfe jede Bewegungsfreiheit zur Unmöglichkeit wird. Unsere Schul-

Ein furchtbarer Auftritt, der mit einem Selbstmord endete, spielte sich gestern abend auf dem Grundstück Müllerstraße 182a ab. Hier wohnte seit einem halben Jahre im vierten Stock des Quergebäudes der 30 Jahre alte Schlosser Wilhelm Schmiegler, dem seine Geliebte den Haushalt führte. Das Paar geriet oft in Streit, weil Schmiegler gern trank und mitunter mehrmals in der Woche betrunken nach Hause kam. Wenn ihm dann die Geliebte Vorhaltungen machte, so kam es in der Regel zu heftigen und lärmenden Auseinandersetzungen. Im Hause glaubte man, daß der Schlosser wohl nicht „ganz richtig“ sei. Gestern abend gegen 5½ Uhr geriet Schmiegler, der wieder angetrunken war, über die Vorwürfe seiner Geliebten so in Wut, daß er sein Taschmesser zog und auf sie einbrang, um sie zu erstechen. Als sie ihm zur Abwehr in den Arm fiel und ihm das Messer mit Gewalt entriß, zog sie sich blutende Verletzungen an Händen und Armen zu. Während sie jetzt nach der Küche eilte, um das Blut zu stillen und abzuwaschen, begab sich Schmiegler nach dem Fenster der Stube, riß es auf und sprang auf den Hof hinab, wo er tot liegen blieb. Ein Arzt, den die Hausgenossen holten, konnte nicht mehr helfen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht. Die Verletzungen des Mädchens erwiesen sich als unbedeutend.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst fragte der liberale Stadtverordnete Vamberger an, ob es zuträffe, daß auf der Untergrundbahn eine Verkehrsverschlechterung in der Folge eingetreten sei. Stadtrat Licht erklärte, daß nur ein Versehen vorliegen könne. Eine Verkehrsverschlechterung nach der Stadt hinein sei vollständig ausgeschlossen, ebenso eine Überfüllung der Wagen. Dagegen lasse sich eine Störung von der Stadt nach Schöneberg hinein nicht vermeiden. Hierauf berichtete der Petitionsausschuß über die Petition, den Beginn des Unterrichts in den Volksschulen, namentlich in den niederen Klassen, erst um 8 Uhr beginnen zu lassen. Der Referent Vester beantragte, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen. Eine vom Magistrat an die Eltern gerichtete Umfrage hatte ergeben, daß 6600 Eltern für den Siebenhundert-Schulbeginn und nur 1700 für den Achtuhren-Beginn gewesen seien. Wetzlar (Vik. Fr.) meinte, in hygienischer Hinsicht hätten die Eltern bestenfalls für ihre Kinder übrig. Den Eltern sei es recht, wenn die Kinder lange in der Schule bleiben, dann brauchten sie sich nicht um dieselben zu kümmern. — Genosse Küster wünschte, daß die Umfrage noch einmal wiederholt werden möge; dabei müsse den Eltern klar gemacht werden, worum es sich handle. Es sei kein Zweifel, daß alsdann die Antworten anders ausfallen würden. Wenn der Unterricht auf dieselbe Zeitdauer ausgedehnt bleibe, so werde ein gleiches Resultat herauskommen. Die Versammlung beschloß hierauf Uebertragung zur Tagesordnung. — Die Minobesitzer petitionierten erneut um Aufhebung der Kinosteuern. Der Referent Starke betonte, daß die Steuer einen nennenswerten Ertrag eingebracht habe. Der Etat sei nicht dazu angetan, diesen Betrag zu missen; er beantrage daher, über diese Petition ebenfalls zur Tagesordnung überzugehen. — Genosse Küster trat für Aufhebung der Kinosteuer, die eine der ungerechtesten Steuern sei, ein. Es stimmten 28 Liberale für Beibehaltung, während die sozialdemokratische und freie Fraktion mit 23 Stimmen in der Minorität blieb. — Genosse Obst berichtete über die Einführung inländischen Fleisches; eine bereits eingetretene Probeförderung sei sehr gut ausgefallen. Zudem stelle sich das Fund um 9 Pf. billiger als das biefige Fleisch; nebenbei werde das ausländische Fleisch weiter bezogen. Wünschenswert wäre es, wenn der Deputation auch zwei sachverständige Bürgerdeputierte angehörten. — Die Vorlage wurde angenommen.

Nunmehr erfolgte die zweite Lesung des Etats. Bei dem Wohlfahrtsetat wurde beschlossen, dem Frauen- und Mädchenverein für Ferienausflüge den Betrag auf 2300 M. zu erhöhen. Ferner wurde gewünscht, daß die Schreibstube an das Arbeitsamt angegliedert werde. Der Magistrat wollte die Schreibstube aufheben. Die Armenverwaltung soll angehalten werden, bei Krankenbeförderung die städtischen Einrichtungen mehr zu berücksichtigen. Ebenfalls angenommen wurden die Etats Vorkauf, Arbeitsamt, Unterhaltungsraum, Rechtsauskunftsstelle, Freibank, Volkunterhaltungen; bei dem Etat des Kapitels Volkunterhaltungen wurde gewünscht, daß der Magistrat sich mit der Freien Volkshöhle in Verbindung setzen möge, um die besten Einwohner den Besuch guter Vorstellungen zu geringen Eintrittspreisen zu ermöglichen. Die Etats Kranken- und Heilung, Stiftungen, Fortbildungsschule für Anaben und Mädchen wurden ebenfalls angenommen.

Zum Volksschuletat hatte die sozialdemokratische Fraktion beantragt, eine Sperrung der Kinder auch während des Sommers zu veranstalten. Diesem Antrag wurde zugestimmt, während der Antrag, die Lernmittel für bedürftige Schüler der Normal- und Volksschulen zu erhöhen, um die Unentgeltlichkeit der Lernmittel für alle Gemeindschüler durchzuführen, wieder gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt wurde. — Genosse Mohs begründete den Antrag und wies auf die guten Erfahrungen hin, die in der Fortbildungsschule gemacht wurden. Dort würden die Lernmittel unentgeltlich geliefert. Der Einkauf im großen ermäßliche eine Verbilligung der Lernmittel. Dringend notwendig sei es auch, daß der fortwährende Wechsel der Bücher an den einzelnen Schulen endlich aufhöre, damit die Eltern nicht zu unnützen Ausgaben verleitet werden. Die Einheitslichkeit der Schulbedarfsartikel für Groß-Berlin wäre ebenfalls am Platze. Den Kindern werden häufig Strafen angedroht, wenn die Schulbücher nicht sofort beschafft werden. Dem könne vorgebeugt werden, wenn die Gemeinde die Lernmittel liefere. — Schulrat Kob wollte auf die prinzipielle Seite der Frage nicht eingehen, hielt den Antrag aber für überflüssig, da die eingeforderten Mittel immer ausgeblieben hätten; eine Umfrage unter den Lehrpersonen hätte ergeben, daß keine Bücher oder Hefen verlangt würden. — Hierauf berichtete Genosse Kollmann über die Vorlage betreffs Bewilligung von 2700 M. zur Entziehung der Beiträge für die nach dem Gesetz über die Versicherung der Privatangestellten zu versichernden Personen. Redner wies darauf hin, daß, obwohl das Privatangestelltengesetz eigentlich eine Wohlthat bedeuten sollte, es in Wirklichkeit Gebaltsabzüge bis zu 3½ Proz. des Gehaltes verlangt, so daß viele Versicherte in eine schwierige Lage geraten. Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Magistrat wird ersucht, in Erwägungen einzutreten, ob und in welcher Weise den versicherungspflichtigen Angestellten und Beamten Entlastungen bezüglich der Beitragszahlung geschaffen werden könnten.“

Die Wahlen für die Deputationen wurden gemäß den Beschlüssen des Ausschusses bestätigt. Von unseren Genossen gehören an der Deputation für die Armenverwaltung: Hoffmann, Peterson und als Bürgerdeputierter Geminski; Wohlfahrtspflege: Küter, Rottländer, Dr. Kober; Arbeitsamt: Küter, Penfel, Daxer, Kofante; Freibank: Ragnan; Grundeigentum: Obst, Rottländer; Ausschluß für das Südgelände: Pintel, Obst; Kanalisation: Bäumler, Hoffmann; Finanz: Ragnan, Kollmann; Einquartierung: Hoffmann; Friedhof: Hoffmann. Hierauf erfolgte geheime Sitzung.

Charlottenburg.

Oberbürgermeister Schultens ist am Dienstagmorgen im Hotel Bristol plötzlich ernstlich erkrankt. Er befindet sich noch im Hotel, da er zurzeit nicht transportfähig ist.

Neukölln.

Das Verbot gegen die Erteilung von Unterricht an Kinder des Elternvereins, wozu in der gestrigen Notiz die Rede war, fällt, wie uns der Einsender der Notiz mitteilen bittet, nicht auf eine Verordnung vom 26. Dezember 1908, sondern auf einer solchen vom Jahre 1898. Schon um des ehrenwürdigen Alters dieser Verordnung willen teilen wir dies besonders mit und nicht zuletzt deshalb, weil wir daraus ersehen, wie sich das Rechts- und Seelensleben längst verstorbener Generationen ungeschwächten Einfluß auf unsere Zeit zu erhalten vermocht hat.

Sichtenberg.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich am Montagmorgen in der Fabrik von Schweiger u. Dyppler in der Rittergutstraße. Der 37jährige Arbeiter Lindow, Schreinerstr. 51 wohnhaft, sollte zwei Eisenbahnwagen aneinander koppeln. Hierbei geriet er zwischen die Buffer der Güterwagen, die ihm den Brustkasten eindrückten. In schwerverletztem Zustande wurde L. nach der Sichtenberger Rettungswache gebracht, wo er bald darauf verstarb. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Tegel.

Ein Unfall hat sich in der 2. Gemeindefschule ereignet. Während der Pflanzstunde in der II. Mädchenklasse führte der Lehrer den Schülerinnen ein Experiment vor; die Mädchen hatten sich, um den Vorgang besser verfolgen zu können, rings um das Katheder aufgestellt. Plötzlich explodierte mit lautem Knall ein Glasgefäß und mehrere Glassplitter flogen der 11jährigen Emma Korthmann in das linke Auge, das schwer verletzt wurde. Das Mädchen erhielt von einem hinzugerufenen Arzt die erste Hilfe und wurde auf seine Veranlassung nach der königl. Augenklinik in Berlin gebracht. Hier mußte sofort eine Operation vorgenommen werden. Leider hat sich die Verletzung als so schwer erwiesen, daß es kaum gelingen dürfte, die Sehkraft zu erhalten.

Wandlitz.

„Das nichteingeläste Königswort“, über dieses Thema referierte in einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung Parteisekretär Genosse Prähil. Nach den mit lebhaftem Beifall angenommenen Ausführungen ersuchte der Vorsitzende Genosse Wehner die Versammelten, das Gehörte zu beherzigen und in den bevorstehenden Kämpfen ihre Pflicht zu erfüllen.

Schönwalde (Bezirk Bantow).

Ueber Literatur und Bildung sprach aus Anlaß einer vom Kreisbildungsausschuß im Lokal von Schulz veranstaltete Vöherausstellung Gen. Jakobson. Die Zuhörer folgten den Darlegungen mit höchstem Interesse. Mit dem guten Verlauf der Ausstellung sowie dem beachtenswerten Umsatz an Büchern kann der Bildungsausschuß zufrieden sein.

Spandau.

Grabstörungen sind auf dem Begräbnisplatz an der Plonierstraße ausgeführt worden, indem Spitzhüben von den Umfriedigungen der Erbegräbnisse wertvolle Metallstücke aus Bronze losgebrochen und gestohlen haben.

Die „Freie Lebensgemeinschaft Spandau“ hat neben den beiden Männerabteilungen eine Damenabteilung ins Leben gerufen. Frauen und Mädchen, welche gewillt sind dieser Abteilung beizutreten, werden zu der am Donnerstag, den 20. d. Mts., stattfindenden Versammlung, bei Vorchardt, Seeburger Str. 20, eingeladen. Die Turnstunden finden jeden Donnerstag im selben Lokal statt.

Potsdam.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung brachte der Vorsitzende ein Schreiben der Allgemeinen Ortskrankenkasse zur Verlesung, worin diese unter eingehender Darlegung der Gründe die Stadtverordnetenversammlung ersucht, von der Errichtung einer Landkrankenanstalt Abstand zu nehmen. Der Magistrat erklärte, in dieser Sache bereits Beschluß gefaßt zu haben, der in einer der nächsten Sitzungen den Stadtverordneten unterbreitet werden soll. Hierauf wurden eine Reihe Etats für 1913 erledigt. Beim Etat des Victoria-Krankenbaues entspann sich eine längere Debatte über die Verpflegungssätze der ersten und zweiten Klasse, die erhöht werden sollen. Die Löhne der Hilfsangestellten werden erhöht, außerdem erhalten sie Ferien von 3-6 Tagen. Dieser Punkt brachte zum Ausdruck, daß bezüglich der Hilfsangestellten beim Magistrat recht wenig schmeichelhafte Zustände herrschen. Die Löhne seien recht unzureichende, und wo es sich um einigermaßen anständigen Lohn handelt, sei dieser durch Heberarbeit verdient worden. Das Heberstundenwesen sei beim Magistrat schlimmer, als dies in gewerblichen Berufen der Fall ist. So seien Leute vorhanden, die täglich bis zu 14 Stunden Schichtarbeit verrichten, um einen auskömmlichen Lohn zu haben. Ein älterer Hilfsangestellter, der schon einige Jahre beim Magistrat sei, habe ein Jahreseinkommen von 914 M., andere wieder 1020 M., 1150 M., 1470 M. und so weiter steigend bis zu 2600 M. Das Projekt der Erbauung eines Kanals Leipzig-Eilenburg-Torgau-Potsdam soll propagiert werden. Ob und wann sich der Staat zur Erbauung dieses Kanals entschließen wird, ist natürlich unbestimmt. Für die Weiterführung der Pflasterung der Straße 1 und für Herstellung der Zufahrt zum Heiligen See werden 9400 M. bewilligt. Zum Rathausneubau erlaubt man, daß er auf den jetzigen Platz des Rathauses zu stehen kommt.

Aus der Frauenbewegung.

Landfrauen.

Als eine neue Erscheinung in der diesjährigen agrarischen Woche fand gestern im Herrenhause die erste Landfrauenversammlung statt. Die von der Kommission zur Pflege der weiblichen Landjugend der evangelischen Frauenvereine einberufen worden war. Natürlich waren dort keine Bauernfrauen, geschweige denn Landarbeiterinnen und Landarbeiterinnen, sondern adlige Damen, die an Großgrundbesitzer verheiratet sind, und einige Kostoren versammelt. Frau v. Schwerin-Janow sprach über Frauennöte auf dem Lande, die sie in wirtschaftliche, geistige und sittlich religiöse scheidet. Die wirtschaftliche Not der Landarbeiterinnen bestehe weniger in ungenügendem Verdienst, als vielmehr in der Unkenntnis der Hauswirtschaft, des Gartenbaus, der Kinder- und Krankenpflege. Sonst hörten wir immer von unseren Agrariern, daß nur die Fabrikarbeiterin in den großen Städten häusliche Tätigkeit und Sitte veräume. Frau v. Schwerin wußte aber aus eigener Anschauung, daß die Frau auf dem Lande weberischen noch nähern, noch Gartenarbeit und Säuglingspflege gelernt habe. Vielleicht wirken die adligen „Landfrauen“ einmal auf ihre Männer und Söhne, daß die Volksschulen auf dem Lande verbessert und der Fortbildungsschulzwang eingeführt, die Löhne gesteigert und die Arbeitszeit verkürzt werde, dann wird es an diesen Fähigkeiten auf dem so sehr gepriesenen Lande sicher weniger fehlen. Das wichtigste Heilmittel der Frauennöte war der Rednerin natürlich die Sorge für die Seele, die religiöse Erziehung. Auch zwei weitere Rednerinnen, die über Jugendpflege sprachen, legten das Hauptgewicht auf das religiöse Moment. Sonntagsschule und Konfirmandenfürsorge empfahlen sie als Heilmittel gegen die Wählerarbeit der Umsturzpartei, die sich jetzt auch auf dem Lande geltend mache.

Aus der Welt des Scheins.

„Gauls, verdorbenes Volk.“ Inurri der Papa Speker in sich hinein, wenn er im Familienblättern liest, wie das Leben der

Bühnengestellten in eitel Freude und Sonnenschein verfließt. „Das braucht sich nicht sorgen, dem fällt das Geld von selbst in den Schoß und die Ehre obendrein.“

Ja, Freude und Sonnenschein! Trug und Lüge und glänzender Schein sind sie, wie so vieles am Theater; Kuliszen hinter denen sich die häßliche Wirklichkeit birgt. Fällt der Blitter der Verleumdung auf einen Augenblick, dann grinst das graue Elend um so abstoßender hervor. Wie jammervoll und unwürdig besonders die Lage der weiblichen Bühnengestellten ist, beweist aufs Neue ein düssierter Vorfall, der aus Colmar gemeldet wird. Dort erstarrt in der Nacht zum 4. Februar die Ballettmeisterin S. M. ihren Geliebten, den Automobilhändler R. auf einem Maskenball. Während einer Auseinandersetzung hatte R. die Tänzerin so brutal ins Gesicht geschlagen, daß sie zu Boden stürzte. Nach dem Bericht von Augenzeugen soll er sich dann noch auf sie gemorcht und sie gemüht haben, worauf die Rißhandelte, um sich zu wehren, nach ihrem Gegner stach. Einer anderen Version zufolge soll M. erst zuge schlagen haben, als er den tödlichen Stich bereits erhalten hatte.

Welche von den beiden Darstellungen zutrifft, das wird vom Gericht wohl erwoogen werden, denn es ist wichtig für das Ausmaß der Strafe und das juristische Gewissen ist ein peinliches Ding. Ob aber außer dem juristischen da auch das soziale Gewissen wird mitprechen dürfen? Erdärmlich, wie die der meisten ihrer Kolleginnen waren die Existenzbedingungen, unter denen die Tänzerin leben mußte. In Colmar hatte sie, wie die „Ballett-Union“ mitteilt, sechsmonatliches Engagement mit einem Monatsentlohn von 200 M., was einem Jahresverdienst von 1200 M. gleichkommt. Es verdient dabei festgehalten zu werden, daß das Theater in städtischer Regie geführt wird. Als Meisterin und Solotänzerin hatte Fräulein M. eine Reihe vertraglicher Verpflichtungen zu erfüllen, die erhebliche Auslagen mit sich bringen. Ihre Bemühungen, ein Sommerengagement zu finden, scheiterten, so daß ihr eben nur der übliche Ausweg blieb — sich einen zahlungsfähigen Liebhaber zu suchen. Seelisch und körperlich brutal mißhandelt, hat sie sich nun von ihm befreit. Nun wird sie als Angeklagte vor die Schranken des Gerichts treten müssen und wird zur „Sühne“ in den Kerker wandern. Und doch ist sie ein Opfer des furchtbaren Systems, das so viele Frauen zwingt, mit ihrer Arbeitskraft auch ihren Leib auf dem Markte zu veräußern; das die Armen schuldig werden läßt, um sie dann zu gräßlicher Pein zu verdammen. Seit Jahren bringen immer neue Klagen der Bühnengestellten an die Öffentlichkeit. Immer wieder wird darauf hingewiesen, welche Schmach der weiblichen Mitglieder behaftig angeht wird. Die helfen könnten, sind bis heute latentlos und stumm geblieben. Es bleibt darum dem Bühnenproletariat nur der eine Ausweg aus seinen schweren Nöten: mit Hilfe einer starken Organisation sich würdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Ein kleines Häuflein ist schon eifrig am Werke. Klagen auch die anderen sich der gleichen Pflicht ernsthaft bewußt werden.

Ein Ledigenheim für Arbeiterinnen soll in Knsbach errichtet werden. Auffallenderweise haben dabei die Industriellen und zwar hauptsächlich die größten Schrammader die Hand im Spiele, so daß man sich leicht denken kann, welcher Zweck mit dieser Gründung, die die Stadt in die Hand nehmen wird, verfolgt wird. Man glaubt damit die ledigen Arbeiterinnen in ein größeres Abhängigkeitsverhältnis zum Unternehmertum zu bringen und sie von den „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ fernhalten zu können. Deshalb sind auch in der vorbereitenden Versammlung zwar die gewerblichen Korporationen, nicht aber die Vertreter der Arbeiterorganisation zugezogen worden.

Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit.

Die Frage nach den Ursachen des Geburtenrückganges und der Einschränkung der Kinderzeugung ist so oft erörtert worden, daß es kaum möglich ist, neue Gesichtspunkte heranzuziehen. Eine uns vorliegende Arbeit von dem bekannten Münchener Arzt Dr. Julian Marcuse (Die Einschränkung der Geburtenzahl, München bei Ernst Reinhardt, 1913, 151 S., 2.80 M.) zeichnet sich daher weniger durch neue Erkenntnisse aus, als durch eine bei aller Vorsicht recht frische Art, die Probleme anzufassen und zu beantworten. Statt einer Gesamtübersicht des Inhalts, die Bekanntes wiederholen müßte, sei daher nur kurz auf einige für Proletarierinnen wichtige Resultate hingewiesen.

Die zunehmende Berufsarbeit der Frau hat notwendig eine Reihe von organischen Störungen zur Folge. Wenn junge Mädchen von 14 bis 16 Jahren unmittelbar nach der Schule der Fabrik überliefert werden, erleidet die in diesen Jahren sich vollziehende Reifung der Geschlechtsorgane durch die anhaltende körperliche Arbeit in geschlossenen Räumen, die einseitige Inanspruchnahme bestimmter Muskeln und Organe, den Mangel an freier Bewegung und frischer Luft, die besondern Schädigungen der Leber und des Verdauungssystems aller Art. Erkrankungen der Geschlechtsorgane und Unfruchtbarkeit sind leicht Folgeerscheinungen dieser Störungen. Für die verheiratete Fabrikarbeiterin bildet die Vereinigung von Berufsarbeit und Mutterschaft körperlich und wirtschaftlich eine große Belastung. Die Tatsache, daß die Arbeit von Frauen zwischen 30 und 50 Jahren zunimmt, beweist, daß gerade die zunehmende Kinderzahl die Mutter aus dem Hause treibt. Die Lebensbedingungen des Proletariats verursachen den Widerstand, daß der Erwerbzwang der Mutter um so dringender wird, je notwendiger und bringender die Mutterpflichten im Hause sich geltend machen. „Für die verheiratete Arbeiterin wird daher die Einschränkung der Kinderzahl geradezu zur Lebensnotwendigkeit, ihr aufgewungen zur Erhaltung der Arbeitsgelegenheit sowie des Arbeitsverdienstes und durch die Rücksicht auf ihre Abwesenheit vom Hauswesen. Und auch für die noch nicht erwerbstätige Frau der arbeitenden Klasse erhebt die Notwendigkeit der Einschränkung des Nachwuchses auf eine bestimmte Zahl, wenn sie sich auch dem Zwange der Erwerbstätigkeit entziehen und ihre Kräfte dem Hauswesen erhalten will“, folgert mit Recht ein bürgerlicher Autor. Unter der Belastung leiden Mutter und Kind. In den Altersklassen von 25 bis 35 Jahren ist infolgedessen die Sterblichkeit unter den Frauen größer, als bei den Männern, während für die anderen Altersklassen das Umgekehrte gilt. Neben der Ernung der Mutter vom Säugling infolge der Berufsarbeit der Mutter ist auch die häufigere Schwangerschaft geradezu eine Ursache der Säuglingssterblichkeit. Nach den Feststellungen von Geißler in sächsischen Bergbaugebieten starben (im ersten Lebensjahre) in Familien mit mehr als zwei Geburten von den Erstgeborenen 23 Proz., von den Spätgeborenen am fünften Stelle 28 Proz., von den zwölften und späteren Kindern 60 Proz.! Mit zunehmender Geburtenzahl steigt auch die Sterblichkeit der Kinder. Jedes später geborene Kind hat viel weniger Aussicht zu leben, als seine älteren Geschwister. Zu dem gleichen Ergebnis gelangte Hamburger, der diese Verhältnisse bei 1042 Berliner Arbeiterinnen und bei 110 wohlhabenden Frauen untersuchte. Es starben bei den Reichen, die nur halb so oft geboren wie die Arbeiterinnen, 18 Proz., bei den Proletarierinnen aber 51 Proz. Also nicht einmal die Hälfte aller geborenen Proletarierkinder blieb am Leben. Ist es da nicht vernünftiger, die Frauen beschränken von vornherein die Geburtenzahl, als daß sie unnütz ihre Gesundheit, ihr Leben, ihre ersten Kinder aufs Spiel setzen, um nachher doch die in Sorge und Not Empfangenen zu verlieren? Solange für Mutter und Kind nicht ausreichend gesorgt wird, ist es nur zu verständlich, daß die Mütter selbst Mutter- und Säuglingschutz durch Einschränkung der Geburtenhäufigkeit treiben. Das entspricht dem individuellen Egoismus

und auch sozialer Notwendigkeit. Unter den heutigen Verhältnissen kann die Sterblichkeit nur geringer werden, wenn die Fruchtbarkeit abnimmt.

Aus aller Welt.

Neue Rettungspläne.

Nach dem Scheitern der Landexpedition zur Rettung der Schröder-Stranz-Expedition wird jetzt ein neuer Versuch gemacht werden, durch eine Schiffs-Expedition den verunglückten Hilfen zu bringen. Auf eine Anfrage der norwegischen Zeitung "Tidens Tegn" teilte der Minister des Meeres mit, ein Sechshundertfänger könne binnen acht Tagen von Lonsberg oder Sandesford nach Tromsø abgehen; während dieser unterwegs sei könnte die Ankerstation mit der Bahn gefahrt werden, um beim Eintreffen des Schiffes in Tromsø bereit zu liegen. Das Ministerium des Meeres will Sorge dafür tragen, daß vor der Abfahrt des Schiffes von Tromsø Lappen mit Reumitern zur Mitfahrt bereit sind. Die Ueberfahrt nach Spitzbergen dauert längstensfalls etwa eine Woche. Die Landungsstelle wird durch die dortigen Eisverhältnisse bestimmt. Sie ist wahrscheinlich im Eisfjord mit Uebergang von der Dicksonbucht nach dem östlichen Arm der Weihen Bucht oder in der Großbucht mit Uebergang nach der Tiefbucht.

Wieder einmal offenbart sich der ganze Jammer unserer modernen Kultur. Für alle möglichen kulturfeindlichen Dinge ist in Deutschland Geld vorhanden; die Rettung der verunglückten Forscher ist auf den Weg der Bettelei angewiesen. Das deutsche Rettungskomitee erläßt erneut einen Aufruf und bittet dringend um Geld, da der Rettungsplan weit größere Geldmittel erfordert, als bisher eingegangen sind. Wenn es sich darum handeln würde, einen Kommerzienratstitel oder ein Adelswappen durch die Geldpenden zu ergattern, das Geld würde in diesem Strome fließen. Aber so: es sind ja nur ein paar waghalsige Forscher!

Ein liebenswürdiger Wahlleiter.

Die Gemeinde Piedteroce auf Korsika war Montagabend der Schauplatz eines durch politische Streitigkeiten verursachten blutigen Auftritts. Mehrere dem gegenwärtigen Gemeinderat feindlich gesinnte Wähler erschienen auf dem Bürgermeisteramt und verlangten die Vorlage der Wahllisten. Anstatt ihrem Ersuchen Folge zu geben, feuerten der Bürgermeister und vier seiner Anhänger auf die Leute Pistolenkugeln ab und versetzten ihnen Dolchstiche. Drei Personen, darunter der Bürgermeister, der von einer für seine Gegner bestimmten Kugel getroffen wurde, erlitten schwere Verletzungen. Die Gendarmen nahmen fünf Verhaftungen vor.

Kleine Notizen.

Schwerer Grabenunfall. Auf der Heide Börlinghoben sind in der Nacht zum Dienstag drei Bergleute von herabfallenden Gesteinsmassen verschüttet worden. Zwei von ihnen wurden getötet, der dritte schwer verletzt. Automobilunglück. Auf der Chaussee von Birnbaum überlief sich Montag nacht das Automobil des Fabrikbesizers Steinlen aus Posen. Dabei wurde der Chauffeur getötet und von den Insassen die beiden Kaufleute Kuski aus Eisenhüttenstadt und Gackowski aus Posen schwer verletzt. Steinlen selbst blieb unverletzt.

Krieg im Frieden. Wie aus Toulon gemeldet wird, sind auf dem Untenschiffe "Danton" durch die Explosion einer 75 Zentimeter-Kanone, die während der Vornahme von Schießübungen erfolgte, drei Matrosen tödlich verletzt worden. Die Verletzten sind im Laufe des Dienstag gestorben. Nach den bisherigen Feststellungen dürfte die Explosion durch vorzeitige Entzündung der Geschußladung entstanden sein.

Ein jugendlicher Brudermörder. Auf der Kohlenhalde bei Riofa in der Nähe von Gleiwich geriet der 14jährige Schüler Awajisch mit seinem 12 Jahre alten Bruder aus wichtiger Ursache in Streit. Der ältere von beiden ergriff nach kurzem Wortwechsel einen Stein und hieb damit solange auf seinen Bruder ein, bis dieser kein Lebenszeichen mehr von sich gab. Der jugendliche Totschläger wurde in Haft genommen.

Typhusepidemie an Bord eines deutschen Frachtdampfers. An Bord des in Hamburg vom Schwarzen Meer angekommenen Frachtdampfers "Helene Widmer" ist während der Reise eine Typhusepidemie ausgebrochen, der fünf Mann der Besatzung erlegen sind. Die Toten sind nach Seemannsbrauch im Meer bestattet worden. Zwei weitere Leute wurden bei Ankunft im Hamburger Hafen dem Seemannskrankenhaus zugeführt.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Vielhagen. Donnerstagabend 6 Uhr im Rathaus, Köllendorferstr. 6. Glienitz (Nordbahn). Heute Mittwoch, nachmittags 6 1/2 Uhr, Saalstr. 18.

Weißensee. Donnerstag, den 20. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses, Albertstr. 6. Friedrichsfelde-Karlshorst. Freitag, den 21. d. M., abends 6 1/2 Uhr, im Schulgebäude, Karlshorst, Auguste-Villoria-Strasse.

Spandau. Donnerstag, den 20. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Rathaus. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Wese- und Distrikterklub "Adolf". Heute Sitzung bei Reichardt, Göliger Str. 58. Vortrag: Gölte willkommen.

Jugendveranstaltungen.

Friedrichshagen. Heute Mittwoch, den 19. Februar, spricht Herr A. Kugel-Schönberg über "Die Entstehung des Handwerks" im Jugendheim, Friedrichstr. 60, 2. Hof part. Jeder Jugendliche ist willkommen. Der Jugendausflug Friedrichshagen.

Eingegangene Druckschriften.

Der Entwurf des preussischen Wohnungsgesetzes begegnet dem lebhaften Interesse aller Gemeindevorstände, Stadtparochien sowie aller am kommunalen Leben Interessierten. Aus diesem Grunde bringt die im Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co., Berlin SW, 69 erscheinende Wochenzeitung "Kommunale Praxis" in ihrer letzten zum Auszuge gelangenden Nummer 7 den Wortlaut des Entwurfs zur Kenntnis der Leser. Aus der darauf folgenden Nummer wird eine ausführliche Kritik des Entwurfs folgen. Die "Kommunale Praxis" — das führende Organ Deutschlands aller kommunalpolitischen Gebiete — erscheint wöchentlich und kostet pro Quartal 3 M. Einzelnummern kosten 50 Pf. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Expeditionen und Postämter entgegen.

Zeichner und "Gezeichnet". Von A. Richards. 189 S. Reflektor-Verlag, Berlin. Neue Verse. 1908-1912. Von H. Schmal. — 56 S. G. Müller, München.

Ins Natur und Geisteswelt. Bd. 49. Die Jesuiten. Eine historische Skizze. Von Prof. H. Schöner. — 174. Englands Weltmacht in ihrer Entwicklung vom 17. Jahrhundert bis auf unsere Tage. Von H. Langenbeck. — 28. 289. Das Kriegsgeld. Kurze Darstellung seiner Entstehung und Verwendung. Von E. Krüger. — 28. 290. Geschichte der deutschen Frauenbewegung seit 1800. Von Dr. O. Spier. — 28. 295. Die Mater des Imperialismus. Sechs Vorträge gehalten von Dr. Edla Löhr. Einzel, 1 M., geb. 1,25 M. — G. G. Teubner, Leipzig.

Marquis Convidant. Von A. Gillingen. 2 M., geb. 3 M. — G. Müller, München.

Das Recht der geschiedenen Mutter nach dem Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch. Von Dr. D. H. Wolff. 2 M. Dunder u. Humblot, Leipzig.

Der Dieb. Ein Romanbuch von G. Hegm. 145 S. — Gemischte Gefühle. Von H. Keller. 156 S. — Der wilde Mann. Roman von H. A. Lohr. 387 S. E. Romohr, Leipzig.

Erziehung zur Wehrpflicht. Von Oberst A. H. Huber u. Co., Braunsfeld. Geb. 1,60 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Pabststraße —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrager ist ein Sachverständiger und eine Zeit als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnehmerantwort beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Wirkkempel. Die Berechnung ist richtig. — W. 7. 1. In der Regel wird eine beratende Frage nicht gestellt. Geht es jedoch, so muß sie nach dem Inhalt des Briefes beantwortet werden. — W. 21. Durch Testament. — W. 100. Wiederholen Sie Ihre Anfrage und geben Sie noch an, wie hoch der Jahreszinsfuß ist, welcher Betrag für die ganze Lebensdauer gefordert wird, und welchen Betrag Sie bereits gezahlt haben. — S. C. 26. 850 M. — S. 2. 29. Erben Sie innerhalb der einmonatigen Frist Einbruch und sprechen Sie mit dem Geschäftsinhaber persönlich. — Batareli i. 100. Es bleibt nur Klage übrig. Wegen Ausweisung eines Vertreters wenden Sie sich am zweckmäßigsten an das deutsche Konsulat. — G. R. Der Erbeher kann zu dem gesetzlich zunächst zulässigen Kündigungstermin kündigen. Dem Mieter steht ein Kündigungsrecht nicht zu. — G. 200. 16 Pf. Innerhalb zwei Jahren müssen mindestens 20 Beitragswochen geleistet sein und vor Ablauf der Zeit der Umtausch der Karte erfolgen. — G. W. 10. Ja. — S. R. 1000. Beratende Testamente können auch nach dem Ableben der Erblasser, ohne daß eine Stempelsteuer eintritt. — H. R. 63. 1. bis 4. Nein. — C. 7. 20. 1. Eine bestimmte Vorbestimmung ist nicht vorhanden, jedoch darf die Benutzungsfähigkeit des Nachbargrundstückes nicht beeinträchtigt werden. 2. Die Grundstückshälften, die dem künftlichen Ehegatten gehört, kann belastet werden, ebenfalls die andere Hälfte, sofern der andere Ehegatte zustimmt. — S. G. 29. Ja. — R. 3. 50. 1. Die Abmachung ist rechtmäßig. Es kann für die Dauer bis zu 6 Wochen Fortzahlung des Gehalts verlangt werden. 2. Kaufmannsrecht Berlin, Zimmerstr. 90. — G. 2. 50. 1. Nur dann, wenn ein Kündigungsrecht für diesen Fall vereinbart und eingetragen ist. 2. Die Annahme des Teilbetrages befreit das Recht nicht. — S. 3. Wenn die Zwangsverwaltung vor dem 15. angeordnet worden ist, so war die Kündigungsfrist spätestens zum 15. 2. zulässig, und zwar zum 1. 3. Ist die Zwangsverwaltung nach dem 15. 2. angeordnet, so kann zum 1. 4. ausgeschrieben werden. Ist der zunächst zulässige Kündigungstermin verstrichen, so bleibt die vertragliche Kündigungsbestimmung gültig. — S. 99. Streichbar nicht. Der Arbeiter ist aber nicht verpflichtet, Papiergehalt anzunehmen. — W. 2. 100. Ihre Auffassung erscheint unzutreffend. Die Kündigung wirkt u. S. zum 1. 4. — G. 2. 100. Hat vor Versteigerung eine Beschlagnahme der Mieten stattgefunden, so sind allerdings die Mieter verpflichtet, den Mietzins bis zur Deckung der im Pfandungs- und Ueberweisungsbeschlagnahme bezeichneten Forderung, jedoch nicht über die Zeit nach dem 30. Juni hinaus, an den Gläubiger zu zahlen. — W. 78. Väterberg. 1. Sie sind, soweit aus Ihrer Darstellung ersichtlich, zahlungspflichtig. Von Ihrem Einkommen kann jedoch nichts beschlagnahmt werden. 2. Den Wechsel brauchen Sie nicht unterschreiben. — W. 54. 1. und 2. Nein. — G. 2. 20. 1. Ja. 2. Dagegen ließe sich nichts tun. 3. Die Forderung wäre noch möglich, aber nicht wahrscheinlich. — S. R. 15. Der Scheidungsantrag müßte eine Klage auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft voraussetzen. Erst nachdem ein Urteil auf Wiederherstellung ergangen und nach Rechtskraft desselben ein Zeitraum von einem Jahr verstrichen ist, würde ein Scheidungsantrag gegeben sein. Die Kosten richten sich nach dem Urteil. — J. P. Reutskla. Nur dann, wenn er von seinem Recht auf sofortige Entlassung Gebrauch gemacht hat. — R. 6. 77. 1. und 2. Bahrvormung des Termins erscheint zweifelhaft, da die Klage unseres Erachtens begründet ist. 3. Das könnte nur geschehen, wenn der Magistrat in Danzig dem zustimmt. — S. R. 971. Soweit ersichtlich, ist die Forderung verjährt. — W. R. 100. 1. Seit Juli 1909. 2. Für das verstrichene Kalenderjahr. — G. W. 7. Das ist nur möglich, wenn jemand seine Unterhaltspflicht häuslich verlegt. Da Sie die Höhe Ihres Verdienstes nicht angeben, können wir weiter in der Angelegenheit nicht sagen. — H. 6. 76. 1. und 2. Ja. 3. Nein. Sie können aber auf Unterlassung des Konsumvertriebes und auf Schadenersatz klagen. — W. R. 111. Stellen Sie die Sache dem Landratsamt vor. — G. 3. 20. Eine weitere Beschwerde ist nach § 41, § 42 Gerichtsverfassungsgesetzes nicht anhängig.

Witterungsüberblick vom 18. Februar 1913.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur in Grad C
Eintriede	776,0	2	Wolken	-6	Naparrando	775,5	4	wollig	-12
Damburg	774,0	3	Wolken	-5	Petersburg	775,9	5	?	-9
Berlin	774,0	3	Wolken	-7	Schwet	765,0	5	Wolken	-9
Neustadt	767,0	3	Wolken	-6	Überdeen	775,5	3	Wolken	-4
München	765,0	4	Wolken	-9	Paris	761,0	4	Wolken	-3
Wien	770,0	1	Wolken	-8					

Wetterprognose für Mittwoch, den 19. Februar 1913.

Vorwiegend heiter und trocken, nachts ziemlich strenger, am Tage mäßiger Frost bei frischen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Vordr. anstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am	teil	Wasserstand	am	teil
Remet, Mühl	17,2	16,2	Enns, Großsch	17,2	16,2
Bregel, Anstalt	357,7	-9	Havel, Spanbau	184	-10
Wesiel, Horn	74	-20	Havel, Mathematis	102	+8
Ober, Rathor	302,4	-19	Spree, Spremburg	122	0
Kroffen	94	-22	See, Beestow	98	-2
Frankfurt	198	-6	See, Müden	118	0
Wartb., Schrimm	199	-15	Rhein, Müden	346	-8
Landberg	302,4	-4	Rhein, Ruymslandau	376	-4
Rege, Bordanum	132	-3	Raub	376	-4
Eibe, Reimert	89	+8	Rhein, Müden	376	-4
Bresben	39	-17	Rhein, Müden	376	-4
Sarby	89	-17	Redar, Heilbrom	224	-7
Magdeburg	-70	-20	Rhein, Müden	289	-18
	278	-10	Redar, Heilbrom	190	+5
	225	-7	Rhein, Müden	219	-7
			Rhein, Müden	119	-6

1) + bedeutet Hoch, — Fall. — 2) Unterpegel. — 3) Grundwasserstand. — 4) Eisstand. — 5) Treibeis.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Die Akkumulation des Kapitals

Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus

Von Rosa Luxemburg.

Preis broschiert 6 M. Halbbranzband 8 M.

Das Buch ist ein Versuch, den Imperialismus als eine Erscheinung, die das öffentliche Leben immer mehr beherrscht, auf seine eigentlichen ökonomischen Ursachen zurückzuführen. — Die imperialistische Politik wird hier durch ihre wirtschaftlichen Zusammenhänge in die besondern Gesetze der kapitalistischen Produktion eingefügt.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz 10-2, 3-7, Sonntags 10-12, 2-4

Bekanntes reelles Konfektionshaus

zu bequemen Teilzahlungen vorkaufte ersteklassige Jacken, Kostüme, Kleider, Blusen, Paletots etc. unter strengster Diskretion. Offert. unter J. K. 19224 bef. Rudolf Messe, Berlin SW. 33/34

Ziehung 5. März in Berlin

Brandenburgische Lotterie

1 Reichsverb. für Deutsch. Halbblut u. d. Kartells für Reit- u. Fahrsport (200.000 Lose) 2347 Gewinne im Werte Mark

75000

50000

25000

10000

Lose 1 M. 11 Lose aus ver- 10 M. 11 M. abgeben. Taus. 10 M. Porto und Liste 2 Pf. extra.

H. C. Kröger, Berlin W. 8. Friedrichstr. 193a

sowie in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen

Schwarze Kleidung

Fortig am Lager: Gehrock-Anzüge 70, 80, 36 M. Smoking-Anzüge 80, 70, 40 M. Frack-Anzüge 60, 65, 40 M. Bekleider 18, 15, 8 M. Fortige schwarze Kleidung für Knaben und Jünglinge in größerer Auswahl. Feine Maß-Anfertigung in ca. 10 Stunden.

Baer Sohn

Kleider-Werke Berlin, Gegr. 1891. Chausseestraße 29-30, 11, Brückenstraße 11, Gr. Frankfurter Str. 20, Schlesien, Hauptstr. 10.

„Buttere zu Hause“

ermöglicht jeder Hausfrau die Selbstbereitung einer appetitlichen Pfannkuchen-Butter des Pfund für 60 Pf. als besten und vollkommenen Ersatz für teure Naturbutter. Die Hausfrau erpariert im Vergleich mit Naturbutter 30-40 Pf. am Pfund. Preis des kompl. Apparates 2,90 M. bei Vereinfachung des Betrages; gegen Rücknahme 25 Pf. mehr. Großteil gratis u. zw. Wer schreiben an: „Buttere zu Hause“, G. m. b. H., Berlin W. 62 b. Vertreter an allen Orten gesucht.

Möbelstoffe

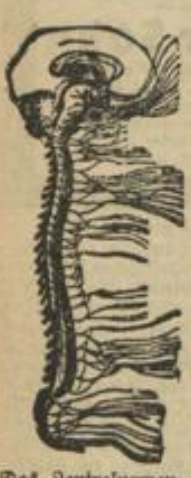
Letzte Neuheiten, auch Reize! Mocquetplüsch 4 65 130 cm breit. Muster bei näher Angabe franko.

Berlin, Oranienstraße 158

Zeitungs-Ausgabebestellen und Inseraten-Aannahme.

Zentrum: Albert Dabnich, Kiderstr. 174, am Roddenplatz. 2. Wahlkreis: W.: Gult. Schmidt, Kirchbachstr. 14, hochpart. 8. und SW.: Hermann Berner, Gneisenaustr. 72. 3. Wahlkreis: St. Fritz, Weinstr. 31, Hof rechts part. 4. Wahlkreis: Dken: Robert Engel, Gr. Frankfurterstr. 130. — Richard Adelsbuch, Peterburgerplatz 4 (Laden). 4. Wahlkreis: S. d. Osten: Paul Böhm, Ruymslandau 14/15. 5. Wahlkreis: Leo Buch, Ruymslandau 12 (Hof). 6. Wahlkreis (Hohbit): Salomon Joseph, Salzweberstr. 2. Wedding: J. Dänisch, Ruymslandau 42. Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Rheinbergstr. 67, Laden. Gesundbrunnen: Fischer, Gellertstr. 6, Laden. Schönhauser Vorstadt: Karl Rars, Ruymslandau Str. 27. Adlershof: Karl Schwarze, Bismarckstr. 50. Alt-Glienitz: Wilhelm Dörre, Köpenickerstr. 6. Baumshulweg: H. Dornig, Ruymslandau 13, I. Bernau, Röntgenstr. Zepernick, Schönau, Schönbrück und Buch: Heinrich Froie, Wälschtr. 5, Laden. Bohndorf, Falkenberg und Falkenhorst: Paul Gensch, Bohndorf, Gneisenaustr. 6, Laden. Charlottenburg: Gustav Schwarze, Selenhellerstraße 1. Eichwalde, Schmückwitz: Oskar Rabie, Stubenrauchstr. 99. Erkner, Neu-Zittau: Ernst Hoffmann, Friedrichshagen, Gneisenaustr. 6. Friedersdorf-Petershagen, Eggersdorf: G. H. Seidel, Friedersdorf, Petershagen. Friedenau, Steglitz, Südende, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: H. Berner, Wälschtr. 5, in Steglitz. Friedrichshagen, Fichtenau, Bahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: Ernst Berner, Köpenicker Straße 18. Grinow: Franz Klein, Friedrichstr. 10. Johannisthal, Rudow: Max Genschur, Parstr. 6. Karlshorst: Richard Rüter, Köpenickerstr. 5, II. Königs-Wusterhausen, Wildau: Friedrich Baumann, Köpenickerstr. 18. Köpenick: Emil Böhler, Ruymslandau 6, Laden. Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seidel, Ruymslandau 1 (Laden). Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: P. Heßberg, Kaulsdorf, Ruymslandau 17. Mariendorf: August Leib, Chausseestr. 206, Hof. Marienfelde: Emil Berner, Berliner Str. 114 II. Neuenhagen, Hoppegarten: Gustav Ley, Wölschstr. 2. Neukölln: H. Dänisch, Ruymslandau 2, im Laden; Reutkolln, Wrig: R. Rüter, Steglitzstr. 29/29. Nieder-Lehme: Paul Freitag. Nieder-Schöneweide: Wilhelm Unruh, Brückenstr. 10, II. Nowawes: Wilhelm Bappe, Friedrichstr. 7. Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wälschstr. 17, II. Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: Hermann, Wälschstr. 30. Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: P. Genschur, Wölschstr. 56, Laden. Rummelsburg, Hoxhagen, Stralau: H. Rosenfranz, Wälschstr. 56. Schenkendorf b. Königs-Wusterhausen: Chr. Gantzig, Wölschstr. 10. Schönberg: Wilhelm Baumier, Ruymslandau 69, im Laden. Spandau, Nennendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Köppen, Wälschstr. 64. Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waidmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuenhof, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Paul Rieck, Wölschstr. 10. Teltow: Wilhelm Gönaw, Teltow, Berliner Str. 16. Tempelhof: Joh. Rüter, Wölschstr. 62. Treptow: Rob. Gramenz, Ruymslandau 412, Laden. Weißensee, Heinersdorf: H. Rüter, Wölschstr. 100, part. Wilmsdorf, Halensee, Schmaragdort: Paul Schuber, Wölschstr. 27. Zeuthen, Miersdorf: Ernst Düttig, Zeuthen, Ruymslandau Str. 14. Sämtliche Verteilungsorte sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Nervenarbeit und Nervensubstanz (Lecithin).



Rachdruck verboten.

Das geistige, geschäftliche und gesellige Leben unserer Zeit beansprucht eine außergewöhnliche Leistungsfähigkeit der Nerven- und Körperkräfte. Ein Mensch mit überanstrengten, verbrauchten Nerven und Muskeln, ob alt oder jung, leistet nicht das, was seine Fähigkeiten erwarten lassen; er wird nur zu leicht auf allen Gebieten überholt, verliert das Selbstvertrauen und schafft selbst bei eisernem Willen kein Verstum nur mit Aufbietung eines übermäßigen Kraftverbrauchs, so daß das Uebel mit jeder täglichen Leistung vermehrt wird.

Mit ihren feinen Verzweigungen, die im Zentralnervensystem — Hirn- und Rückenmark — ihren Ausgangspunkt haben, vermitteln die Nerven jeden inneren und äußeren Lebensvorgang des menschlichen Körpers. Jeder Reiz, der den Körper trifft, die normale oder gestörte Funktion irgend eines inneren Organs, ja selbst unser seelisches Empfinden wird

und erst durch Vermittelung feiner und feinsten Nervenfasern zum Bewußtsein und zum Gefühl gebracht. Der grobe, starke Muskel wird von dem feinen, feinen Nerv behererrscht, den man deshalb auch mit Recht den psychischen Muskel genannt hat. Der kraftvolle Arm des Athleten leistet nichts mehr, sobald seine Nerven irgendwie erschlaffen; jedes beliebige Organ verfaßt, sobald die ihn durchziehenden Nerven nicht mehr mitteln. Der Magen z. B. — er mag im übrigen noch ganz gesund sein — kann nicht mehr die Speisen genügend verdauen, Appetitlosigkeit und alle ihre bösen Folgeerscheinungen treten auf, wenn die Magenerven entkräftigt sind. Die Folge ist, daß wir nur mit Mühe, unlustig und mechanisch unsere tägliche Berufsarbeit erledigen. Nervös überreizt, schwindet unser Appetit, unser Heim bietet uns keine Behaglichkeit, Ruhe und Erholung mehr, Anlust, Unzufriedenheit, Anruhe, Sorgen rauben uns den Schlaf, treiben uns umher und lassen uns nicht gedulden zu bedenken Mitteln greifen, um unsere Nerven künstlich für kurze Zeit aufzupeitschen oder zu betäuben. Wegen dieses Uebels, das nur aus unseren verbrauchten Nerven herkommt, finden wir in unseren Medikamenten keine dauernde Hilfe, und eine Methode ständiger wissenschaftlich erprobter Pflege der Nerven, welche allein wirklich helfen könnte, war bisher noch nicht gefunden.

Darin liegt eben das Verdienst der Arbeiten von Professor Dr. Habermann und Dr. Ehrenfeld, daß sie uns ein Mittel zu einer solchen Pflege unserer Nerven an die Hand gaben, mit

dem wir hoffen dürfen, unsere Nerven — die seelischen Muskeln — in absehbarer Zeit ebenso kräftigen zu können, wie wir unsere physischen Muskeln schon längst zu fühlen vermögen! — Diese Forscher stellten nach einem neuen, von ihnen entdeckten Verfahren Nervensubstanz in physiologisch reiner Form aus den Stoffen dar, aus welchen z. B. auch das sich aus dem Ei entwickelnde Hühnerchen Gehirn und Rückenmark aufbaut, nämlich aus den Bestandteilen des Eidotters!

Nach den Forschungen unserer Physiologen und Ärzte ist die erhöhte Zufuhr von Nervensubstanz in den Organismus von außerordentlicher Bedeutung für jede gesunde Lebensstätigkeit. Denn auch in den Nerven findet ein Stoffwechsel, fortwährender Verbrauch und Erneuerung der Nervensubstanz statt. In dem ermüdeten, schwachen oder kranken Nerv schwindet die Nervensubstanz, wie man es am Querschnitt der Nerven unter dem Mikroskop deutlich beobachten kann. Führt man einem so geschwächten Körper neue Nervensubstanz zu, so wird, wie zuerst die Forscher Desgrez und Jaly in den amtlichen Berichten der französischen Akademie der Wissenschaften erdiesen haben, diese besonders im Gehirn, Rückenmark, überhaupt im ganzen Nervensystem zurückgehalten und für den Lebensprozeß sofort verwendet. Munterkeit, Kraft, Arbeits- und Lebensfreude treten wieder ein und machen den Körper gegen Ueberanstrengung widerstandsfähig. — Nervensubstanz, Lecithin, nach dem Verfahren von Professor Dr. Habermann und Dr. Ehrenfeld, in

physiologisch reiner Form, dem menschlichen Organismus adäquat und von guter Wirkung, gelangt nur im Viocitin zur praktischen Darreichung.

Viocitin ist ein wohlschmeckender, pulverbörmiger Extrakt aus den leichtest verdaulichen, natürlichen, also Gemisch unveränderten Wertanteilen von Eidotter und Milch (alles schwerer Verdauliche ist daraus entfernt) und enthält circa 10 % physiologisch reine Nervensubstanz — Lecithin — nach Professor Dr. Habermann und Dr. Ehrenfeld. So bildet Viocitin ein vertrauenswertes Nähr- und Kräftigungsmittel für jeden erschöpften Organismus in geistiger und körperlicher Hinsicht; es bildet für den Schwerverkrankten ein gern genommenes, leicht verdauliches, kraftspendendes Nahrungsmittel, schafft eine hochwertige Nährquelle für schwächliche und blutarme Personen, kräftigt und fördert den Substanzersatz der Nerven und ist für Ermüdungs- und Erschlaffungszustände des Körpers wie des Geistes von kaum je gekosteter Nützlichkeit. Nach dem patentierten Verfahren von Hofrat Professor Dr. Habermann hergestellt, ist das Viocitin Konkurrenzlos, die zahlreich vorhandenen Nachahmungen minderwertig. Man achte daher genau auf den Namen und lasse sich nicht angeblich ebenso Gutes aufreden. Viocitin ist in allen Apotheken und Drogerien erhältlich. Ein Beschmadsmuster nebst lehrreicher Proshäre über rationale Nervenpflege sendet kostenlos die Viocitin-Fabrik, Berlin S. 61. R. 1.

Verkäufe.

Getragene Herrengarderobe. Leibhaus Brunnenstraße 70. 2389R

Wetten. Stand 9. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! ausgelesen! billig! Baumärkte! 5 Prozent Rabatt! extra! Gardinenhaus Dr. Mann, Hagedorfer Markt 4 (Bahnhof Börsen). Sonntags geöffnet.

Radfahrerkarten. Wir empfehlen Stad- und Auto-Fahren Straußes starke 1200 Quadrat-Reifen um Berlin. 2 Teile a 1,50 Mark. Röhrlinge Hälfte der Probier-Brandenburg reist bis Steintum-Hedermünde, südliche Hälfte bis Halle-Leipzig-Dresden — Berlin. Aufzahlung! Baumärkte, Lindenstraße 89 (Laden).

Vorzügliche elegante Herrenanzüge und Paletots aus reinen Stoffen 20—40 Mark, Jolien 6—14 Mark. Berlinhaus Germania, Unter den Linden 21.

Herrmanns 6. Plandleibhaus. Niedermans Kaufgelegenheit. Extra-billige Jackenanzüge, Herodanzüge, Winterpaletots, Herrenhosen, Herrenbojen, Kiefernanzüge, Pelzhaute, Kleeblätter, Herrenanzüge, Bekleidungsartikel, Aussteuerarbeiten, Kasse, Feuerwache, Reichhaltiges Portierenlager, Gardinenanzüge, Leptisch, auswahl, Nischentische, Steppdeckenlager, Goldschmied, Tischdecken, Bandwaren, Wandbilder, Warenverkauf ebenfalls Sonntag.

Leptische! (jederballe) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes! Leptischlager Dr. Mann, Hagedorfer Markt 4, Bahnhof Börsen. (Leier des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Kanarienvögelchen 4,00, Rote Sänger 6,00, Buchweibchen 1,50, Schilfsträucher 11/12 L. 31R

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Leptischen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurwoche zu machen; labels! billige Kundenpreise! Abnehmen noch jeder Prozent! Rabatt. Woll's Leptichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbuscher). 125R

Moderne Künstlergardine. (Spottbillige Inventurpreise: zwei Ehemal und ein Lambrequin: 3,85, 4,50 bis 10,50. Ehemalgardinen: 2 Ehemal 1,95, 2,50 usw. Vorzügliche 1,68, 1,95. Woll's Leptichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbuscher). Abnehmen noch 10 Prozent Rabatt. 125R

Blättmachinen, Wollmachinen, Glanzmachinen, Springmachinen, Bäckerrollen, Gardinenpanner, Blättchen, Blättblätter, Tropfen frei. Friedrich Marx, Bismarckstraße 7, Hochbahnstation Schleißisches Tor. 115R

Monatsanzüge, Paletots, großer Lager. jede Figur, kauft man am billigsten beim Kaufmann; jede Veränderung nach Wunsch in eigener Werkstatt. 5 Prozent billiger für Baumärkte. Hagedorfer Markt 4, Hagedorfer Markt 4.

Zu freien Stunden. Hochschiff für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnements möglichen 10 Pf. nehmen alle Ausgaben des „Vorwärts“ entgegen. Probehefte gratis.

Leptische (Kardenschieber), Gardinen, Steppdecken, enorm billig. Bremerhof, Große Frankfurterstraße 9, parterre. Baumärkte! 10 Prozent! 2925R

Heroddecken. Stand 10,00, 15,00, 22,00, feinste Brautbetten, Winterpaletots, Böhme Spottbillig. Plandleibhaus Kärntnerplatz 7. 2931R

1000 neue Nähmaschinen. Prima Langschiff für Familie 55 Mark, Abzahlung 75 Mark ohne Anzahlung. Hellmann, Gollnowstraße 25, nahe Landbergerstraße. 2057R

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Jolien von 1,50, Herodanzüge von 12,00, Frack von 2,50, sowie für formaleiten Figuren. Neue Garderobe zu Sammel-billigen Preisen, aus Plandleiben verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Hagedorferstraße 14.

Veredeln. reine Wolle, Stück 3 Mark, maßfertig bezogene 10 Mark, Kamelhaardecken gegen Rheuma 12,50—23,50. Gedruckt Plandle, Berlin, Friedrichstraße 205. 2909R

Wetten! Prachtvolle Betten, rote Anleits 6,75, 9,75, Brautbetten 12,75, 15,75, 18,75. Damenbetten 10,75, 22,50. Prachtvolle Kasse, Teppiche, Portieren, Gardinen, Tischdecken, Stores, Zalldecken, Steppdecken, Uhren, Ketten, Schmuckstücke, Paletots, Anzüge Spottbillig! Plandleibe Paul Krüger, Brunnenstraße 47.

Gasföhrer. Zuglampen, Leptichzahlungen 1,00 wöchentlich — billige Preise! Montage kostenlos! Kronen-lager Große Frankfurterstraße 92, I. Etage, Hagedorfer Markt 6 (Wedding), Schönhauser Allee 121 (Wilmstraße), Reichmann, Berlinstraße 102. 27R

Leibhaus „Brunnen“ und Verkaufsgeschäft. Betten, Stand 9, Brunnenstraße 118, Ecke Weddendorferstraße.

Reichhaltige Portieren, Tischtücher 3,35, Leinen 3,85, Plüsch 5,85, ganze Dekoration. Inventur-Räumungspreis. Leptichhaus Emil Lebere, Drantenstr. 158. 2947R

Gute Plüschdecken mit feinen Webeflecken, prima Qualität! 130/200 14,25, 160/230 20,75, 200/300 33,50. Inventurpreis. Leptichhaus Emil Lebere, nur Drantenstraße 158. Ringende Füllchen. 2948R

Bronzegasföhrer. Gaszuglampen, Dampfgaspendel, Gaswand-arme. Moderne Dampfgasföhrer, Gasföhrer. Inventurpreise. Juwelier-gesellschaft Müller Spottbillig. Schröder, Hochstraße 43. 14R

Einfangungs-Anzüge, Leptichzahlungen. Mode 1.—, Spottbillig. Weile's Kaufh., Bismarckstraße 60. 116R

Eine Anzahlung. 50 Pfennig Wochenrate an, liefern Bilder, Wand-nüren, Leptiche, Gardinen, Portieren, Tischdecken, Steppdecken. Strengste Diskretion zugesichert. Auf Wunsch Auszahlungsendung. Bestellungen er-bitte „Postlagerkarte 9“, Postamt 102.

Restauration. Hofbräuhaus, reelles, Brauerei hilft. Ertragen Brangelstraße 24, Seifengeschäft. 7114

Möbel. Möbel ohne Geld! Bei keiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, aus Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Köpenickerstraße 4. (Schleissches Bahnhof). 2909R

Metallbetten. zwei, modern, Rinderbett Spottbillig verläufig! Joffenstraße 10, Jungeschaft. 2016R

Tischlermeister gibt Möbel auf Teilzahlung bei beliebiger Anzahlung zum Kaufpreis. Stets Gelegenheits-läufe in gebrauchten und zurück-gekauften Möbeln, auch auf Teilzahlung. Nachweis von Kunden wird gut honoriert. Offerten Post-amt 90, Postlagerkarte 44.

Wohnungs-Einrichtungen. Spezialität eine und zwei Stuben und Küche, Einzelmöbel billig, gediegen. Teilzahlung gestattet. Lange, Schwedterstraße 26. 111R

Möbelkäufer empfehlen wir Kaufmangels unsere Kleiderläger in kompletten Stücken und Ausbaum-einrichtungen, ebenso Einzelmöbel, vom einstufigen bis feinsten Genre zu beschaffen. Nie wiederkehrende Gelegenheiten, gediegen und Spottbillig zu kaufen, da große Kosten Müdel aus Lombard und Verleigerungen hervorgehend, zum Einzelverkauf übernommen haben. Anulante Zahlungsweise, kostenlose Lagerung und Verleigerung 8 und Drantenstraße 37.

Kleine moderne Wohnungseinrichtung, alles noch neu, verkauft Glas, Rosenhallerstraße 57, vorn III.

Privatrenten verkaufe englische Kaufmannschaft, noch neu, mit hochmodernen Küchenmöbeln, Küchen-geschir, Gasföhrer, Leptich 195,—, Säulenträum 20,—, Umbauauf 40,—, Wram, Neue Schönhauserstraße 11, II. Händler verbleiben. 32R

Plüschföhrer. Umbau, Aufboden-geschir, Spiegelverkleid, Trumeau, Englische Betten, Anleibekranz, Aus-gangstisch, Chaiselongue, Wandbilder, Gasföhrer, Küche, Nordorferstraße 4, I. Riefe. (Händler verbleiben). 32R

Säulenbügel, nussbaum, reiche Schnitzerei, innen Eisen, erstklassige Arbeit, circa 150 breit, 185,—. Extra-reiche Ausführung 235,—. Norm preiswert. Möbelabrik H. Hirschow, Faltherstraße 25, an der Hochbahn. 129R

Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt bei Bilderverkauf, Weinmeisterstraße 2. 2248R

Bilder, billige Bezugsquelle solche Preise für Einrahmungen. Große Frankfurterstraße 64. 7R

Musikinstrumente. Piano, billig. Anglerstraße 15, I. Krippland. 77R

Nussbaum-Piano, vornehme Ausführung, Ebenholzteiler, billig ver-läufig. Wagner, Schönhauserstraße 16.

Pianoverkäufe, neu und ge-brauchte, Blaymangels enorme Ermäßigung. Kaufhäuser Pianofabrik, Gollnowstraße 59. 31/15R

Piano, wie neu, billig, freie. Lehmhändlerstraße 35 (nach 6). 32/7

Harmonium, diverse, wenig ge-brauchte, räumungshalber billig abzugeben. Schiedmayer, Potsdamerstraße 27B. 31/19

Fahrräder. Erstklassige Fahrräder, Konals-rate 10 Mark. Louis Barth, Bismarckstraße 10a, I. Etage. 79R

Kaufgesuche. Platinabfälle, Gramm 5,70, Kil-gold, Silber, Jagdgebiße, Stannol, Quecksilber bis 3,85 laut höchstzählend Blümel, Schmeltzer, Auguststraße 19 III. 73R

Hochschmelz, Retalle, Jaggebiße, Platinabfall, Gold, Silber, Quecksilber, Retalle, Schmeltzer, Auguststraße 19a (gegenüber Rantenstraße). 112R

Platinabfälle, Jaggebiße, Gold-einfach, Silber, Quecksilber, Stannol höchstzählend Schmeltzer Müller, Lehmhändlerstraße 10. 2444R

Goldschmelzerei. Altkgold, Sil-ber, Gebisse, Platin, höchste Preise. Goldschmelzerei Brudard, Mü-lackstraße 22, nahe Rosenhallerstraße.

Jaggebiße. Gold laut höchst-zählend Müdel, Schützenstraße 72, I.

Klappbordwagen mit Vered-mänsch zu kaufen Köpenicker, Reu-hallen, Lichterstraße 9. 72R

Unterricht. Unterricht in der englischen Sprache für Anfänger und Fort-geschrittene, einzeln oder im Verein, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen ange-ferligt. G. Swienty-Wiednisch, Oberlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R

Technische Zeichnung Berlin-Steinlich Ingenieur Döbling, Inhaber und Direktor. Elektrotechnik, Maschinenbau, Hochbau, Bauingenieur-, Ver-messungswesen. Gas, Wasser, Heiz-ung, Lüftung. 1275R

Verschiedenes. Gebroch. Grad und Smolung-anzüge verleiht Landbergerstr. 91a, 1 Treppe. 23855R

Zum baldigen Eintritt, spätestens zum 1. April, wird ein

Patentanwalt Bessel, Giltshiner-straße 94a.

Patentanwalt Müller, Giltshiner-straße 81. 2439R

Kunstkopferer von Frau Kolosch Schlichter, Kurstraße 8 III.

Handliche Heinerdorferstraße 14, nahe der Reichshallerstraße. 1096R

Die von mir am 10. Januar d. J. gegen Herrn Eugen Sieber's aus-gesprochenen beschlagnahmten Worte nehme mit dem Ausdruck des Be-dauerns zurück. Frau Clara Schenck, Goldbierstraße 5. 32/4

Handwäscheri Deide, Köpenick, Dahnwitzerstraße 1, Kleet, Inbelle, chlorfrei, Schneeweisse Wäsche, Leib-wäsche, 4 Handtücher 0,10. Ab-holung täglich. 30/30

Waschanstalt Rieder, Köpenick, Grünauerstraße 40, liefert sauber Wasen, Leibwäsche, vier Handtücher 0,10, Abholung Sonnabends. 2529R

Wäsche wird sauber gewaschen, Wasen, Leibwäsche, vier Leintücher 0,10, Abholung Sonnabends. Berta Schulz, Köpenick, Friedrichspagener-straße 1. 2528R

Wohnungen. Friedenstraße 56 zwei Stuben, Küche. 7109

Golfstraße 23 freundliche Stube, Küche billig zu vermieten. 212/6*

Ideal-Passage, Reutölla, Woh-nungen von zwei Zimmern mit Küche, Bad, Warmwassererwörmung, Zentralheizung und Entlüftungsan-lage (Drehrolle im Hause) sehr preis-wert zu vermieten. Auskunft Reichshallerstraße 8, vorn I rechts und III links. 102/2*

Reutölla, Bahnhof Kaiser-Friedrichstraße, eine Einzelzimmer, eine Zweizimmer-Wohnung mit Küche, Bad, Warmwassererwörmung (Drehrolle im Hause), sehr preis-wert zu vermieten. Drudenborfer-straße 25. 102/3*

Gartenwohnung, zwei Zimmer, Küche, Kuchschür, 31,50. Holtenberger-straße 10. 2517R*

Zimmer. Möbliertes Zimmer für einen Herrn oder eine Dame. Bismarckstr. 10, II links. 2493R

Möbliertes Zimmer vermietet Frau Schumann, Reichshallerstraße 10, vorn III. 2524R

Möbliertes Vorderzimmer für ein oder zwei Parteien sofort oder Ersten vermietet Korn, Center-straße 6. 7

Schlafstellen. Möblierte Schlafstelle für Herren Bismarckstraße 29, vorn II. 31/18

Mietsgesuche. Suche möbliertes Zimmer, separat, für zwei Herren. Nähe Schleißisches oder Stralauer Tor. Offerten bitte unter O. K. 335, Postamt 34. 7110

Herr sucht möbliertes oder alleinstiege Schlafstelle, bis 18 Mark, in Moabit. Offerten „Vorwärts“, Salzbedeler-straße 8. 784

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Dauerwäscheri. Beriteler sucht Bonn, Junferstraße 18. (Büchle Preis). 2521B

10 Blüthenarbeiten im Hause, Stepperei, Fadennähen, ausgem. Bismarck, Hermannstraße 78. 763

Wollen-Steppereien, im, verlangt Leiberer, Köpenickerstraße 71.

Tüchtige Arbeiterinnen, im Hause, auf Woche oder Stück, dauernde Beschäftigung, sucht Jolub, Junfer-straße 17, III. 2525R

Zeitungsfrauen sofort. Walter Blüwe, Kronenstraße 2. 2492B

Arbeiterinnen sucht Fischkonserven-fabrik Straßburgerstraße 5. Tagelohn 2 Mark. 118R

4-6 tüchtige Kesselschmiede sucht zu sofort für dauernde Arbeit

Kommerische Eisengießerei und Maschinenfabrik Akt.-Gesellschaft, Straßburg.

Neu zu gründende (Stoff-) **Gamaschen-Fabrik** in der Provinz sucht zu möglichst sofortigem An-tritt einen erfahrenen **Meister,** der durchaus mit der Fabri-kation und Musterung vertraut und im Stande ist, den Betrieb selbstständig zu leiten. Offerten mit Gehaltsansprüchen und Angabe der bisherigen Tätig-keit unter P. 1 an die Ex-pedes „Vorwärts“. 2519B

Sie suchen per sofort einen tüchtigen **Stenotypisten,** welcher mit d. Kranzen-lassenwesen u. dem schriftlichen Verkehr vertraut mit den Behörden durchaus vertraut ist. Nur solche Bewerber wollen sich melden. Schriftliche Angebote sind spätestens bis zum Freitag, 21. d. Mts., an das Bureau der Suche zu richten. **Christenrautenkasse der Maschinenbau-Arbeiter** und Verwandten-Gewerke zu Berlin. Der Vorstand. 2526B

Filialeiter

282/17

für den Bezirk **Altena i. W.** gesucht. Seine Tätigkeit besteht in der Expedition der Zeitung, Lokalredaktion und Propaganda für Abonnements, Inserate usw. Bevorzugt wird für die neugegründete entwicklungs-fähige Filiale ein junger, intelligenter Genosse. Gest. Angebote mit Angabe der Tätigkeit und Gehaltsansprüchen bis spätestens zum 28. Februar erbeten an den **Verlag der „Volkstimme“**, Lüdenscheid i. W.

Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.